

Kommentar von **Tobias Schulze**
zur neuen Grundsicherung

Viele
Schikanen,
aber ein Gutes

Es ist nicht alles schlecht an der Reform des Bürgergelds, das künftig nicht mehr Bürgergeld heißt. Grundsätzlich gehen die Pläne für die „Neue Grundsicherung“, die Schwarz-Rot gerade nach und nach konkretisiert, zwar in die falsche Richtung. Die Koalition will Bedürftigen schon gravierende Sanktionen aufdrücken, wenn sie nur einmal nicht funktionieren wie gewünscht. Lehnen sie auch nur eine einzige Stelle ab, stehen sie ganz ohne Geld da. Und das aus reiner Lust am Strafen: Laut einem Gesetzentwurf, der jetzt innerhalb der Regierung abgestimmt wird, rechnet das Sozialministerium noch nicht mal mit nennenswerten Einsparungen.

Zwischen den Schikanen findet sich aber zumindest eine richtige Maßnahme: Die Mietpreisbremse soll in Zukunft auch für Wohnungen von Menschen in der Grundsicherung gelten. Beim Bürgergeld ist das bislang nur auf dem Papier der Fall.

Die Mehrheit der Leistungsberechtigten bekommt die Miete schließlich komplett vom Jobcenter bezahlt. Wird die Wohnung billiger, spart der Staat, sie selbst haben aber keinen Cent mehr. Warum sollten sie sich also bei den Vermieter*innen beschweren oder gar wegen einer überhöhten Miete klagen? Sich zu wehren, kostet Mühe – die Regeln der Mietpreisbremse muss man erst mal verstehen. Und es birgt Risiken – bis hin zur Entmietung auf Umwegen. Schön blöd, wer das ohne Anreiz auf sich nimmt.

Nach Angaben aus dem Sozialministerium soll die Reform hier ansetzen. Zahlt ein Grundsicherungsempfänger eine überbeurteilte Miete, soll ihn im ersten Schritt das Jobcenter zu einer Beschwerde bei den Vermieter*innen auffordern. Stellen diese sich stur, muss sich nicht der Betroffene weiter damit herumschlagen. Das Amt zahlt ihm zunächst weiter die vollen Mietkosten und geht an seiner Stelle in den Rechtsstreit um die Höhe.

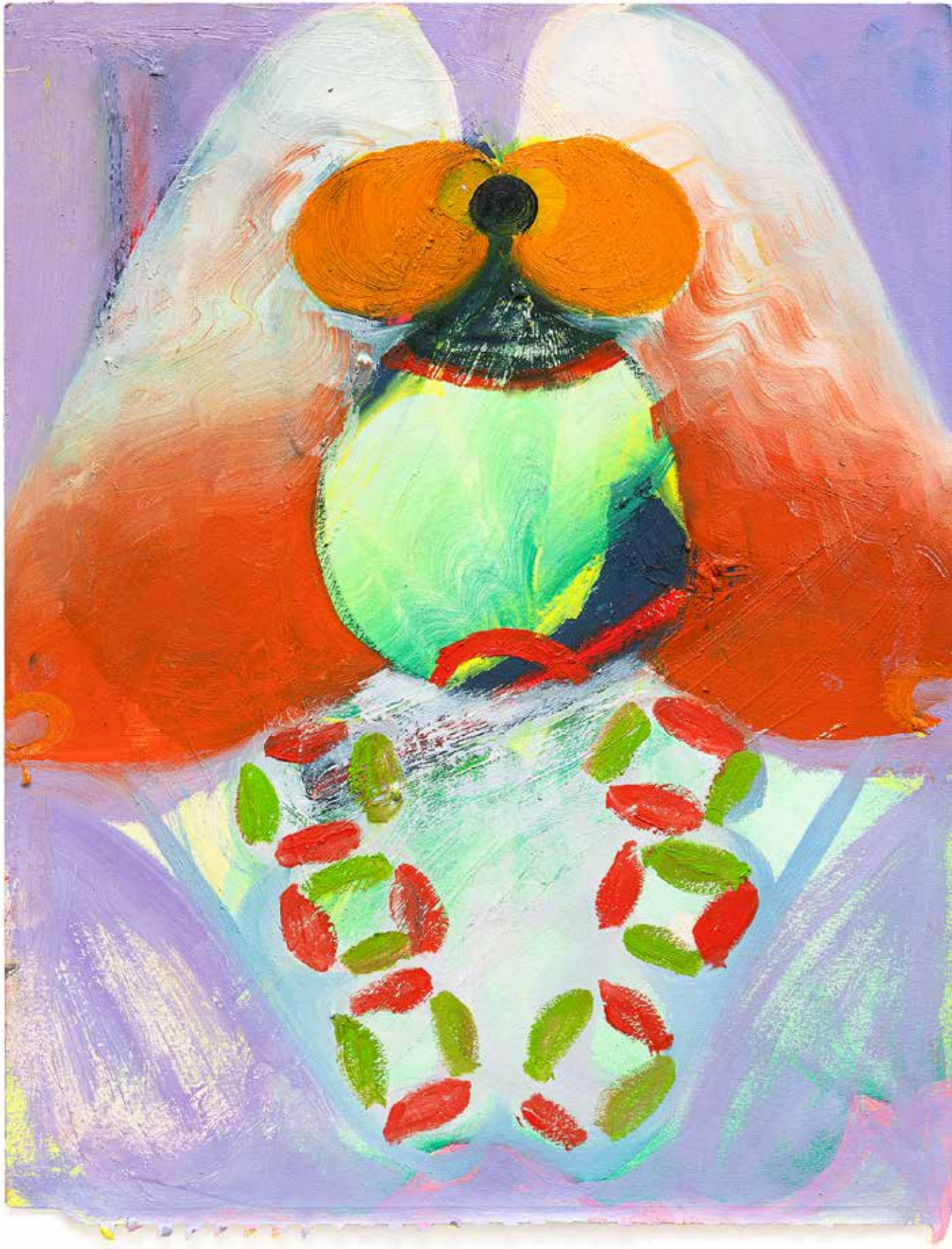
Wenn man so will, nimmt die Regierung den Kampf gegen Sozialmissbrauch damit einmal an der richtigen Stelle auf: bei Immobilieneigentümer*innen, die sich rechtswidrig an Sozialleistungen bereichern, statt einfach arbeiten zu gehen.

Zwei Haken hat die Sache aber leider. Erstens steigt der Aufwand für die Jobcenter, die Miethöhen umfangreicher prüfen und neue Gerichtsverfahren führen müssen. Erhalten sie dafür nicht mehr Mittel, müssen sie an anderer Stelle sparen – zum Beispiel bei Fördermaßnahmen für Arbeitslose. Zweitens wird es Leistungsberechtigte geben, die überbeurteilte Mieten trotz der neuen Pflicht nicht beanstanden, sei es aus Überforderung oder aus Angst. Die Regierungspläne sehen vor, dass sie die zu viel verlangte Miete künftig selbst zusammenkratzen müssen. Was ihnen, aber auch allen anderen Mieter*innen helfen würde: eine schärfere Mietpreisbremse, inklusive Bußgeldern, die Vermieter*innen von vornherein vom Abzocken abschreckt.

6

Frei zur Besichtigung: Die erste Werktagsausgabe der taz nach der Druckeinstellung und dem Überfall auf ein Pariser Museum jetzt noch kunstvoller
1-26, 11

Louvre zu,
taz offen



Was kann Malerei, wenn sie ihr Medium wechselt – und plötzlich eine digitale Zeitung schmückt?
Kerstin Brätsch, Untitled, aus der Serie M 3 TA, 2018–2025, Öl und Mischtechnik auf Papier, 35,5 x 28 cm Foto: Andrea Rossetti

Tomahawk begraben
Trump will lieber mit Putin reden, als mit neuen Waffen Druck zu machen
2, 12

25.098

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13

Waffenunruhe in Gaza
Doch wieder israelische Luftangriffe und Vorwürfe gegen die Hamas
3

Kein Schnitzel, aber Schlögel
Was von der Frankfurter Buchmesse hängen bleibt – eine Bilanz
15

VERBOTEN

Guten Tag,
meine Damen und Herren!

Keine Sorge, auch *verboten* hat die Umstellung von print auf digital schadlos überstanden. Das war schon deshalb kein Problem, weil *verboten* noch nie auf Erden existiert hat. Es besteht nicht aus Fleisch und Blut – und schon gar nicht aus Papier. Es ist und bleibt ein vollkommen ungreifbares Fabelwesen, das niemand je gesehen hat und das auch weiterhin jeden Tag

vom Himmel fällt.

steile these

„Der heutige Protest zeigt mir, dass das amerikanische Volk endlich aufwacht“
Owen Belamarc, demonstrierender Student, zu den „No Kings“-Protesten gegen Trump in den USA

11



Foto: Andrea Rossetti

Kerstin Brätsch ist die Künstlerin dieser Ausgabe

Was ist Malerei? Und was kann sie leisten, wenn sie das Medium wechselt und in einer Zeitung, noch dazu einer digitalen, in Form eines ePapers in Szene gesetzt wird? Das versucht die taz zusammen mit der Künstlerin Kerstin Brätsch herauszufinden, die mit ihren Arbeiten eine historische Ausgabe zum Leuchten bringt. Denn was Sie hier sehen, ist die erste Ausgabe der taz, die unter der Woche komplett ohne Papier auskommt und für die buchstäblich kein einziger Baum sterben musste.

Brätsch betrachtet Malerei als einen Stoffwechsel, Farben, Materialien, Licht, digitale Daten – all das reagiert miteinander, verändert sich. So gesehen ist Malerei nichts Statisches, sondern ein lebendiger Prozess. Brätsch versteht das als eine Kollaboration mit universellen Kräften wie Kohäsion, Adhäsion und Oberflächenspannung (in ihren Marmorierungen) oder Licht (in ihren Glasarbeiten). Das klingt naturwissenschaftlich, meint aber auch das, was ihre Kunst ausmacht: die Durchlässigkeit zwischen Materiellem und Geistigem, zwischen Farbe, Form und Energie. Und bei der Übertragung vom einen in ein anderes Medium bekommen Dinge zudem noch eine ganz andere, unvorhersehbare Wirkung.

Brätsch, 1979 in Hamburg geboren, lebt heute zwischen Berlin und New York, lehrt seit 2024 als Professorin für Malerei und Zeichnung an der Hochschule für bildende Künste Hamburg (HfbK) – und gilt international als bedeutende Stimme der Gegenwartsmalerei. New York, Oslo, Porto und immer wieder Berlin: Kerstin Brätsch ist viel unterwegs. Gerade wurde sie mit dem Marta-Preis der Wemhöner Stiftung 2025 ausgezeichnet – für ihre „umfassende Befragung des Mediums Malerei“ und ihre „Kapazität der räumlichen Installation“. Ihre Werke wurden unter anderem in Einzelausstellungen im Munch Museum in Oslo (2025), im Ludwig Forum Aachen (2022), in der Fondazione Memmo in Rom (2018) sowie im Museum Brandhorst in München (2017) gezeigt. Sie nahm an internationalen Gruppenausstellungen teil, darunter an der Venedig Biennale 2011 und 2022 und mehrfach am Museum of Modern Art in New York.

Wenn Brätsch die Frage nach der Handlungsmacht der Malerei stellt und sie als erweitertes Feld untersucht, bezieht sie traditionelle kunsthandwerkliche Praktiken ein: die Glasmalerei, die Herstellung von marmoriertem Papier oder Stuckmarmor, aber auch kollaborative Projekte, um sie im Diskurs der Malereigeschichte zu verorten. Dabei stellt sie auch Subjektivität und Autorschaft in Frage und bewegt sich so vom Persönlichen zum Kollektiven. Was Brätschs Werk so zeitgenössisch macht, ist nicht nur die Ästhetik, sondern vor allem die Haltung: Sie versteht Malerei als offenes System. Als ein Denken in Bewegung. Ihre Werke sind keine abgeschlossenen Objekte, sondern Zustände – Fragmente von Prozessen, die weiterlaufen. Mit ihren Kollaborationen DAS INSTITUT (gemeinsam mit Adele Röder, seit 2007) und KAYA (mit Debo Eilers, seit 2010) erweitert Brätsch das Verständnis von Malerei radikal. In diesen Kollektiven wird Malerei zum sozialen und performativen Prozess – sie zirkuliert zwischen Körpern, Medien und Identitäten, löst sich von der Leinwand und tritt in ein erweitertes Feld, in dem Autorschaft, Materialität und Digitalität neu verhandelt werden.

Das ist auch die Idee bei der Zusammenarbeit mit der ersten rein digitalen taz-Ausgabe. Weil ihr Kunstverständnis das tut, was guter taz-Journalismus auch macht: die Realität durchdringen, ohne sie festzunageln. Und ohne Papier bleibt das Wesentliche: Es lebt der taz-Journalismus, wenn er produziert und verbreitet wird und wenn er weiter wirken kann.

Lena Kaiser

taz lage

Liebe Leserinnen und Leser der taz

Heute haltet ihr sie in Händen, via Tablet oder Handy, oder ihr lest sie am Computerbildschirm: eure taz. Und ihr werdet sie wiedererkennen, auch wenn es heute vielleicht erst mal ungewohnt ist. Die taz bleibt Tageszeitung: Wir sind streng gewillt, dieses Versprechen zu halten. Wir machen weiter Tag für Tag unseren unabhängigen, vielfältigen Journalismus mit einer großen Portion Haltung. Wir wollen nämlich nicht nur euch treu bleiben, sondern auch uns selbst. Viele von euch kennen die digitale Tageszeitung längst und sind mit ihr vertraut, sei es in der klassischen Zeitungsansicht, sei es in der vom Zeitungs-layout losgelösten Form, die wir mobile Ansicht nennen. Aber immer kuratiert und abgeschlossen. Wir spielen hier nicht Webseite. Das Ressort tazeins widmet sich weiterhin mit besonderer Liebe den „Seiten“, nur eben für die App.

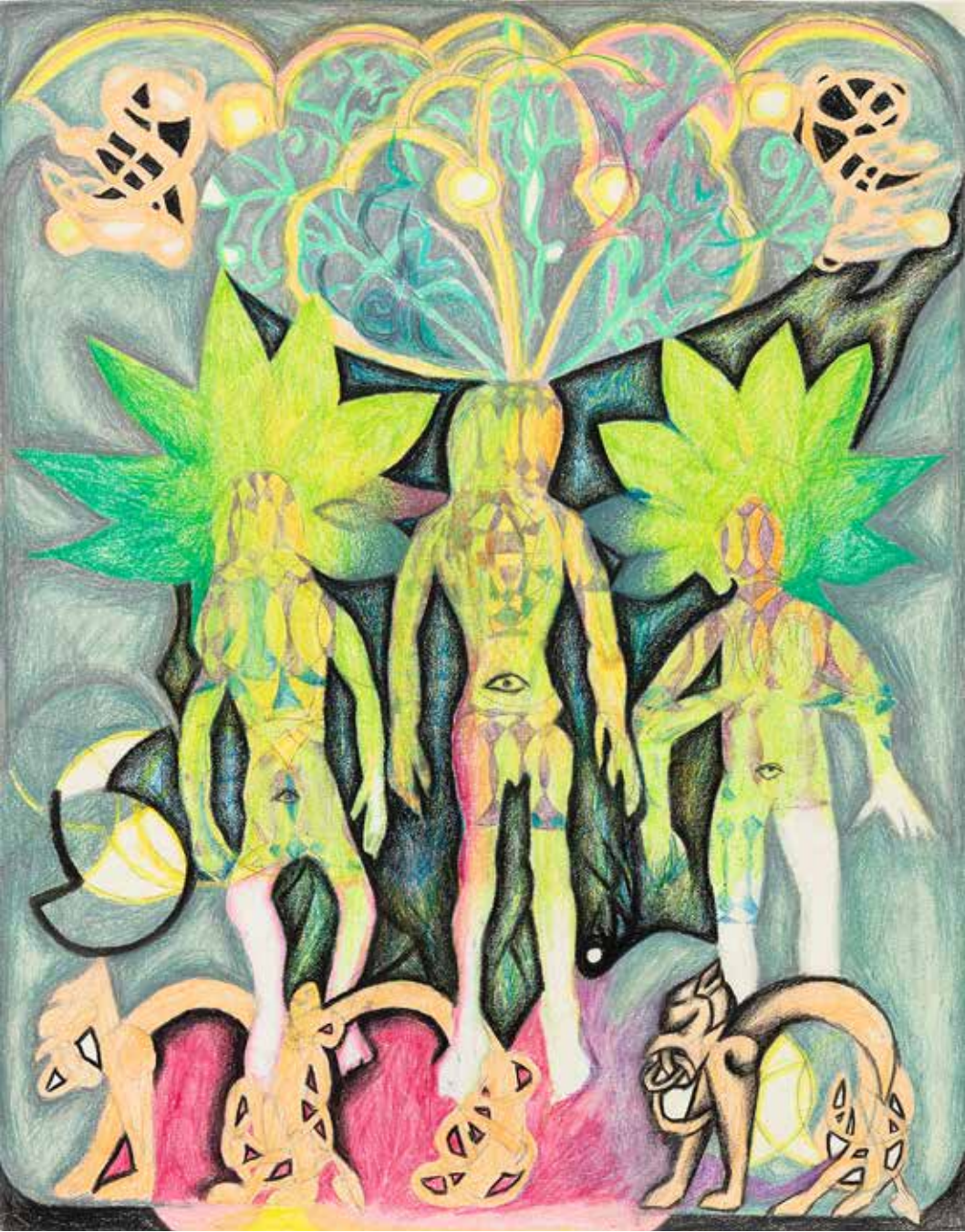
Wir arbeiten künftig mit einem neuen Werkzeug, um die Zeitung layouterisch zu gestalten: den Smart Templates. Smart Templates sind Vorlagen, die wir zur Erstellung der klassischen Zeitungsseiten nutzen. Wir haben das Layout in seiner Ästhetik aber nicht geändert, aber mit den neuen Musterseiten wird alles weniger kompliziert – mit geringfügigen Änderungen. So hoffen wir, dass uns die Fans des Wetters auf der Inlandsseite die Abschaffung verzeihen. Die Mühe, die bisher ins Wetter geflossen ist, verwenden die Kolleginnen und Kollegen vom Inland jetzt für die tägliche Berichterstattung. Auch die Kultur verzichtet auf ein kleines Format: die Berichtigung. So bleibt mehr Zeit für das politische Feuilleton, Kunst oder Kino. Solche kleinen Elemente sind gemessen an der Zeilenzahl sehr aufwändig. Manche bleiben aber auch erhalten: etwa die Zahl des Tages auf den Öwi-Seiten.

Was ändert sich sonst noch? Die Regionalkulturen aus Berlin und dem Norden wandern zur überregionalen Kultur auf einer Seite. Wir meinen, dass die Unterscheidung in überregionale Kultur vorn und regionale Kultur hinten wahrhaftig nicht mehr sinnvoll ist – warum sollte die Theaterpremiere in Frankfurt überregional, die in Hamburg dagegen im nord-Teil stattfinden? Die Regionaltile berlin und nord bekommen die App-LeserInnen in Tübingen oder Köln – wo es in Print ja immer die schlankere rein überregionale Ausgabe gab – in der App jetzt auf je 3 Seiten dazu. Außerdem haben wir beschlossen, das Fernsehprogramm jetzt ungekürzt, aber nicht mehr auf einer Seite, sondern als anzutippendes Extra-Angebot darzustellen. Wenn ihr grad in der Zeitungsseiten-Ansicht seid: Schaut mal auf Seite 13 oben rechts!

Viel Spaß beim Lesen, Blättern, Vorlesenlassen, Genaue-Reinzoomen, beim Hin- und Herschalten zwischen der klassischen und der mobilen Ansicht. Es gibt, wenn das hier eure erste digitale taz ist, eine Menge zu entdecken. Aber ihr werdet feststellen: Die taz bleibt taz!

Eure Chefinnenredaktion

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie:>“para psychics“



Kerstin Brätsch, Hinsetzen mit entblößtem Hintern, 2020–2022, Farbstift, Graphit und Collage auf Papier, 35,6 × 27,9 cm, Foto: Andre Rossetti

Lange Reichweite von kurzer Dauer

US-Präsident verweigert Selenskyj die in Aussicht gestellten Tomahawk-Marschflugkörper nun doch. Und will nun Putin treffen

Aus Washington
Hansjürgen Mai

Er kam mit großen Hoffnungen und ging mit leeren Händen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erhielt bei seinem Besuch im Weißen Haus am Freitag keine Zusage für US-amerikanische Tomahawk-Marschflugkörper. US-Präsident Donald Trump lehnte eine Lieferung mit der Begründung ab, dass dies zu einer Eskalation im Krieg mit Russland führen könne. „Tomahawks sind eine sehr mächtige Waffe, aber auch eine sehr gefährliche Waffe, und sie könnten eine massive Eskalation bedeuten. Es könnte dazu führen, dass viele schlimme Dinge passieren“, sagte Trump.

Erst vor wenigen Tagen hatte Trump angekündigt, dass er darüber nachdenke, Tomahawks – sie haben eine Reichweite von 1.600 Kilometern und würden der Ukraine präzise Schläge gegen Militäreinrichtungen und Rüstungsfabriken tief im russischen Staatsgebiet ermöglichen – an die Ukraine zu liefern, um den Druck auf Russland zu erhöhen. Doch am Freitag war davon nicht mehr die Rede. Tags zuvor hatte Trump mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin ein erneutes Telefonat geführt, nachdem Russland immer lautstarker vor einer Tomahawk-Lieferung an die Ukraine

gewarnt hatte. Dabei vereinbarten die beiden ein persönliches Treffen in den kommenden Wochen in Ungarns Hauptstadt Budapest. Trump setzt also erneut auf eine diplomatische Lösung, obwohl Putin keinerlei Anzeichen macht, den Krieg beenden zu wollen.

„Das Treffen (mit Selenskyj) war sehr interessant und freundlich, aber ich sagte ihm, wie ich es auch Präsident Putin dringend empfohlen hatte, dass es an der Zeit sei, mit dem Töten aufzuhören und einen Deal zu machen!“, erklärte Trump anschließend. Beide Länder sollten die aktuellen Kriegsfronten als möglichen Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen akzeptieren. „Sie sollten dort stehen bleiben, wo sie sind. Mögen beide den Sieg für sich beanspruchen, die Geschichte soll entscheiden!“, schrieb Trump.

Selenskyj widersprach Trump und sagte, Putin sei „nicht bereit“ für Frieden. „Mit Gesprächen ist Putin nicht zu stoppen – es braucht Druck“, sagte er am Samstag nach seiner Rückkehr nach Kyjiw. Am Sonntag appellierte er eindringlich an seine Verbündeten, keine Beschwichtigungspolitik gegenüber Russland zu fahren. Es sei Zeit für ein weiteres Treffen der sogenannten Koalition der Willigen.

Selenskyj hatte gegenüber Trump ausgeführt, dass der

Druck auf Russland erhöht werden müsse. Man wolle kombinierte Angriffe mit Drohnen und Tomahawks durchführen. Medienberichten zufolge hatte die ukrainische Delegation zur Veranschaulichung eine Karte mit Zielen in Russland dabei. Selenskyj versicherte: „Sie (die Russen) fürchten diese Kombinationsangriffe, sie verstehen, was wir machen können.“

Das Treffen sei „nicht einfach“ gewesen und stellenweise „etwas emotional“, hieß es laut CNN. Laut einer Person, die dabei war, soll Trump gesagt haben: „Ich denke, wir sind fertig. Mal sehen, was nächste Woche passiert.“ Laut Washington Post empfahl der US-Sondergesandte Steve Witkoff der ukrainischen Delegation eine Abtretung des Gebiets Donezk – eine zentrale Forderung Putins.

Derweil geht der Drohnenkrieg unvermindert weiter. Die Ukraine hat nach eigenen Angaben in der Nacht zu Sonntag 40 von 62 abgefeuerten russischen Drohnen abgeschossen. Russlands Verteidigungsministerium meldete mehr als 45 abgeschossene ukrainische Drohnen. Der ukrainische Generalstab bestätigte Drohnenangriffe auf eine Erdölraffinerie und eine Gasverarbeitungsanlage in Russland.

(mit Agenturen)
meinung + diskussion 12

„Die Lage bleibt äußerst fragil“

Trotz Waffenruhe müssen die Menschen in Gaza weiter hungern, sagt Christof Johnen vom Deutschen Roten Kreuz. Im Gespräch erklärt er, warum noch immer zahlreiche Lkws mit Hilfsgütern an der Grenze feststecken und wie der Wiederaufbau der Region laufen müsste

Interview **Serena Bilanceri**

taz: Herr Johnen, wie ist gerade die Lage im Gazastreifen?

Christof Johnen: Die Versorgungslage der Bevölkerung ist desaströs. Die Menschen in Gaza haben nicht genug zum Essen. Die allermeisten Menschen wissen nicht, wenn sie morgens wach werden, ob sie an diesem Tag etwas zum Essen bekommen.

taz: Haben Sie in ihrem Feldkrankenhaus in Rafah unterernährte Menschen behandelt?

Johnen: Ja, wir haben mangel- und unterernährte Menschen behandelt.

taz: Die Ernährungslage ist aber nicht die einzige Dimension der Not in Gaza.

Johnen: Ja. Bis zur Waffenruhe gab es immer weiter Evakuierungsaufforderungen. Hunderttausende sind so auf immer engerem Raum zusammengedrängt worden. Viele leben auf offener Straße oder unter Plastikplanen. Wem es „gut“ geht, hat zumindest ein Zelt. Viele haben sich seit der Waffenruhe wieder auf den Weg zurück zu ihrem ursprünglichen Wohnort gemacht, wo die Menschen heftigste Zerstörung vorfinden. Es gibt zudem die Gefahr durch nicht explodierte Sprengkörper und Munitionsreste. Hinzu kommt die Zerstörung der Wasserversorgung und eine mangelhafte Gesundheitsversorgung. Die Waffenruhe kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Bevölkerung komplett erschöpft und traumatisiert ist. Vor allem die Kinder und Jugendlichen, die durch die Kampfhandlungen teils selbst verletzt oder gar verwaist sind.

taz: Hat sich seit der Waffenruhe etwas verändert?

Johnen: Die Kampfhandlungen sind derzeit praktisch zum Erliegen gekommen. Aber in der Versorgung der Zivilbevölkerung hat sich noch nichts substantiell verändert. Die palästinensischen Kolleg*innen vor Ort sagen, dass es eine große Erleichterung ist, nicht mehr ständig besorgt zu sein, bei den Kämpfen selbst getroffen zu werden. Am Montag, als die israelischen Geiseln und die palästinensischen Gefangenen freikamen, hat sich dieses Gefühl der Erleichterung noch mal verstärkt. Zwei Grenzübergänge wurden am Sonntag kurzzeitig geöffnet, dann aber wieder geschlossen. Die Lage bleibt äußerst fragil.

taz: Die israelische Regierung begründet die nach wie vor bestehende Schließung des Grenzübergangs Rafah damit, dass die Hamas nicht alle toten Geiseln übergeben habe.

Johnen: Ja, aber leidtragend bei solchen Maßnahmen ist die Zivilbevölkerung. Derzeit stapeln sich Hilfsgüter in Ägypten und in Jordanien, können aber nicht nach Gaza hereinkommen. Einerseits ist das eine Frage der Quantität – das heißt, die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Gütern ist nicht gesichert – aber andererseits geht es hier auch um die Qualität.

taz: Wie meinen Sie das?

Johnen: Wir müssen auch die Wasserinfrastruktur reparieren, wir müssen unbedingt die noch funktionierenden Gesundheitseinrichtungen mit Geräten, mit Material und mit Medikamenten versorgen. Wir brauchen Sanitäranlagen und Unterkünfte. Bald wird es kühl und feucht, die Menschen brauchen Schutz.

taz: Woran hapert es konkret? Ist es nur die aktuelle Schließung der Grenze?

Johnen: Es gibt weiterhin keine Klarheit darüber, wie Hilfsgüter eingeführt werden. Die administrativen Prozesse sind schwierig und zeitaufwendig. Es muss nach wie vor alles einzeln beantragt werden, und das ist besonders im Gesundheitsbereich sehr komplex.

taz: Wie viele Krankenhäuser funktionieren noch im Gazastreifen?

Johnen: Von den etwa 35 Krankenhäusern sind nach unseren Informationen derzeit 12 bis 14 noch teilweise funktionsfähig, darunter das genannte Feldkrankenhaus. Der palästinensische Rote Halbmond selbst betreibt zudem zwei Kliniken, in Gazastadt und Chan Junis. Beide sind schwer beschädigt, aber noch in Betrieb. Die Kapazitäten sind durch die Angriffe gesunken, während der Bedarf gestiegen ist. Wenn viele Menschen auf engem Raum leben, verbreiten sich Krankheiten viel schneller.

taz: Wie lange wird es dauern, bis das Gesundheitswesen wieder vollständig funktioniert?

Johnen: Eine vollständige Wiederherstellung wird in vielen Fällen sehr große bauliche Maßnahmen erfordern. Und das wird lange dauern. Selbst, wenn die Waffenruhe hält und Hilfe ungehindert in den Gazastreifen kommt, wird es sicherlich Monate dauern, bis es eine Stabilisierung der Gesundheitsversorgung gibt. Deshalb ist es so wichtig, jetzt auch Medikamente und medizinische Ausstattung in den Gazastreifen zu bringen.

taz: Haben Sie seit Beginn der Waffenruhe Waren einführen können?

Johnen: Wir als Deutsches Rotes Kreuz noch nicht. In den letzten zwei Jahren hatten wir zahlreiche Frachtflugzeuge und Lkws mit Tonnen von Hilfsgütern nach al-Arisch in Ägypten geschickt, das waren größtenteils Zelte, Plastikplanen, Kanister, Hygieneartikel und natürlich das Material für das Feldkrankenhaus. Und der Rote Halbmond hat spezielle Ausstattung für traumatische Verletzungen erhalten. Vieles davon konnte nach Gaza gebracht werden, sehr viele Hilfsgüter werden aber weiterhin in al-Arisch vorgehalten, um schnellstmöglich in den Gazastreifen importiert zu werden, wenn eine Einfuhrerlaubnis vorliegt.

taz: Haben Sie keine Sorge, dass die Hamas oder andere Milizen die Hilfsgüter an sich reißen und die Lkws plündern?

Johnen: Ich kann nur für die Güter der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung sprechen. Diese werden vom Roten Halbmond oder dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz direkt verteilt. Beide sind vor Ort von den Menschen anerkannt und kennen die Lage sehr gut. Uns liegen keine Hinweise vor, dass unsere Hilfsgüter zweckentfremdet wurden. Wir gehen davon aus, dass wir aufgrund unserer Vorgehensweise auch in Zukunft die Hilfsgüter direkt zu den notleidenden Menschen bekommen.

An der Stelle möchte ich auch einmal etwas Grundsätzliches sagen: In keinem anderen Konflikt wird diese Diskussion in der Form geführt. Im Sudan nicht. In der Ukraine nicht. Nur hier. Bedenken sind verständlich und die größtmögliche Sorgfalt ist erforderlich, das steht außer Frage. Aber man kann auch nicht zwei Millionen Menschen, viele davon Frauen, Kinder, Kranke und Verletzte, erforderliche humanitäre Hilfe vorenthalten. Wir können diese Menschen nach allem, was sie durchgemacht haben, nicht der Würde berauben, versorgt zu werden oder sich wieder selbst zu versorgen.

taz: Was wäre jetzt auf politischer Ebene notwendig?

Johnen: Ich glaube, man muss wirklich ein besonderes Augenmerk auf Kinder und Jugendliche richten, um nicht eine ganze Generation von jungen Menschen zu verlieren. Dass sie möglichst schnell wieder zur Schule gehen oder eine Betreuung bekommen können. Das ist eine Generation, die jetzt zwei Jahre jedweder Möglichkeit beraubt wurde. Viele sind mangel- oder unterernährt, haben ihre Eltern oder Angehörige verloren, sind schwer traumatisiert. Das ist vor allem eine Frage für den Wiederaufbau, das kann man nicht mit Lkws richten.

Der Wiederaufbau wird im Augenblick sehr in Form von Gebäuden diskutiert. Wiederaufbau muss aber auch eine soziale Dimension beinhalten. Und das mit einem besonderen Fokus auf die Einbindung der palästinensischen Zivilbevölkerung. Ein Wiederaufbau, der von außen aus europäischen oder nordamerikanischen Hauptstädten verordnet wird und nicht mit den Menschen gemeinsam geschieht, wird nicht erfolgreich sein.

Christof Johnen leitet den Bereich für internationale Zusammenarbeit des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Er ist diplomierter Volkswirt und seit zwölf Jahren beim DRK.

Auslese: taz-Leser*innen zur Seitenwende

verboten vom 9. 9. 2025
Guten Tag, meine Damen und Herren!
verboten fordert, die geplante „Seitenwende“ der taz mit der Einstellung der werktäglichen Printausgabe ab Oktober bitte doch noch einmal zu überdenken. Auch wir sollten nicht zu pingelig sein:
Ob ein Jahr früher oder später – das ist nicht die Frage!
Reingard M. schrieb daraufhin:
Das *verboten* von heute hat mich jubeln lassen, bitte nicht mehr zurückrudern!!!
Dann kann ich mein Abo weiter bestehen lassen und auch das Geschenk an meine Schwiegertochter, die auch NUR Papier liest, zum Dauerabo verlängern. Ihr hättet also schon 2 Abos todsicher, aber auch nur dann.
Und seid nicht so pingelig, bei dieser Regierung brauchen wir JEDEN Hoffnungsschimmer auf gutes Leben, dazu gehört die Papiertaz, eure treue Leserin – und nach uns dann das ganze Haus - Reingard M.

Geht es schon wieder los?

Israel bombardiert mehrere Ziele im Gazastreifen – offenbar als Antwort auf einen Angriff der Hamas. Wie wird Donald Trump die Situation bewerten?

Aus Tel Aviv **Felix Wellisch**

Gut eine Woche nach ihrem Inkrafttreten droht die unter Druck der USA vermittelte Waffenruhe im Gazastreifen zu scheitern. Das israelische Militär griff mehrere Ziele in Rafah im Süden sowie in Dschabalija im Norden Gazas an, berichteten israelische Sender. Zuvor sollen laut Angaben der israelischen Armee Kämpfer der radikalislamischen Hamas Stellung jenseits der „gelben Linie“ in Rafah angegriffen haben. Hinter diese Linie hatte sich die israelische Armee nach Inkrafttreten des Abkommens zurückgezogen.

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu befahl Armee und Geheimdiensten laut Angaben seines Büros ein „entschiedenes Vorgehen“. Izzat al-Rischk, ein hochrangiges Mitglied des Hamas-Politbüros, bestritt jede Verbindung zu dem Angriff in Rafah. Die Gruppe stehe zu der Vereinbarung.

Schon zuvor galt das Abkommen als brüchig: Seit dem 10. Oktober habe die israelische Armee 47 Mal gegen die Waffenruhe verstoßen und laut dem Hamas-Medienbüro mehr als

38 Palästinenser getötet. Am Freitag starb nach Angaben des palästinensischen Zivilschutzes eine elfköpfige Familie, darunter sieben Kinder und drei Frauen, auf dem Weg zu ihrem früheren Zuhause in Gaza-Stadt. Die israelische Armee bestätigte den Angriff und sprach von einem „verdächtigen Fahrzeug“, das die gelbe Linie überquerte. Diese Rückzugslinie ist in weiten Teilen Gazas nicht markiert.

Israel wirft der Hamas vor, nach der Freilassung der 20 überlebenden Geiseln nur etwa die Hälfte der 28 getöteten Verschleppten übergeben zu haben. Die Hamas erklärt, sie brauche mehr Zeit und schweres Bergungsgerät, um die Leichen zu finden. Die US-Regierung scheint diese Einschätzung zu teilen. Israel hat jedoch wegen der Verzögerung den Grenzübergang Rafah nach Ägypten geschlossen und blockiert damit dringend benötigte Hilfslieferungen, die im Abkommen vereinbart waren.

In der von der israelischen Armee verlassenen Hälfte des Gazastreifens geht die Hamas indes gewaltsam gegen Palästinenser vor, denen sie Kooperation mit Israel oder die Plünderung von Hilfsgütern vorwirft.

Ein Video einer öffentlich inszenierten Hinrichtung sorgte weltweit für Empörung. Das US-Außenministerium nannte das Vorgehen „einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Waffenruhevereinbarung“.

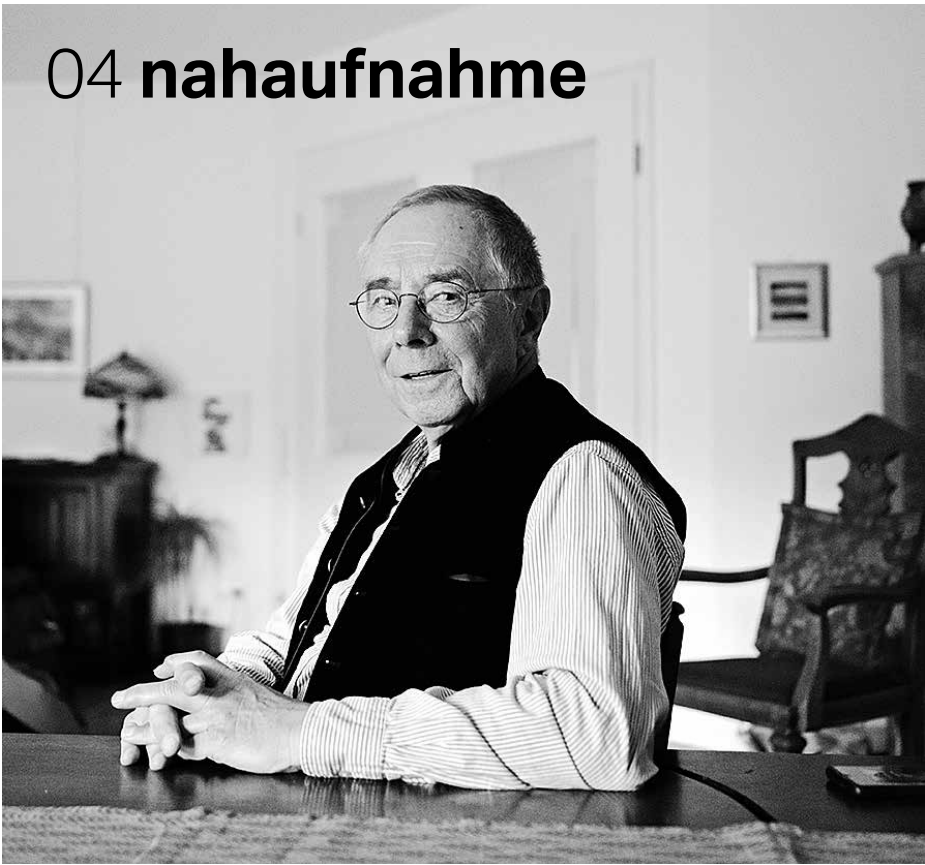
Auch bei den anstehenden Verhandlungen deutet sich keine Einigung an: Israel fordert die Entwaffnung der Hamas und lehnt eine Beteiligung der Palästinensischen Autonomiebehörde an der Verwaltung Gazas ab. Die Hamas lässt offen, ob sie ihre Waffen abgeben oder Gaza einer Verwaltung unter US-Aufsicht überlassen will.

Die Rückkehr bewaffneter Hamas-Kämpfer auf die Straßen Gazas und die Forderungen nach einer harten Reaktion, die sowohl aus der israelischen Regierung als auch von Oppositionspolitikern kommen, lassen wenig Hoffnung aufkommen. Die große Unbekannte bleibt der unberechenbare US-Präsident. Trumps Druck hatte die Kämpfe vorerst gestoppt. Hält er ihn aufrecht, könnten die Angriffe vom Sonntag ein Einzelfall bleiben. Lässt er nach, dürfte die ohnehin fragile Waffenruhe bald zusammenbrechen.

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie:>“para psychics“



Kerstin Brätsch, Frau (Stachel), 2020–2022, Farbstift, Graphit und Collage auf Papier, 35,6 × 27,9 cm, Foto: Andrea Rossetti



Peter-Josef „Pejo“ Boeck in seinem Haus in Bielefeld

Ein Leben, radikal gelesen

Die erste taz-Ausgabe im April 1979 widmete Peter-Josef Boeck auf der Titelseite eine Meldung, weil er einen spektakulären medizinischen Kunstfehlerprozess in der BRD führte. Zu Besuch bei einem Mann, der die taz ein Leben lang begleitet hat – und sie ihn

Aus Bielefeld **Bernd Müllender** (Text) und **Maximilian Mann** (Foto)

Auslese: Leser-Gedicht zur Seitenwende

Was bedeutet Seitenwende?
Wenn ich leere Weiten sende ...

Die Postille digital,
was bislang mir scheißegal,
wird in einem Jahr real –
wie brutal!

Ich las Zeitung stets mit Gier,
Druckerschwärze lobt' ich mir,
das Geraschel mit Papier
voll *Geschmier* ...

Hätt' auch, stünde Wende an,
nichts, worein ich wickeln kann
nasse Schuhe, Porzellan –
ja, und dann?

Lebt' ich eben ohne News,
kriegte nicht den Digi-Blues,
weltfern vom täglichen Schmus –
sehr abstrus.

Geht denn *Lügen ungedruckt*?
Wird nicht bleiwüst aufgemuckt,
in die Suppe uns gespuckt
und geschluckt?

Von Vergangenheit ich schwatz ...
Zukunft ist in einem Satz
ein noch ungehob'ner Schatz
in der taz.

Nehm' ich halt das Wochenblatt,
das noch Fleisch und Knochen hat,
krieg' vielleicht auch nimmersatt
noch Rabatt.

Patrick Wilden, 2024

Auf der betagten dunkelbraunen Wohnzimmerkommode liegen fein säuberlich ein paar Stapel laminierter taz-Seiten: Das sind, erklärt Hausherr Peter-Josef (Pejo) Boeck, 76, „rund 250 Seiten, die mir in den letzten Jahren besonders wichtig waren“. Eine Art Erbe: „tazzen für andere mal irgendwann.“ Beim beiläufigen Herumblättern entdeckt Fotograf Max Mann gleich: „Ach, da, das Bild ist von mir.“

Pejo Boeck, Abonnent seit 1980, längst auch Genosse („einer der ersten Stunde“), ist der taz solidarisch und kritisch zugetan. Und er hat eine Lebensgeschichte, die ihresgleichen sucht, voller Wendungen, Turbulenzen, Schicksalsschlägen. Und in mancherlei Hinsicht spiegelt sich die Geschichte der taz in der ihres Abonnenten Boeck.

Zufällig begann diese gemeinsame Geschichte gleich mit der ersten Ausgabe am 17. April 1979. Auf der Titelseite unten rechts, nachlesbar im Jubiläumsband „40 Jahre Taz – das Buch“, ist ein Text angekündigt: „Geburt nach Stoppuhr – Dortmund der Eltern klagen gegen das Städtische Krankenhaus (Seite 8).“ Es geht um die dramatisch verpfuschte Klinikgeburt der kleinen Sabine, die schwerstbehindert so gerade mit dem Leben davon kam. Der klagende Vater war Pejo Boeck.

Wir sitzen, 46 Jahre später, in seinem Wohnzimmer in Bielefeld bei selbstgebackenem Pflaumenkuchen, überaus köstlich. Drumherum moderne Gemütlichkeit: ein Picasso-Druck an der Wand, ein paar pakistanische Kunstgegenstände und Bilder, plakativ-bunte Teppiche, die großen Fenster alle bis zum Boden: „Ich brauche den weiten Blick und viel natürliches Licht.“ Ringsum stehen, als Gegensatz zur idyllischen Frische, ein paar gediegene restaurierte Möbel. „Mein Vater war Pfleger in einem Seniorenheim. Ein Bewohner starb und hinterließ all die Sachen, die niemand wollte.“ Können er haben, habe die Heimleitung gesagt, „wenn er 60 Stunden Extraschicht drauflege“.

Extraschichten verlangte Pejo Boeck das Leben so einige ab. Da war zuvörderst der 23. August 1978. „Das war der Tag, der mein Leben von Grund auf verändert hat.“ Am errechneten Geburtstermin von Tochter Sabine macht sich Ehefrau Ulla Boeck morgens auf den Weg in die städtische Frauenklinik Dortmund. Dort geht alles schief. Man leitet wehenauslösend die „programmierte Geburt“ ein – offenbar erfolglos. Der Dienstschluss droht. Eilig wird mit Zange und Saugglocke hantiert. Alles dauert ein paar Ewigkeiten zu lang.

Das Kind wird kaum überlebensfähig auf die Welt geholt, schwerste Behinderungen sind sicher. Einziger Mediziner im Kreißsaal ist Assistenzarzt Dr. F. in seinem ersten Berufsjahr, offenbar überfordert. Der Oberarzt in Rufbereitschaft wohnt 20 Minuten entfernt und kommt viel zu spät.

Die Eltern Boeck verklagen die Ärzte wegen „fahrlässiger schwerer Körperverletzung“ und das Krankenhaus zivilrechtlich auf Schadenersatz, Schmerzensgeld, Rente. Es sollte einer der längsten Kunstfehlerprozesse der deutschen Rechtsgeschichte werden. Dazu später mehr.

Die taz, sagt Boeck, habe er von den Nullnummern 1978 an neugierig verfolgt. „Ich dachte aber, eine Tageszeitung, das ist zu ambitioniert, das geht schief.“ Also habe er nur ab und an am Kiosk eine gekauft. Zudem: „1978 begann das Drama um meine Tochter, der Prozess. Und ich war gerade voll beschäftigt mit der Gründung erst der Bunten Liste und dann dem Kreisverband der Grünen in Dortmund.“

Und dann war da 1977/78 noch dies: Von seiner beschaulichen Geburtsstadt Kleve am Niederrhein aus landete er zum Studium 1970 in Berlin. Nach dem Abschluss als Diplom-Volkswirt und -Handelslehrer an der Freien Universität in Westberlin folgte das Referendariat in Wuppertal und 1977 schließlich – das Berufsverbot.

„Im Fachbereichsrat Ökonomie war ich Ersatzkandidat der Roten Zellen gewesen. Und Mitarbeiter in der Liga gegen den Imperialismus, Ortsgruppe Kreuzberg, der damals auch die spätere grüne Vizepräsidentin des Bundestags, Antje Vollmer, angehörte“, sagt Boeck. Es ging „um Solidaritätsarbeit für die Völker Indochinas, für die Befreiung Afrikas aus kolonialer Unterdrückung, für das chilenische Volk etc. Das war zentral für die Begründung des Berufsverbots.“

Radikalerlass hieß das Werkzeug der Behörden. Solche linken Verfassungsfeinde auf Kinder loslassen? Um Staates willen – nein. „Das alles passierte zudem im Deutschen Herbst. Protestier da mal gegen ...“, sagt Boeck heute. Vorübergehend kam er an einer Privatschule unter und half dort bei der Berufsqualifikation für Spätaussiedler.

Das Berufsverbot sollte lange fünf Jahre bleiben. „1982 hat das neue SPD-Ministerium in NRW Altfälle wie mich abgearbeitet“, eingebettet in „eine ganz eindrucksvolle Geschichte“: Ein hoher Ministerialbeamter habe ihn zu einem informellen Privatbesuch nach Hause gebeten. „Nach langem Zögern bin ich hin. Der Mann sagte, wenn er eine neue Schule einrichten müsste, würde er lauter Berufsverbotler einstellen. Dann wisse er wenigstens, dass das läuft.“ Ergänzt um den Satz: „Leute wie Sie brauchen wir im Schuldienst!“

Pejo Boeck sah sein Mantra bestätigt: „Es lohnt sich immer zu kämpfen, die eigenen Ansichten

offensiv und gradlinig zu vertreten. Immer authentisch zu bleiben.“ Die Bezirksregierung war indes wenig beeindruckt: „Die wollte noch gegen die Aufhebung des Berufsverbots aufbegehren.“ Boeck bekam eine Stelle in Lünen nahe Dortmund. Zur Begrüßung sagte der Schulleiter: „Wir wollten Sie gar nicht, aber wir mussten Sie nehmen.“ Später war Boeck Lehrer an diversen Berufsskollegs, Pensionierung im Sommer 2015. Und direkt nach den Ferien stieg er für zwei Jahre in Teilzeit wieder ein, „wegen einer neuen Flüchtlingsklasse“.

Tochter Sabine überlebte schwerstbehindert die verkorkste Geburt. Boecks wichtigster Kampf führte strafrechtlich zunächst zu einer Neuverhandlung am Landgericht Dortmund, der angeklagte Assistenzarzt hatte einen „Schicksalsschlag“ geltend gemacht. Chancen für eine Nebenklagerevision beim Bundesgerichtshof? Drei Prozent, habe der junge Anwalt gesagt. „Hab ich gesagt: Das reicht mir.“

Der Bundesgerichtshof hob das Urteil tatsächlich auf und verwies die Causa zur Neuverhandlung an eine andere Kammer. „Ich hatte Ärzte im Freundeskreis, wir haben interne Krankenhausakten bekommen, damit konnte der Anwalt sehr gut gebrieft werden.“ Dann Prozessgewinn im zweiten Anlauf. Jetzt rief die beklagte Klinik den BGH an. Springers *Welt* witterte empört, „einen jungen Grünen, der Ärzte hinter Gitter bringen will“.

1985 reiste Boeck zur mündlichen Verhandlung nach Karlsruhe. Wieder Karlsruhe: Da war er fünf Jahre zuvor auch beim Gründungsparteitag der Bundesgrünen gewesen. Seit 1979 ist Boeck „Mitglied der ersten Stunde“.

Der Bundesgerichtshof wies die Revision der Klinik ab. „Die Entscheidung erfuhr ich auf einem Autobahn-Rastplatz auf der Rückfahrt. Ich habe einen Freudentanz gemacht und geweint vor Glück. Endlich alles vorbei.“ Zumindest strafrechtlich gesehen war das so: Der Assistenzarzt wurde rechtskräftig zu 30 Tagessätzen à 300 D-Mark verurteilt, der Oberarzt indes freigesprochen. Wichtig ist Pejo Boeck dies: „Es ging mir nie um Rache, um Hass auf Ärzte, sondern allein um mein tiefstes Empfinden für Gerechtigkeit. Wut hatte ich nur auf den Klinikchef, der nie mit mir reden wollte.“

Die Boecks gründeten den „Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe e. V.“ Pejo war jahrelang Vorsitzender: „Ich habe Eltern beraten, oft auch Anwälte, weil ich ja leider so viel Kenntnis hatte. So viele Schicksale, gebrochene Menschen, zerbrochene Ehen. Für mich war die Arbeit aber auch tröstlich.“ Er habe dadurch sein Schicksal annehmen können. Den Verein mit derzeit 400 Mitgliedern gibt es bis heute.

Boecks Haus, Baujahr 2000/01, hat satte 240 Quadratmeter und liegt in einer gehobenen Wohngegend im Bielefelder Süden. Auch jetzt im Herbst blüht es noch im Garten, die feuerroten Dipladenia („meine Lieblingsblumen“) überstrahlen alles. Solarpaneele sind auf dem Dach befestigt, die Räume „alle bestmöglich isoliert“. In der

Springers „Welt“ witterte „einen jungen Grünen, der Ärzte hinter Gitter bringen will“

Gästetoilette überrascht eine private Seltenheit: ein Urinal. „Ich wollte so was unbedingt.“ Das hat pinkelnden Männern den Sitzstreik erspart und damit viel Wischarbeit. Im Keller schnurrt die Pelletsheizung, also, sagt Boeck: „Eine Wärmepumpe brauche ich nicht.“

Alles ziemlich öko und idyllisch hier. „Klar ist das Haus sehr nobel. Für den jungen Pejo wäre das undenkbar gewesen. Aber er könnte es heute verstehen. Denn ohne Sabine gäbe es das ja nicht“, sagt Boeck.

Die Tochter war zunächst in einer Behinderteneinrichtung der Bethel-Stiftung untergebracht, dann pflegten die Boecks sie viele Jahre zu Hause. Der Neubau war konzipiert für die vierköpfige Familie: Eltern, Tochter, Schwiegervater. Dazu eine Pflegekraft, alles rundherum schwerstbehindertengerecht geplant und entsprechend teuer. Der Rohbau war fertig, da starb Sabine im November 2000 mit 22 Jahren. „Sie konnte nie laufen und sprechen, lebenslang musste sie gefüttert und gewickelt werden.“ Boeck spricht meist ausdauernd und druckreif. Jetzt stockt seine Stimme ein wenig: „Nur lachen konnte sie, und viel!“

Das Riesenhaus blieb. Die Ehe scheiterte bald. Boeck heiratete erneut, aber auch diese Ehe hielt nicht. „Bei meiner zweiten Frau Elke weiß ich bis heute nicht recht, warum. Sie zog 2014 einfach aus.“ Wieder stockt seine Stimme kurz. Er berichtet von der neuen Partnerin Sonja, die in Düsseldorf lebt. Und wieder von Tochter Sabine: „Auch 25 Jahre nach ihrem Tod denke ich oft: Wie wäre sie wohl heute ohne diese verpfuschte Geburt!“

Dem Grunde nach, wie Juristen sagen, wurde 1981 nicht nur straf-, sondern auch zivilrechtlich alles rechtskräftig geklärt, aber es waren noch

keine Summen ausgemacht. Selbst nach Sabines Tod habe es noch „ungeklärte Fragen und Debatten“ gegeben. Der „Schicksalsschlag“ im Kreißsaal kostete die Verantwortlichen viele hunderttausend Mark. Und Boeck heute? „Ich bin immer noch sechsstellig verschuldet.“

Pejo Boeck wusste bald drei Dinge: „Erstens: Ich will auf Dauer nicht alleine leben. Zweites: Eigentum verpflichtet. Und drittens: Finanziell kann ich das alleine nicht stemmen.“ Und so bot er 2016 dem Studierendenwerk der Uni Bielefeld Zimmer an. Es bewarben sich zwei Pakistani, ein Doktorand und ein Student. „Wir haben zusammen pakistanisch gekocht. Fantastisch. Und schon wohnten

Mehr Klarheit
wünscht sich Boeck
bei Artikeln zum
Nahostdrama von
„seiner“ taz

sie hier.“ Man könnte noch viertens ergänzen: So geht Kampf gegen Wohnungsnot auch. Wenn auch vielleicht in sehr kleinem Maßstab, zugegeben.

Bis heute gab es immer neue MitbewohnerInnen, zeitweilig waren es mal acht, viele aus dem muslimischen Kulturkreis. Zwischenzeitlich brachte Boeck für drei Monate auch ein Polizistenpaar aus der Türkei unter, „die nach dem Putsch 2016 inhaftiert waren und dann auf abenteuerlichen Wegen fliehen konnten. Einmal habe ich sogar den Ramadan mitgemacht, ein ganz großes Erlebnis.“

Seit drei Jahren wohnt jetzt die 41-jährige Pia hier, die eine Ausbildung zur Zugbegleiterin macht, und neuerdings Azeem, 27, Masterstudent im Studiengang Nachhaltige Energien. Einmal im Jahr lädt Boeck zu einem „großen internationalen und interkulturellen Gartenfest, zuletzt Halal-Grillen mit Menschen aus acht Ländern“. Der Grill auf der Terrasse ist ein klassisches Modell. „So ein modernes Gasding kommt mir nicht ins Haus“, sagt Boeck.

Über die Hochschule vertieften sich ab 2017 die Kontakte nach Pakistan. Boeck erzählt von Einladungen nach Lahore, zu Vorträgen an der dortigen Uni über interkulturellen Austausch, „immer brechend voll“.

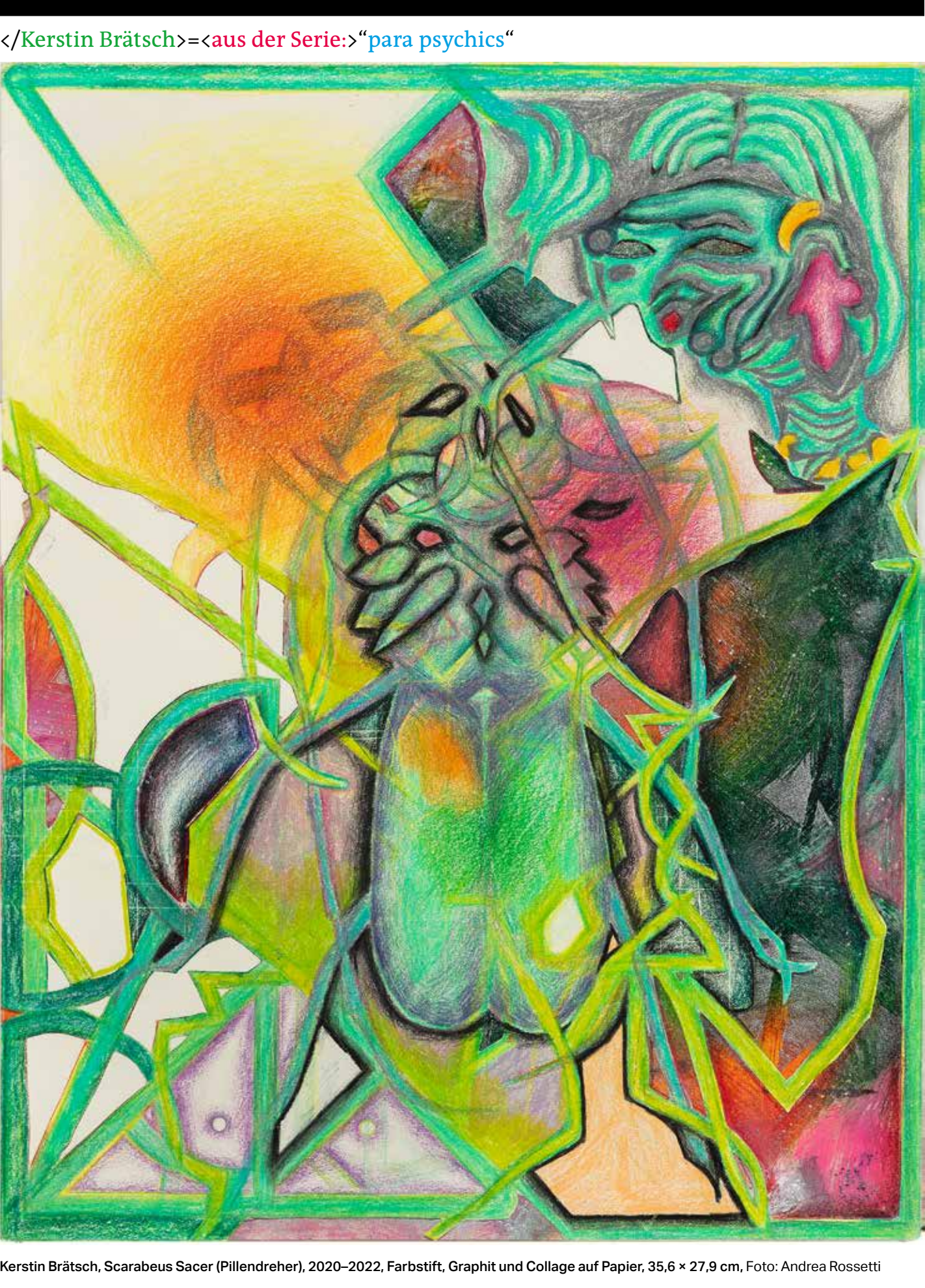
Fünfmal war Boeck bis heute zu Gastvorträgen in Pakistan. Einmal bekam er als Ehrengast bei einer Promotionsfeier einen schwarzen Talar umgehängt und saß mit den einheimischen ProfessorInnen in der ersten Reihe. „Das Ding sah genauso aus wie bei uns 1967“, als die Studentenrevolte losging mit dem Spruch ‚Unter den Talaren – der Muff von 1.000 Jahren‘“. Peinlich, ein später Verrat? „Nein, ich habe das als große Wertschätzung empfunden.“ Mit Lerneffekt obendrein: „Der Talar an sich ist nicht falsch, entscheidend ist, wer drinsteckt.“

Mitglied der Grünen ist Boeck bis heute geblieben. Dass die Partei nicht zur großen Gaza-Solidaritäts-Demo Ende September nach Berlin aufgerufen hat (wo Boeck, „selbstverständlich hingefahren“ war), fand er „politisch falsch“: es herrsche „zu viel Staatsräson-Denken. Und bei Palästina sind wir viel zu leise.“ Die Ampel? „So sehr ich Robert Habeck schätze, aber er und die anderen haben viel zu wenig Kante gegen diese FDP gezeigt“, sagt er über den damaligen Grünen-Wirtschaftsminister.

Was macht ihn zuversichtlich bei seiner Partei, den Grünen? „Gute Frage, schwere Frage“, sagt er. Pause. Dann: „Wir müssen Klimakrise und die soziale Frage viel besser zusammenbringen, das untere Drittel der Gesellschaft mehr in den Blick nehmen, auch gegen die AfD. Mein Traum bleibt eine gemeinsame links-grüne Partei.“

Welche Typen für ihn politisch Hoffnung ausstrahlen: „van Aken und auch Reichinnek“, sagt er. Also der Parteichef und die Fraktionsvorsitzende der Linken. Äh, Grüne nicht? „Ja doch, die beiden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Haßelmann und Dröge. Und Sven Giegold, den Ex-Sprecher von Attac, den schätze ich sehr.“

Jahrelang hat Boeck für die taz als eine Art analoger Influencer gewirkt. „Bei den taz-Kampagnen habe ich immer wieder für Abos gewonnen, auch Probeabos verschenkt.“ Vor drei Jahren etwa, ein rundes halbes Dutzend zu Weihnachten. Und auch



im Unterricht habe er „in all den Jahren oft genug auch mit Texten aus der taz gearbeitet. Und FreundInnen immer wieder von den bereichernden Begegnungen auf den tazlab-Kongressen und den Geno-Versammlungen erzählt.“

Der jährliche Genossenschaftstreff ist für Peter-Josef Boeck ein Fixpunkt im Leben geworden. „Das Tolle da ist: Man findet mit Fremden schnell sehr wohlthuende Verbindungen. Das stärkt alle und wirkt lange in den Alltag nach. Gerade in diesen Zeiten brauchen wir so was wie die taz, um die wir uns scharen können. Und das wird in den nächsten Jahren noch wichtiger werden.“

Pejo Boeck macht für den taz-Reporter dann noch Tomaten mit Mozzarella. Dabei erzählt er, dass er vor ein paar Jahren sein taz-Abo zeitweilig auf das digitale E-Paper umgestellt hatte. „Ich wollte schon mal das Zeitungslesen am Bildschirm lernen. Aber meine Selbstwahrnehmung war: Ich lese weniger und nicht so intensiv.“ Also hatte er wieder auf Print zurückgedreht, so lange es ging.

Inhaltlich, findet er, habe seine taz „in all den Jahren einiges verloren an Frische und Expertise, auch personell“. Aber es sei „erstaunlich, welch tolle junge Leute nachrücken, klar und analytisch, alle Achtung!“

Anfangs war die taz ein Spontiblatt: radikal, kompromisslos links. Das ist lange passé: Der Vorwurf, ein bisschen gemütlich geworden zu sein, den Grünen zugeneigt, ist schon länger einer, an dem man sich abarbeitet, auch redaktionsintern. Sind das Parallelen zu Ihrem Leben, Herr Boeck? Das „Nein“ kommt deutlich: „Ich war nie ein Sponti. Und bin immer ein radikaler Linker geblieben. Radix ist die Wurzel. Die bleibt.“

Mehr Klarheit wünscht sich Boeck bei Artikeln zum Nahostdrama. Nur „eine schwache 2“ will der Exlehrer der taz ins Zeugnis schreiben. „Das fürchterliche Hamas-Massaker wurde in der taz manchmal missbraucht, um den Völkermord in Gaza indirekt zu rechtfertigen“, findet er.

Und er hat „einen Herzenswunsch“: Mehr über Pakistan! „Man weiß hier so wenig über dieses Land. Da gibt es so viele starke Frauen. Ich war an einer Uni, da sind zwei Drittel der Leitungsstellen weiblich besetzt. Und Männer unterstützen aktive Frauen oft ganz offensiv.“ Zumindest für die Mittelschicht im Land gelte das.

Eines kann fortan nur noch samstags geschehen: das Ausschneiden und Laminieren besonderer Seiten. Ärgerlich für Boeck: Eigentlich war dieser Text für die Ausgabe der wochentaz vom 18. Oktober geplant gewesen. „Da kann mir die taz bestimmt zehn Exemplare schicken“ – auch zum Laminieren, hatte er sich gefreut. Nun findet sich Boeck, und das ist ja irgendwie auch passend, erneut in einer Art Erstausgabe der taz wieder: Der ersten wochentags-taz, die nicht mehr ausgedruckt wird.

Peter-Josef Boeck wird die taz digital weiterlesen, wie er das schon mal geübt hat. Die Seitenwende sei „wohl unvermeidlich“, sagt er, aber eben auch: „ein Kulturbruch“.

HILFE ZUR
SEITENWENDE

Fragen zur taz App, zu digitalen Endgeräten,
zur Einrichtung Ihres Tablets?
Wir sind live und vor Ort in der taz für Sie da.

taz ☘ seitenwende

Ab sofort, immer mittwochs, immer von 10 – 12 Uhr in der taz
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, Anmeldung erforderlich unter
seitenwende@taz.de

PocketBook

15%

auf alle Geräte*
Code: TAZ15PB

Mach dich papierfrei.

Mit den E-Readern von PocketBook und der neuen taz.



- Blendfrei & augenschonend
- Wochenlange Akkulaufzeit
- Integrierter Buchshop
- Ausleihen in Bibliotheken über Onleihe und Libby

pocketbook.de

*Angebot nur gültig unter pocketbook.de bis zum 21.10.2025 und solange der Vorrat reicht.



Keine Zustimmung im Bundesrat

Selbstbestimmungsgesetz: Der frühere Eintrag im Melderegister bleibt vorerst gesperrt

Fachverbände hatten ebenso wie Datenschützer:innen vor dem hohen Diskriminierungspotenzial und dem Risiko eines „Registers für trans Personen“ gewarnt. Der öffentliche Druck scheint nun Wirkung gezeigt zu haben: Eine Verordnung des Bundesinnenministeriums (BMI), die vorsieht, geänderte Vornamen und Geschlechtseinträge zukünftig im Melderegister zu kennzeichnen, wurde kurzfristig von der Abstimmung im Bundesrat zurückgezogen. Unter den Landesregierungen fehlte offenbar die Mehrheit.

Weil es sich beim Meldewesen um Ländersache handelt, bedarf es der Zustimmung der Länderkammer. „Offensichtlich hat die Bundesregierung kalte Füße bekommen“, sagte die queerpolitische Sprecherin der Grünen, Nyke Slawik.

Die Pläne des Bundesinnenministeriums sehen vor, dass der frühere Vorname und Geschlechtseintrag einer Person zukünftig im Melderegister angezeigt und auch an andere Behörden übermittelt werden. Dies sei notwendig, um die Identifizierbarkeit zu gewährleisten. Bisher war der frühere Eintrag mit einem Sperrvermerk versehen, lediglich der aktuelle Eintrag war einsehbar.

Fachverbänden protestierten, die verfassungs- und datenschutzrechtlichen Bedenken waren groß. Das noch von der Ampelkoalition eingeführte Selbstbestimmungsgesetz würde ad absurdum geführt. „Die Speicherung und Weitergabe früherer Geschlechts- und Namensangaben kann zu Zwangsoutings im Kontakt mit Behörden führen – mit möglichen Folgen wie Diskriminierung und Stigmatisierung“, sagte der Bundesverband trans.

Bei den Grünen war die Freude über die abgesetzte Abstimmung groß: „Der Protest gegen das geplante Sonderregister für trans*, inter* und nicht-binäre Personen wirkt!“, sagte Nyke Slawik.

Amelie Sittenauer

Neuer Name, wenig Einsparpozential

Arbeitsministerin Bärbel Bas legt einen ersten Gesetzentwurf zur neuen Grundsicherung vor. Sanktionen sollen künftig verschärft werden. Gespart wird damit wenig

Von Jasmin Kalarickal

Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) hat am Freitag regierungintern einen ersten Gesetzentwurf zum Bürgergeld vorgelegt, in die sogenannte Frühkoordination mit dem Kanzleramt. Die *Bild* und die *Süddeutsche Zeitung* berichteten daraus. Demnach sind im Kern schnellere und härtere Strafen vorgesehen, aber nur wenig Einspareffekte zu erwarten. Laut *SZ* werden Einsparungen von 86 Millionen Euro im Jahr 2026 erwartet, 2027 dann 69 Millionen. Ab 2028 und 2029 wird sogar mit leichten Mehrausgaben gerechnet.

„Allein aufgrund der Maßnahmen des Gesetzentwurfes ergeben sich keine nennenswerten Einsparungen“, hieß es auch aus Ministeriumskreisen gegenüber der taz. Bessere Effekte würden nur durch eine bessere Wirtschaftslage und „verbesserte Arbeitsmarktintegration und eine Reduzierung der Leistungsberechtigten eintreten“. Fest steht: Das Bürgergeldsystem soll künftig einen neuen Namen bekommen. Die „Neue Grundsicherung“ will „auf mehr Mitwirkung und spürbare Konsequenzen bei Nichtmitwirkung“ setzen.

Bei Pflichtverletzungen, zum Beispiel wenn eine Person zu wenig Bewerbungen schreibt oder

eine Fördermaßnahme abbricht, sollen die Leistungen stärker als bisher gekürzt werden können. Vom Regelsatz fallen dann auf Anhieb 30 Prozent weg. Bislang sind im ersten Schritt nur 10 Prozent möglich. Wer eine Arbeit ausschlägt, die das Jobcenter als zumutbar einstuft, soll sogar den kompletten Regelsatz verlieren – und zwar anders als jetzt nicht nur, wenn er schon mal „gegen eine Pflicht zur Arbeitsaufnahme verstoßen“ hat.

„Angst, mehr Bürokratie, aber keine neuen Jobs“

Anja Piel, DGB

Auch Terminversäumnisse sollen stärker bestraft werden. Menschen mit psychischen Erkrankungen sollen aber geschützt werden. Der Gesetzentwurf sehe vor, „dass auf einen einmalig verpassten Termin noch keine Leistungsminde rung folgt“. Ab dem zweiten Meldeversäumnis solle aber eine spürbare Minderung von wiederum 30 Prozent für einen Monat greifen. Kommt jemand mehrfach ohne Grund nicht, soll ein zweistufiges Verfahren greifen.

Werden drei Termine verpasst, werde der Regelbedarf

„vorerst nicht geleistet“ und Mietzahlungen gingen direkt an den Vermieter. Melde sich die Person dann nicht innerhalb eines Monats beim Jobcenter, solle der Leistungsanspruch ganz entfallen. Die Kürzung von Wohnkosten ist umstritten und es ist unklar, ob eine solche Regelung verfassungskonform ist.

Neuerungen bei den Kosten der Unterkunft gibt es bei der einjährigen Karenzzeit. Bislang werden Mietkosten im ersten Jahr des Bürgergeldbezugs vollständig übernommen, damit sich die Menschen auf die Jobsuche konzentrieren können, statt sich um einen Umzug in eine günstigere Wohnung zu kümmern. Künftig sollen die Mietkosten in der Karenzzeit gedeckelt werden.

Auch sollen überteuerte Mieten nicht mehr einfach hingenommen werden. Verstößt die Miethöhe gegen die Mietpreisbremse, sollen Jobcenter künftig eine sogenannte Kostensenkungsaufforderung verschicken und Bürgergeldempfänger*innen sollen Vermieter*innen auffordern, die Miete entsprechend zu senken. Kommunen erhalten zudem die Möglichkeit, eine Quadratmeterhöchstmiete festzulegen. Das soll gegen Mietwucher bei sogenannten Schrottimmobilien helfen.

Die einjährige Karenzzeit, in der höhere Vermögen akzep-

tiert werden, soll abgeschafft werden. Künftig soll sich die Höhe am Lebensalter orientieren. Dabei sollen Freibeträge gelten: Stufenweise von 5.000 Euro bis zum 20. Lebensjahr bis zu 15.000 Euro ab dem 51. Lebensjahr.

Auch Elternteile sollen stärker in die Pflicht genommen werden. Wenn die Kinderbetreuung gesichert ist, soll es für Erziehende nach dem ersten Lebensjahr des Kindes als zumutbar gelten, einen Job oder einen Sprachkurs zu beginnen. Bisher gilt das ab dem dritten Lebensjahr.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Timon Dzienus kritisierte das Vorhaben. „Friedrich Merz lügt seit Monaten zu den Einsparmöglichkeiten beim Bürgergeld“, sagte er. „Dieser Sanktionsfetischismus ist schlecht für die Menschen und bringt dem Haushalt praktisch gar nichts.“ Merz erpresse Menschen, „Jobs mit schlechten Arbeitsbedingungen zu akzeptieren“.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) klang wenig begeistert. „Das, was wir bisher wissen, klingt nicht nach großen Erfolgen, dafür aber nach vielen Verlierern“, kommentierte Vorstandsmitglied Anja Piel. Das neue Sanktionsregime schaffe „Angst, mehr Bürokratie, aber keine neuen Jobs.“

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie>“para psychics“



Kerstin Brätsch, Pharmaceia (Christa's Blutbild – can't describe it more closely), 2020–2022, Farbstift, Graphit und Collage auf Papier, 35,6 × 27,9 cm Foto: Andrea Rossetti

Ist Losen eine Form der Willkür?

Die Koalition überlegt, auszulosen, wer gemustert werden und wer Wehrdienst leisten muss. Ob das verfassungsrechtlich geht, ist umstritten

Von Christian Rath

Wegen der Bedrohungslage soll die Bundeswehr von derzeit 183.000 Soldaten auf 260.000 Soldaten bis Anfang der 2030er Jahre anwachsen. Das soll dadurch geschehen, dass die Zahl derjenigen gesteigert wird, die freiwillig zur Bundeswehr gehen. Der Dienst soll attraktiver werden, insbesondere durch besseren Sold.

Falls das nicht gelingt, will die Koalition auf Wunsch der CDU/CSU eine begrenzte Zahl von jungen Männern zwangsweise einziehen, um die Sollstärke zu erreichen. Vorige Woche hatte eine kleine Koalitions-AG um Norbert Röttgen (CDU) und Siemtje Möller (SPD) dafür einen Vorschlag gemacht: In einer ersten Runde sollte ausgelost werden, wer verpflichtend zur Musterung muss. In einer zweiten Runde sollte gelost werden, wer auch tatsächlich zum Dienst verpflichtet wird.

Verteidigungsminister Boris Pistorius legte gegen die Einigung zwar ein Veto ein. Doch er ist nicht generell gegen das Losen als Methode. Pistorius will vor allem erreichen, dass alle jungen Männer eines Jahrgangs gemustert werden.

Doch ist eine Los-Auswahl der Wehrpflichtigen überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar? Die konventionelle Sichtweise vertritt der Anwalt David Werdermann in einem Gutachten für Greenpeace. Danach ist

ein Auslosen der Wehrpflichtigen eindeutig verfassungswidrig. Und zwar aus zwei Gründen: Zum einen sehe das Grundgesetz eine „allgemeine“ Wehrpflicht vor. Damit sei nicht zu vereinbaren, nur fünf- bis zehntausend Männer eines Jahrgangs zwangsweise einzuziehen.

Zum anderen müsse die Auswahl der Wehrpflichtigen nach sachlichen Kriterien erfolgen. Das Auslosen sei jedoch pure Willkür und könne eine so massive Ungleichbehandlung – manche müssen sechs Monate zum Bund, die meisten aber nicht – auf keinen Fall rechtfertigen.

Am elegantesten wäre eine Grundgesetz-änderung, doch die ist unrealistisch

Auf der anderen Seite steht Ex-Verfassungsrichter Udo Di Fabio, der in einem Gutachten für die CDU/CSU-Fraktion zum unkonventionellen Ergebnis kommt, dass das Auslosen der Wehrpflichtigen nicht gegen das Grundgesetz verstößt. Di Fabio argumentiert, dass das Grundgesetz schon gar keine „allgemeine“ Wehrpflicht vorsieht. Das sei nur eine Erfindung der Rechtsprechung. Eine allgemeine Wehrpflicht, bei der

Jahr für Jahr bis zu 300.000 junge Männer eingezogen werden, würde heute sogar zu einer „Überstrapazierung“ der Bundeswehr führen und damit die Landesverteidigung gefährden. Deshalb könne der Bundestag, wenn derzeit weniger Soldaten benötigt werden, auch eine sogenannte „Kontingent-Wehrpflicht“ für nur einen Teil des Jahrgangs einführen.

Dabei hält Di Fabio das Losen für die einzig vertretbare Auswahlmethode. Der Zufall sei keine Willkür, sondern das Gegenteil davon, nämlich gerecht. Der Zufall Sorge dafür, dass alle die gleiche Chance haben und Manipulationen und Umgehungsversuche ausgeschlossen sind.

Sowohl Werdermann als auch Di Fabio gehen also davon aus, dass Willkür bei der Wehrpflicht verboten ist. Sie streiten nur darüber, ob das Losen nun Willkür ist oder Willkür verhindert. Dabei sind beide Positionen juristisch gut vertretbar. Sollte der Bundestag tatsächlich eine Los-Wehrpflicht einführen, müsste also letztlich das Bundesverfassungsgericht entscheiden, ob sie zulässig ist.

Am elegantesten wäre es natürlich, die neuen Regeln mit Zweidrittelmehrheit direkt im Grundgesetz zu verankern. Doch dies erscheint derzeit illusorisch, weil Grüne, Linke und AfD die neue Los-Wehrpflicht aus unterschiedlichen Gründen ablehnen.

Der Retter im Gefangenenlager

Die Gedenkstätte Yad Vashem ehrt den Arzt Hans-Georg Früchte posthum als „Gerechten unter den Völkern“. Er hatte Juden in der Ukraine vor dem Tod bewahrt

Aus Berlin **Klaus Hillenbrand**

Da praktiziert einer als Arzt auf dem Dorf. Jahrein, jahraus kümmert er sich um angeknackste Füße, eine hartnäckige Bronchitis, auch um ernste Erkrankungen. Er fährt zu Hausbesuchen, wenn jemand sich nicht mehr in der Lage fühlt, in die Praxis zu kommen, so wie es damals üblich war, auch in der Nacht. Hans-Georg Früchte war so ein Mann. Er hatte seine Hausarztpraxis in der Gemeinde Sulzemoos im oberbayerischen Landkreis Dachau. Ein „Arzt vom alten Schlag“, so hat ihn die Lokalzeitung einmal genannt. „Sehr offen, sehr direkt“ sei der 2011 im Alter von 95 Jahren verstorbene Vater gewesen, erinnert sich seine Tochter Tatjana. Und doch hatte der Mann ein Geheimnis. Hans-Georg Früchte, geboren 1915, wurde als junger Arzt zur Wehrmacht eingezogen. Zunächst diente er im besetzten Frankreich. 1941 wurde er in die von den Deutschen eroberte Ukraine versetzt und kam in einem der berüchtigsten Kriegsgefangenenlager zum Einsatz: dem Dulag (Durchgangslager) 160, das sich damals in der Nähe von Chorol befand. Bis zu hunderttausend Menschen sind dort in etwa zwei Jahren umgebracht worden. Insgesamt 3,3 von 5 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen verhungerten oder starben an Krankheiten. Über das Lager habe der Vater nie gesprochen, sagt seine Tochter. Das Einzige, was an die Zeit dort erinnerte, war ein von Hand geschnittzes Schachspiel, das er von einem der Gefangenen als Geschenk erhalten hatte und das er in seiner Wohnung in Sulzemoos aufbewahrte. Am Freitagnachmittag im Lichthof der bayerischen Landesvertretung in Berlin steht vor einem gewaltigen Foto einer Alpenlandschaft Ron Prosor, Bot-

schafter des Staates Israel, und würdigt Hans-Georg Früchte. „Jeder Mensch kann sich, auch unter schwierigen Bedingungen, für das Richtige entscheiden“, sagt Prosor. „Gleichgültigkeit ist keine Option, nicht gestern, nicht heute, nicht morgen.“ Der bayerische Staatsminister Florian Herrmann (CSU) ist gekommen, auch er würdigt Früchte. Der Arzt aus Sulzemoos erhält heute von der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem die höchste Auszeichnung, die der Staat Israel vergibt. Hans-Georg Früchte wird posthum der Titel „Gerechter unter den Völkern“ verliehen, weil er selbstlos und unter höchster Gefahr Juden im Holocaust vor der Ermordung geschützt hat. Er ist damit einer von 28.486 weltweit Geehrten, darunter 679 Deutschen. Ver-

Seine Geschichte straft der Behauptung Lüge, dass man nichts gegen die Nazis habe machen können

bunden ist die Auszeichnung mit der Übergabe einer Medaille und einer Urkunde an die Nachkommen. Deshalb sind Tatjana und Maximilian Früchte und weitere Verwandte anwesend. Im Archiv des Münchner Instituts für Zeitgeschichte liegt eine Zeugenaussage. Die Schreibmaschinenschrift ist nicht einfach zu lesen. Zwei Jahre nach Kriegsende waren die Amerikaner auf der Suche nach Verantwortlichen für die Nazi-Verbrechen. Am 21. Oktober 1947 wurde in Nürnberg Henryk Schechter vernommen, ein 1908 in Lemberg geborener Jude. Als Rotarist geriet er im September 1941 in der Kesselschlacht von Char-

kiw in deutsche Gefangenschaft und kam in das Dulag 160. In Lagern wie diesen wurden die Juden von den anderen Gefangenen getrennt und später ermordet, etwa 80.000 sind insgesamt so getötet worden. Aber Schechter, der sich als christlicher Russe ausgab, berichtet gegenüber dem Vernehmer nicht nur von Massenmorden der Deutschen, sondern auch etwas anderes. Es habe da im Lazarett des Lagers einen Arzt gegeben, Dr. Früchte mit Namen, der habe gegenüber seinem Vorgesetzten, dem Lagerleiter Viktor Lepple, protestiert, weil der Juden „buchstäblich zu Krüppeln geschlagen“ habe. Und nicht nur das. Schechter berichtet, dass er an Fleckfieber erkrankt gewesen sei und ins Lazarett kam. Dort lernte er Dr. Früchte und einen weiteren Arzt kennen. „Da hatte ich schon hohes Fieber, und da habe ich ihm gesagt, dass ich kein Russe, sondern Jude bin, Von da an hat er mich die ganze Zeit gedeckt.“ Und Schechter erzählt laut dem Protokoll der Vernehmung: „Sie haben viele Juden gedeckt.“ Früchte verhalf jüdischen Gefangenen zur Flucht. Er besorgte falsche Papiere. Beschneidungen jüdischer Gefangener korrigierte er so, dass diese nicht mehr als Juden kenntlich waren. Er hat mit seiner uneigennützigen Hilfe enorme Risiken auf sich genommen. Die Hilfen blieben offenbar nicht unentdeckt. Früchte wurde an die Front geschickt. Es muss in den ersten Nachkriegsjahren gewesen sein, da besuchte Henryk Schechter den Arzt, der inzwischen seine Praxis in Sulzemoos eröffnet hatte. Danach verlor sich der Kontakt. Wieder viele Jahrzehnte später, nach dem Tod ihres Vaters 2011, entdeckte die Tochter Tatjana eine Mappe mit Papieren im Nachlass. Es waren Zeugenaus-

sagen von Menschen darunter, denen Früchte geholfen hatte. Der Vater hatte die Papiere offenbar benötigt, weil er beweisen sollte, an keinen Verbrechen beteiligt gewesen zu sein. Tatjana Früchte beschloss, die Angelegenheit Yad Vashem zu übergeben. In der bayerischen Landesvertretung ist es soweit. Nach den Reden des Staatsministers und des Botschafters überreicht Prosor Urkunde und Medaille von Yad Vashem an den Enkel Maximilian Früchte. Es ist ein feierlicher Moment. Dann spricht Tatjana Früchte. Der Vater sei in seiner Jugend ein begeisterter Leichtathlet gewesen und habe sogar die Qualifikation zur Teilnahme an den Olympischen Spielen 1936 in Berlin erreicht, erzählt sie. Doch weil er seinen Mund nicht halten können, durfte er dann doch nicht teilnehmen. Nach dem Medizinstudium wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Und wieder habe er seine Klappe nicht halten können und sei deshalb in Frankreich bei Beförderungen übergangen worden. Einmal, erinnert sich Tatjana Früchte, habe sie den Vater gefragt, ober er im Krieg einen Menschen getötet habe. „Ich helfe den Menschen. Ich nehme kein Leben“, habe der geantwortet. „Er hat seine Menschlichkeit bewahrt“, sagt die Tochter über ihren Vater. Hans-Georg Früchte ist der Beweis dafür, dass Hilfe für die verfolgten Juden möglich war, selbst in der Wehrmacht, sogar in einem Gefangenenlager. Seine Geschichte straft der Behauptung Lüge, dass man nichts gegen die Nazis habe machen können. In Sulzemoos sind sie stolz auf ihren früheren Hausarzt. Bürgermeister Johannes Kneidl sagte schon im Januar vergangenen Jahres der Lokalzeitung: „Das ist eine tolle Sache, auch für die Gemeinde.“

brief des tages

Fehlendes Bewusstsein

„Ehre, wem keine Ehre gebührt“, taz vom 13. 10. 25
Danke, taz, für den aufklärenden Artikel über Richard Trunk, Komponist aus TBB, zum Thema Ehre, wem keine Ehre gebührt. Zur Aufarbeitung ähnlicher Fälle: Vor zwei Jahren wurde im Rahmen des Stadtjubiläums ein Liederabend des bis zu seinem Tod im nahen Nussdorf ansässigen Komponisten Julius Weismann angekündigt. Einen Professortitel hatte er von Hitler erhalten, war im Vorstand des NS-Komponistenverbands und wurde damals beauftragt, eine Sommer-nachtstraummusik zu komponieren, die die von Mendelssohn ersetzen sollte. Zutiefst erschrocken, dass man den Falschen als lokale musikalische Größe und als „Erneuerer der Tonkunst nach dem Krieg“ nach so langer Zeit unbedingt ehren will, hatte ich verschiedene kulturelle Akteure auf Weismann und die Zusammenhänge aufmerksam gemacht. Sein Vater ist übrigens bekannt als Vordenker der Rassenhygiene. Ich bekam solidarische Antworten aber auch Antworten, ich soll mir über die Person kein Urteil anmaßen, es seien doch anerkannte Werke, er sei nach dem Krieg als Erneuerer wahrgenommen worden, Weismann sei kein überzeugter Nazi gewesen, es habe entlassende Schreiben nach dem Krieg gegeben. Mir als mit Neuer Musik vertraute Musikerin waren eher andere Personen als Erneuerer bekannt, (habe mich an meine frühe Kindheit erinnert, als Leute zu meinem Vater kamen, um von ihm einen Persilschein zu bekommen.) Ich hatte auch die Sängerin und hren Begleiter angeschrieben, der Liederabend fand damals statt. Mich beschäftigt dieses zum großen Teil fehlende Bewusstsein über das Ganze immer noch. Es gab damals in Überlingen KZ-Häftlinge, das wusste auch die Bevölkerung. Es gibt zum Glück auch heute noch Menschen, die daran mit Stolpersteinen erinnern. Dorle Ferber, Owingen-Taisersdorf

Auslese: taz-Leser*innen zur Seitenwende

Liebe taz'ler:innen,
nach ca. 25 Jahren taz kann ich sagen: Ein Leben ohne taz ist möglich, aber nicht sinnvoll. Oder anders ausgedrückt: Die taz ist kein Luxus, sondern im Grunde ein Menschenrecht. Daher gehe ich natürlich auch nach der Seitenwende den weiteren Weg mit der taz, auch wenn ich es weiterhin überaus bedauerlich finde, wenn es die taz nicht mehr in der gewohnten Papierform gibt.

Wie stabil ist die Brandmauer?

Die CDU berät über den Umgang mit der AfD. Kanzler Merz sieht in ihr den Hauptgegner: „Die oder wir“

Vor den Präsidiumsberatungen seiner Partei hat der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Friedrich Merz, eine Annäherung an die AfD erneut ausgeschlossen und die Frage an sein Amt als Parteichef gekoppelt. „Es wird keine Zusammenarbeit mit der AfD geben, jedenfalls nicht unter mir als dem Parteivorsitzenden“, sagte Merz am Samstag bei einer Parteiveranstaltung im sauerländischen Meschede. Am Sonntag kam die CDU-Spitze in Berlin zum Beginn einer zweitägigen Präsidi-umsklausur zusammen, um unter anderem über dieses Thema zu beraten. Für Montag hat die Partei zu einer Pressekonferenz eingeladen. Hintergrund des Treffens sind das eigene Umfragetief und der Höhenflug der AfD. Diese könnte Umfragen zufolge im kommenden Jahr die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gewinnen und auch in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin stark abschneiden.

Mehrere ostdeutsche CDU-Politiker plädierten vor der Präsidi-umsklausur für einen anderen Umgang mit der AfD. Für die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Saskia Ludwig heißt das zum Beispiel: „Ihr erst einmal demokratische Rechte zuzugestehen wie Ausschussvorsitz und Vizepräsidenten“, sagte sie der Bild. Auch ehemals einflussreiche Unionspolitiker, darunter der frühere CDU-Generalsekretär Peter Tauber und Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) sprachen sich für eine Lockerung aus. „Entzauberung gelingt nicht durch Boykott“, sagte der frühere CSU-Generalsekretär Guttenberg dem Stern. Bundeskanzler Merz widersprach dem in der FAZ. Merz sagte, in der öffentlichen Wahrnehmung setze sich „die falsche Erzählung fest: Die könnten doch mit der AfD alles durchsetzen, wenn sie nur diese ‚Brandmauer‘ einreißen würden.“ Man müsse „noch viel deutlicher die Unterschiede zwischen uns und

der AfD herausstellen“. Weitere Unions-Spitzenpolitiker schlugen sich am Wochenende auf Merz’ Seite. Fraktionschef Jens Spahn (CDU) sagte der Bild, die Union stehe „für Anstand im politischen Umgang und gegen Judenhass und Hetze“. Die AfD stehe „eben dafür nicht“. Stattdessen bezeichnete Spahn die AfD erneut als „Putin-Partei“. CDU-Vize Karl-Josef Laumann bezeichnete die AfD in den Funke-Zeitungen als „Nazi-Partei“. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Andreas Jung wandte sich ebenfalls gegen ein Ende der „Brandmauer“. „Es wird keinen Kurswechsel zu einer Öffnung gegenüber der AfD geben, sondern eine Strategiedebatte, wie wir sie wirk-samer bekämpfen“, sagte Jung im Tagesspiegel. Für den CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter würde eine Öffnung zur AfD die „Selbstzerstörung“ der CDU einleiten. Seine Partei müsse „endlich den Mut haben, unsere christdemokratischen Werte und Überzeugun-

gen klar zu vertreten und uns nicht von Umfragen oder den extremen Rändern treiben lassen“, sagte er dem Tagesspiegel. Auch der Koalitionspartner SPD forderte von der Union ein Bekenntnis. SPD-Chef und Vizekanzler Lars Klingbeil sagte der Bild: „Ich erwarte von allen in der Union, die Verantwortung tragen, dass sie sehr deutlich machen: Mit der AfD gibt es keinerlei Form der Zusammenarbeit, weder im Bund noch in den Ländern.“ Diese Festlegung sei für die SPD „eine Eintrittsbedingung in die Bundesregierung“ gewesen. Merz will die Wahlkämpfe im kommenden Jahr auf die Auseinandersetzung mit der AfD als Hauptgegner konzentrieren. „Wir unterscheiden uns in allen wesentlichen Grundüberzeugungen von der AfD“, sagt er. „Und darum wird der Meinungskampf mit der AfD und werden die künftigen Wahlkämpfe in Deutschland vermutlich allein um die Frage gehen: die oder wir.“ (dpa, afp)

genossenschaft

taz 🐾



Karin Dröng, Finn Leben

Genossin seit 2008, Genosse seit 2025

WEITER GEHT'S NUR, WENN WIR ES

WEITERGEBEN

Die taz Genossenschaft steht für unabhängigen Journalismus und eine engagierte Gemeinschaft.

Dieses Jahr wollen wir auf 25.000 Mitglieder anwachsen – mit vielen unter 25-Jährigen an Bord. Damit Geld kein Hindernis ist, starten wir unser Generationenprojekt: Genoss*innen zahlen einen Betrag für die Mitgliedschaft junger Menschen. Die jungen Mitglieder bringen sich aktiv in die Genossenschaft ein. So sichert unsere Gemeinschaft aus Jung und Alt die Zukunft der taz.

Alle Informationen auf taz.de/generationenprojekt

Nachhaltig investieren in Energie aus Bürgerhand

Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbare Energie – Themen, die viele Menschen bewegen. Gleichzeitig wächst das Interesse an Geldanlagen, die nicht nur Rendite bringen, sondern auch Verantwortung übernehmen. Genau hier setzt die Energiegenossenschaft Windauf eG aus Itzehoe an. Sie zeigt, dass Kapitalanlage und gesellschaftlicher Nutzen Hand in Hand gehen können – mit investierender Mitgliedschaft, stabiler Verzinsung und direkter Wirkung durch Windparks im aktiven Betrieb.

Investieren als Mitglied: ein besonderes Modell

Die 2019 gegründete Windauf eG verfolgt das Ziel, Wind- und Solarparks dauerhaft in Mitgliederhand zu halten. Ihr innovatives Modell der investierenden Mitgliedschaft bietet Anleger:innen die Möglichkeit, Kapital gezielt in bereits bestehende, geprüfte Windparks zu investieren. Im Gegenzug erhalten Mitglieder eine Mindestverzinsung von 2,5 % p.a. – mehr als viele klassische Festzinsangebote großer Banken (z. B. Deutsche Bank mit rund 1,5 %, Stand Oktober 2025).

Das Besondere: Die Mitgliedschaft verbindet Rendite mit Teilhabe – an einer Gemeinschaft, die die Energiewende demokratisch und unabhängig gestaltet.

Solide Basis mit erfolgreichen Projekten

Anstatt auf Prognosen zu setzen, investiert Windauf in bewährte Anlagen. In der aktuellen Zeichnungsphase werden die Windparks Langwieden (Rheinland-Pfalz) und Blum-



Erneuerbare Energien zum Anfassen: Als Mitglied der Windauf eG direkt an realen Windparks beteiligt sein.

berg (Brandenburg) von der Prokon eG übernommen. Beide liefern seit Jahren zuverlässig Strom und verfügen über geprüfte Ertragsdaten. Anleger:innen investieren damit in reale, stabile Projekte statt in ungewisse Zukunftsversprechen.

Transparente Rahmenbedingungen

Das Zeichnungsvolumen beträgt 7,2 Millionen Euro, wovon bereits über 20 % gezeichnet sind – ein deutliches Zeichen des Vertrauens vieler Anle-

ger:innen. Zeichnungen sind bis zum 23. November 2025 möglich, die Einzahlung erfolgt im Dezember, sodass das Kapital unmittelbar in die Übernahme der Windparks fließt.

Rendite mit Wirkung

Die Kombination aus verlässlichen Einnahmen und genossenschaftlicher Struktur macht die Beteiligung besonders attraktiv. Jede investierende Mitgliedschaft trägt dazu bei, CO₂-Emissionen zu senken, Energie-

preise langfristig zu stabilisieren und die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zu verringern.

So verbindet Windauf eG finanzielle Stabilität mit gesellschaftlicher Verantwortung – eine Kapitalanlage mit Sinn und Wirkung.

Einfach, sicher und transparent

Die Beteiligung erfolgt digital und unkompliziert über www.windauf.de. Von der Registrierung bis zur Einzahlung ist der Prozess klar geregelt. Regelmäßige externe Prüfungen nach dem Genossenschaftsgesetz sorgen für Transparenz und schaffen Vertrauen.

Fazit

Wer Mitglied wird, profitiert doppelt: von stabilen Erträgen und der Gewissheit, aktiv zur Energiewende beizutragen. Die Windauf eG steht für eine Kapitalanlage, die Sicherheit, Sinn und Nachhaltigkeit vereint – und zeigt, dass Investieren und Verantwortung übernehmen kein Widerspruch sein müssen.

Zeichnungsfrist:
23.11.2025
Zeichnungsvolumen:
7,2 Mio. €
Verzinsung:
mind. 2,5 % p.a.



**Sicher investieren,
Energiewende gestalten.**

Vertrauen Sie auf Windkraft, die heute schon liefert.

Mit der **investierenden Mitgliedschaft in der Windauf eG** sichern Sie sich stabile Erträge und leisten zugleich einen Beitrag zur Energiewende.

- ✓ Mindestbeteiligung: ab 1.000 € (2 Anteile)
- ✓ Verzinsung: mindestens 2,5 % p. a.
- ✓ Volumen: 7,2 Mio. €
- ✓ **Zeichnungsfrist: bis 23. November 2025**

Jetzt online zeichnen und Mitglied werden!

www.windauf.de

Klimaschutz immerhin umkämpft

Auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank spielt die Erderhitzung offiziell kaum eine Rolle

Von **Leila van Rinsum**

Die USA haben sich zwar aus vielen multilateralen Foren zurückgezogen. Die Kontrolle über die globale Finanzpolitik zu behalten, ist Präsident Donald Trump aber offenbar wichtig. Auf der am Sonntag zu Ende gegangenen Jahrestagung von IWF und Weltbank wurde die Agenda der USA, insbesondere die Klimapolitik zurückzudrehen, besonders deutlich – indem darüber so gut wie nicht diskutiert wurde. Schon seit April fordern die Vereinigten Staaten, die der größte Anteilseigner der beiden zentralen Finanzinstitutionen sind, eine Abkehr von den bisherigen Bestrebungen, Klimaschutz stärker zu fördern. Der Tenor: IWF und Weltbank sollten sich wieder stärker auf ihre „Kernaufgaben“ konzentrieren – also etwa Finanzstabilität. In der diesjährigen Tagungswoche ging es vor allem um die Schaffung von Arbeitsplätzen – und um Energie. Die USA und auch einige afrikanische Länder fordern eine stärkere Förderung von Gas und Atomkraft.

Die Klimakrise dagegen spielte auf der Jahrestagung kaum eine Rolle. Im Vorfeld der Tagung hatten mehrere Länder, 19 der 25 Exekutivdirektoren der Weltbank, in einer gemeinsamen Erklärung, zugesagt, dass sie die Arbeit der Bank im Bereich Klimawandel weiterhin unterstützen würden. Neben den USA weigerten sich aber auch Russland, Kuwait und Saudi-Arabien das Dokument zu unterzeichnen, das berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Japan und Indien erklärten, sie würden sich enthalten. Beide verhandeln derzeit Handelsabkommen mit den USA.

IWF und Weltbank hatten im Herbst 2022 eine Reform der Institutionen angekündigt. Die Entwicklungsbank etwa sollte nicht mehr nur Armutsbekämpfung zum Ziel haben, sondern auch zum Erhalt eines „lebenswerten Planeten“ beitragen. Im wesentlichen wollten beide Institute mehr Kapital für Investitionen in Klimaschutz bereitstellen.

„Die Tatsache, dass Klimaschutz entgegen dem Willen der meisten Exekutivdirektoren nicht im Rahmen des offiziellen Programms von Weltbank und IWF besprochen wurde, ist ein Rückschlag für den Klimaschutz“, sagte Ute Sudmann, Leiterin des Bereichs Zukunftsfähige Finanzflüsse bei der Zivilorganisation Germanwatch, der taz.

Sudmann begleitete die Tagung in Washington. Ihr Eindruck sei ganz klar, dass die Klimapolitik von Weltbank und IWF „schwer umkämpft“ bleibe, berichtete sie. Immerhin sei der „fahrende Zug“ der Bemühungen nicht mehr so leicht umkehrbar. Zum Beispiel hätten viele Länder den IWF aktiv aufgefordert, Klimaaspekte systematisch in ihre Berichte zu integrieren. So nehmen von 60 Länderberichten 52 Bezug auf die Klimaaktionspläne der Länder.

Weltbankchef Ajay Banga hob hervor, dass mittlerweile 48 Prozent aller Investitionen in Klimafinanzierungen fließen. Allerdings komme es hier auf die Definition an, erklärt Dustin Schäfer, Experte für Multilaterale Finanzinstitutionen bei der NGO Urgewald: „Wenn die Weltbank beispielsweise ein Gaskraftwerk mit effizienterer Technik ausstattet, fällt diese Förderung auch unter ‚Klimafinanzierung‘.“ Schäfer fordert die Bank auf, direkt auf erneuerbare Energien zu setzen, „anstatt die Transformation mit fossilen Übergangslösungen unnötig zu verzögern“.

Germanwatch wie auch Urgewald erkennen die Bemühungen der EU an, die Klimafinanzierungsziele zu verteidigen. Dennoch, „scheint es aktuell insbesondere darum zu gehen, das Schlimmste zu vermeiden“, sagte Sudmann. Aktiv weitere Verbesserungen voranzutreiben, sei angesichts der Gemengelage unmöglich.

Auslese: taz-Leser*innen zur Seitenwende

Hallo, die Mail schreibe ich auf dem neuen Tablet, das es gerade günstig für Abonnenten gibt. Nach zunächst großer Skepsis kann ich mir vorstellen, dass diese digitale Zeitung funktionieren kann und sogar eine deutliche Verbesserung darstellt. Ist ja nebenbei auch ganz gut für die Umwelt. Viel Erfolg wünscht Euch Manfred S.

Zahl des Tages

0,37 Rebhuhnpaare

Das ist jetzt mal ein interessanter Fall für alle, die sich mit der Kunst des Nachrichtenschreibens befassen. Es ist nämlich so, dass der Deutsche Jagdverband einen leicht steigenden Bestand an Rebhühnern meldet. Im Vergleich zu 2019 zählten die Waidmänner und -frauen **2023 ein Drittel mehr von den Wildhühnern, im bundesweiten Schnitt etwa 0,37 Rebhuhn-Paare pro Quadratkilometer Offenland**. 2019 sollen es nur 0,28 Paare gewesen sein. Wenn man aber an den Anfang der Nachricht schriebe, dass – laut Nabu – die Zahl der Rebhühner im Vergleich zu den 1980er Jahren um 90 Prozent gesunken ist, wie würde die Meldung des Jagdverbandes dann klingen?

Noten runter, Zinsen rauf

Frankreichs politische Krise schlägt sich ökonomisch nieder. Nicht nur die reale Wirtschaft leidet, sondern auch die Kreditwürdigkeit des Staates

Von **Rudolf Balmer**, Paris

Die US-Rating-Agentur S&P hat Frankreichs Bonität von AA- auf A+ herabgestuft. Das ist nur noch der fünftbeste Platz in der Benotung, die den Finanzmärkten als Barometer der Kreditwürdigkeit für Staatsanleihen dient. Die Herabstufung folgt direkt aus der politischen Krise in Frankreich.

„Frankreich erlebt die schwerste Instabilität seit dem Beginn der Fünften Republik 1958“, schreibt S&P in der Erklärung. Als Grund für die Intervention nennt die Agentur explizit die Misstrauensanträge gegen die Regierung, die zur Folge hatten, dass Sébastien Lecornu und sein Kabinett Abstriche in ihrer Sparpolitik machen müssen. Sie haben der Opposition unter anderem eine Pause

bei der Rentenreform versprochen. Damit aber „bleibt die Ungewissheit bezüglich der öffentlichen Finanzen“ bis 2027 groß. Die Agentur glaubt auch nicht, dass der Premier seine Sparziele einhalten kann. Lecornu will das Staatsdefizit bis Ende 2026 auf 4,7 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) begrenzen. S&P schätzt, dass es bei 5,3 Prozent liegen wird.

Die Krise kommt die Wirtschaft teuer zu stehen: Die Zeitung *Le Monde* beziffert die Ausfälle bei den staatlichen Einnahmen auf 20 Milliarden Euro für die beiden Jahre 2025 und 2026, das Wachstum werde sich auf 0,7 Prozent reduzieren, 160.000 Arbeitsplätze würden wegfallen.

Die schlechteren Noten haben für Frankreich unmittelbare Konsequenzen. Investmentfonds, die ihr Geld nicht in

Anleihen von Staaten mit einer Note unter AA anlegen dürfen, sind gezwungen, ihre Obligationen zu verkaufen. Vor allem aber werden in der Folge die Zinsen für die von Frankreich benötigten Neuanleihen tendenziell steigen. Das spiegelt sich im sogenannten Spread mit Deutschland wider: Bis 2022 betrug die Differenz der Zinssätze für Neuanleihen 0,5 Prozent, jetzt ist sie auf 0,9 Prozent gestiegen. Einziger Lichtblick für Frankreich war die leichte Baisse der Zinssätze für Obligationen. Frankreich muss für neue Staatsanleihen mit 10 Jahren Laufzeit aktuell 3,3 Prozent zahlen.

Ein Ende der Schuldenspirale ist nicht in Sicht. Laut S&P wird der BIP-Anteil der Gesamtverschuldung von 112 Prozent 2024 bis Ende 2028 auf 121 Prozent zunehmen.

Lachszucht auf Kosten der Pinguine

Krill ist Nahrungsgrundlage für Wale – und Seevögel. Doch riesige Fangflotten bedrohen die Bestände. Die Antarktis-Kommission sucht bis Ende Oktober nach Lösungen

Von **Heike Holdinghausen**

Schafft es die Weltgemeinschaft, eine wichtige Grundlage der marinen Nahrungskette zu schützen? Ab diesem Montag hat sie dazu zwei Wochen lang Gelegenheit. Im australischen Hobart auf der Insel Tasmanien tagt bis Ende Oktober die Kommission zur Erhaltung der lebendigen Meeres-schätze der Antarktis (CCAMLR). Hauptthema der Tagung ist, wie die industrielle Krillfischerei im südlichen Ozean wirksamer überwacht werden kann. Dort bildet Krill – ein kleines Krebstier – riesige Schwärme; insgesamt wird deren Gewicht auf rekordverdächtige 300 bis 500 Millionen Tonnen Biomasse geschätzt. Nach dem pflanzlichen Phytoplankton stellt Krill die zweite Stufe der Nahrungskette dar. Pinguine, Wale, Robben und auch Fische sind auf die Krebse angewiesen.

Allerdings interessieren sich nicht nur Meerestiere für die garnelenförmigen Tierchen, sondern zunehmend auch der Mensch. Massenhaft wird Krill zu Fischfutter für norwegische

Lachszuchten verarbeitet oder zum Nahrungsergänzungsmittel Omega-3-Fettsäure. Im Handel ist es unter anderem als „Krillöl“ erhältlich.

In diesem Jahr hatten die Fangflotten schon im August die sensible Menge von 620.000 Tonnen Krill aus dem Meer gefischt und mussten daraufhin ihre Arbeit einstellen. Diese Menge gibt die CCAMLR vor: Sie stellt etwa ein Prozent der verfügbaren Biomasse an Krill in vier bestimmten Regionen des Südwest-Atlantiks dar. Die Grenze soll gewährleisten, dass genügend Krill überlebt, um die Population stabil zu halten. Ob das gelingt, ist allerdings fraglich.

Seit 2022 misst die CCAMLR jedes Jahr neue Rekordmengen an Krillfang. Auf ihrer Jahrestagung 2024 konnte sich die Kommission nicht auf neue Mechanismen einigen, um die Krillbestände wirksam zu schützen. Seit 2019 sei klar, dass die Vorgaben der CCAMLR nicht „aktuelle Begebenheiten wie die Erholung der Bartwalpopulation, die Populationsdynamik des Krills sowie die Auswirkungen des Kli-

mawandels berücksichtigt“, sagt Bettina Meyer, die in Hobart die Verhandlungen für das Alfred-Wegner-Institut beobachtet. Seitdem wird an neuen Messmethoden der Bestände und Vorgaben für die Fangflotten gearbeitet. Bislang ergebnislos. „In erster Linie profitieren Unternehmen aus Krillfangnationen von dieser Fischerei, vor allem Norwegen, China und die Republik Korea“, sagt Ricardo

Massenhaft wird Krill zu Fischfutter für norwegische Lachszuchten verarbeitet

Roura von der unabhängigen Antarktis- und Polarmeervereinigung ASOC. Kleinere Betriebe saßen in Chile, der Ukraine und Russland. In erster Linie haben diese Länder ein ökonomisches Interesse daran, möglichst viel Krill zu fischen. Darüber hinaus „sehen einige Nationen möglicherweise einen strategischen oder geopolitischen Wert darin,

durch den Krillfang ihre Präsenz und ihren Einfluss im Südpolarmeer aufrechtzuerhalten“, sagt der Umweltaktivist Roura. Vor allem China, Russland und Norwegen sperren sich dagegen, die Fangflotten im Südpolarmeer zu reduzieren.

ASOC fordert die Verbraucher:innen zu einem bewussten Konsum von antarktischen Krill auf. Weder in Futtermitteln für Lachs noch in Nahrungsergänzungsmitteln sei Krill unverzichtbar. Also sollten Konsument:innen weniger oder keinen Zuchtlachs essen sowie auf pflanzliche, algenbasierte Omega-3-Alternativen zurückgreifen.

Während Beobachter die Hoffnung hegen, dass sich die Kommission auf ein besseres Management der Krillfischerei einigen kann, ist die avisierte Ausweisung von Schutzgebieten durch CCAMLR quasi aussichtslos. Zwar liegen schon seit Jahren konkrete Vorschläge für die Ausweisung solcher Gebiete vor, darunter auch ein deutscher. Vor allem China, Russland und Norwegen blockieren den Prozess aber sehr erfolgreich.

Menge an Phytoplankton nimmt ab

In der Nahrungskette der Meere stehen vor dem Krill kleine grüne Algen – das Phytoplankton. Auch davon finden Wissenschaftler immer weniger in den Ozeanen. Als Ursache machen sie den Klimawandel aus

Die Menge von Phytoplankton in den Ozeanen geht zurück. Eine Studie findet für den Zeitraum von 2001 bis 2023 in einigen Meeresregionen zwar auch eine Zunahme der winzigen grünen Algen, doch global betrachtet ist der Trend rückläufig. Das pflanzliche Plankton – dazu zählen neben Grünalgen und Kieselalgen unter anderem auch Cyanobakterien – ist eine Grundlage der Nahrungskette im Meer, wie das Team um Hongwei Fang von der Tsinghua Universität in Peking in der Fachzeitschrift „Science Advances“ berichtet.

Marines Phytoplankton trage stark zur Produktivität der Bio-

sphäre bei und spiele eine entscheidende Rolle im Kohlenstoffkreislauf der Meere und im Klimasystem der Erde, schreiben die Studienautoren. Doch beim Erfassen des Phytoplanktons gebe es große Lücken. So fehlten in vielen Satellitendaten Farbdaten der Ozeane, etwa wegen Wolkenbedeckung und Sonnenreflexion. Fang und Kollegen ergänzten die vorhandenen Daten deshalb um Messdaten direkt aus den Meeren und verwendeten auch künstliche Intelligenz (KI). Daraus erstellten sie ein Modell zur Masse des Phytoplanktons mit täglichen Daten für den Zeitraum von 2001 bis 2023 und mit ei-

ner hohen räumlichen Auflösung zwischen den 45. Breitengraden der Nord- und Südhalbkugel. Das entspricht im Norden etwa der Höhe von Bordeaux, im Süden etwa dem südlichen Zipfel von Tasmanien. Nord- und Ostsee liegen jenseits dieses Bereichs, auch das Mittelmeer blieb in der Studie außen vor.

Erfasst wurde dabei die Menge an Chlorophyll A, dem wichtigsten Stoff für die Photosynthese von Phytoplankton. Die Berechnungen ergaben, dass im Untersuchungszeitraum die Konzentration dieses Stoffes im weltweiten Durchschnitt um 0,00035 Milligramm pro Kubikmeter und Jahr zurückging,

vor allem an Flussmündungen sogar mehr als doppelt so viel. Anhand verschiedener Meeresregionen machen die Forscher deutlich, dass die Konzentrationen von Chlorophyll A umso niedriger sind, je höher die Wassertemperaturen an den Meeresoberflächen waren. Vor allem deshalb führen sie die festgestellte Entwicklung auf den Klimawandel zurück. „Diese Trends werden hauptsächlich durch steigende Meeresoberflächentemperaturen verursacht, die die Ozeanschichtung verstärken, den Nährstoffauftrieb unterdrücken und das Wachstum des Phytoplanktons begrenzen“, schreiben sie. (*dpa*)



„Die Grünen haben Fehler gemacht“

Wenn Klimapolitik gesellschaftlich breiter akzeptiert werden soll, muss die Verteilungsfrage in den Fokus rücken, sagt der Soziologe Linus Westheuser

Interview **Charlotte Kranenberg**

taz: Sie schreiben in einer neuen Studie, Sorgen um die Umwelt seien in der Gesellschaft weit verbreitet. Warum triggert Klimapolitik trotzdem so viele Menschen?

Linus Westheuser: Wenn man ganz allgemein fragt, können sich fast alle darauf einigen, dass die Umwelt etwas Positives und Schützenswertes ist. Aber Transformationsfragen wie die des Klimaschutzes sind verschlungen mit den Ängsten und Wünschen, Krisen und Ungleichheiten der Gesellschaft.

taz: Was meinen Sie damit?
Westheuser: Viele Menschen erleben den Klimawandel als nur eine unter mehreren Krisen, die sie belasten: Mieten und Preise, die schneller steigen als die Löhne, Ängste vor einer Rezession und Altersarmut, Alltagsorgen um Kinderbetreuung und so weiter. Das ist der Kontext, in dem die Nachrichten von der Klimakatastrophe ankommen. „Auch das noch“ ist dann oft die Reaktion. Und die erste Frage ist nicht: Was wird aus der Atmosphäre? Sondern: Muss ich dafür jetzt auch noch blechen? Dazu tritt heute oft noch die Frage: Wird mir irgendwas verboten?

taz: Menschen mit niedrigen Einkommen sind am stärksten von der Klimakrise betroffen. Warum wählen sie dann öfter AfD als Grüne?

Westheuser: Das liegt vielleicht auch daran, dass die ungleiche Betroffenheit von Klimaschäden nie wirklich im Zentrum stand. Man weiß, dass Menschen, die draußen arbeiten, die in schlecht isolierten Wohnungen wohnen oder die alt und krank sind, am meisten unter dem Klimawandel leiden. Und man weiß auch, dass es ganz überproportional die reichsten zehn Prozent der Gesellschaft sind, die den Klimawandel befeuern, während die untere Hälfte sowieso schon mehr oder minder innerhalb der planetaren Grenzen lebt. Aber der Konflikt wurde gerahmt, als stünde die aufgeklärte Mittelschicht der urbanen Bioläden gegen die einfachen Leute, die zu engstirnig sind, ihre Autos aufzugeben.

taz: Von wem?
Westheuser: Rechte und die Wirtschaftslobby haben darauf hingearbeitet. Es gab einen anti-grünen Backlash, der aufwändig orchestriert wurde, unter anderem von Arbeitgeberlobbys wie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Aber auch die Grünen und die Klimabewegung haben strategische Fehler gemacht und sich zu stark auf die Spielregeln ihrer Gegner eingelassen.

taz: Welche Fehler?
Westheuser: Ich denke, es hätte gelingen müssen, den Klimawandel als einen Konflikt zwischen oben und unten zu thematisieren. Auf der einen Seite hätte man über die soziale Absicherung derer sprechen müssen, die am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Und auf der anderen Seite darüber, wer eigentlich von der Zerstörung des Planeten profitiert. Nicht zuletzt geht es außerdem auch darum, wer dar-

über entscheidet, was wir gesellschaftlich priorisieren: die Profite der Unternehmen oder das Wohlergehen der Beschäftigten und ihrer Lebensumwelt? Es gab diese Diskurse natürlich und gerade die Bewegungen haben ja stark auf den Begriff der Klimagerechtigkeit fokussiert. Aber am Ende kam bei vielen doch vor allem an, dass die Ökos mir das Tanken und Heizen teurer machen wollen.

taz: Wie geht es besser?
Westheuser: Gelungen finde ich etwa die Kampagne des New Yorker Bürgermeisterkandidaten Zohran Mamdani. Bei Mamdani dreht sich alles um die Bezahlbarkeit des Alltagslebens. Dazu gehört ganz zentral auch die Forderung nach einem kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und einer Lebensmittel- und Energieversorgung, die kommunal organisiert ist und sich nach den Bedürfnissen der Bürger:innen und nicht nach den Profiten der Unternehmen richtet. Dieser Ansatz ist auch deshalb wahnsinnig populär, weil er grüne Zielsetzungen nicht gegen die materiellen Alltagsorgen der arbeitenden Mehrheit in Stellung bringt, sondern beide zugleich adressiert.

taz: Im Surplus Magazin werden Sie dafür, mehr auf „Klimapopulismus“ zu setzen. Was meinen Sie damit?

Westheuser: Wir skizzieren, wie man den Klimakonflikt anders rahmen könnte: Indem man die ungleiche Verursachung und Betroffenheit ins Zentrum stellt und Wirtschaftseliten ins Visier nimmt. Studien zeigen, dass es die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen erhöht, wenn diese als Frage von oben und unten politisiert werden. Forschung von Pariser Kollegen etwa zeigt, dass sich die Zustimmung für ein Tempolimit von 110 Kilometern pro Stunde auf der Autobahn deutlich erhöht, wenn es mit einem Verbot von Privatjets verbunden und Minister:innen vorgeschrieben wird, mit dem Zug zu fahren. Die symbolische Seite von Politik ist sehr wichtig. Man kommuniziert: Wann immer den einfachen Leuten etwas zugemutet wird, schlägt man zuallererst bei den Reichen zu.

taz: Sie wollen also die im rechten politischen Spektrum übliche Rhetorik vom „einfachen Volk“ gegen die „bösen Eliten“ übernehmen?

Westheuser: Die Idee ist es, die Arbeit mit politischen Emotionen eben nicht einfach den Rechten zu überlassen. Zurzeit sind es vor allem sie, die Ungerechtigkeiten in der Klimapolitik skandalisieren und sich als Verteidiger der einfachen Leute gerieren. Das könnten Linke besser. Schaut man auf die Zahlen,

wer wie viel Klimaschäden verantwortet, dann wäre es tatsächlich unfair, wenn ausgerechnet der Lebensstil der einfachen Leute als erstes eingeschränkt würde. Denn das Problem sind nicht „wir alle“, sondern vor allem die Reichen. Die ärmere Hälfte Deutschlands verursacht weniger Klimaschäden als die oberen 10 Prozent in einem Schwellenland wie Indien.

taz: Es fehlt also nicht einfach an Klimabewusstsein?

Westheuser: Nein. Aber unsere Studie zeigt, dass die Wahrnehmungen rund um den Klimawandel sich zwischen den sozialen Klassen deutlich unterscheiden. In der Erzählung der ökologisch sensibilisierten Mittelklasse ist der Klimawandel die Rechnung dafür, dass wir heute zu viel haben, zu viel wollen und zu viel konsumieren. Wir leben in den fetten Jahren, aber bald sind sie vorbei, wenn wir uns nicht zügeln. In der Wahrnehmung der Arbeiterklasse dagegen ist schon die Gegenwart prekär und man beschränkt sich sowieso schon die ganze Zeit. Da ist das Ende des Monats manchmal näher als das Ende der Welt. Klimaschutz wird dann als eine zusätzliche Last oder gar eine Bedrohung des eigenen Lebensprojekts wahrgenommen. Das führt zu einer Blockade in der Klimapolitik, die man vermeiden könnte.

Auf dieser Seite finden Sie jeden Montag Geschichten rund um die Klimakrise

taz ☘ blogs

Nicht zu fassen ... aber zu lesen.

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen Sie auf den Blogs der taz: taz.de/blogs



Foto: privat

Linus Westheuser, geboren 1989, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Von ihm stammt die Studie „Das Klima der Ungleichheit. Zur sozialen Struktur von Klimakonflikten“.

Von wegen kein Interesse am Klima

Rund 2.000 meist junge Menschen diskutieren in Lüneburg über Vernetzung

Von **Charlotte Kranenberg**, Lüneburg

Belém, Brasilien, wird in rund drei Wochen zum Austragungsort der 30. Weltklimakonferenz (COP30). In Lüneburg versammelten sich bereits am Wochenende rund 1.600 junge Menschen aus Deutschland und der Welt zur lokalen Jugend-Klimakonferenz (LCOY). Im Fokus standen Vernetzung und das gegenseitige Bestärken, dass das Interesse junger Menschen am Klima ungebrochen ist.

Die Stimmung auf der Konferenz ist positiv. Bei einem Podium „Ist uns das Klima egal geworden?“ widersprechen die Redner*innen aus Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft einstimmig. „Die Debatte ist zwar in den Hintergrund gerutscht und klimapolitische Fortschritte drohen in Frage gestellt zu werden“, sagt Journalistin Elena Kold. Aber in der Gesellschaft sei das Thema gesetzt.

Die 17-jährige Janneke aus Leipzig war bereits im letzten Jahr bei der LCOY. Dieses Mal ist sie mit Mitschüler*innen und der Frage, wie Schulen nachhaltiger gestaltet werden können, wiedergekommen. Die Konferenz ist für sie ein Ort, der „Bewusstsein für Probleme schafft und Hoffnung gibt, weil so viele engagierte Menschen zusammenkommen“.

Für Line Niedegger, die selbst einen Workshop zu der zunehmenden Kriminalisierung von Klimaaktivist*innen gibt, ist die Konferenz ein Übungsraum. „Hier können wir die Klimakrise in ihrer ganzen Komplexität verstehen und diskutieren und unsere Perspektiven und Expertise wirklich einbringen, statt nur symbolisch vertreten zu werden.“

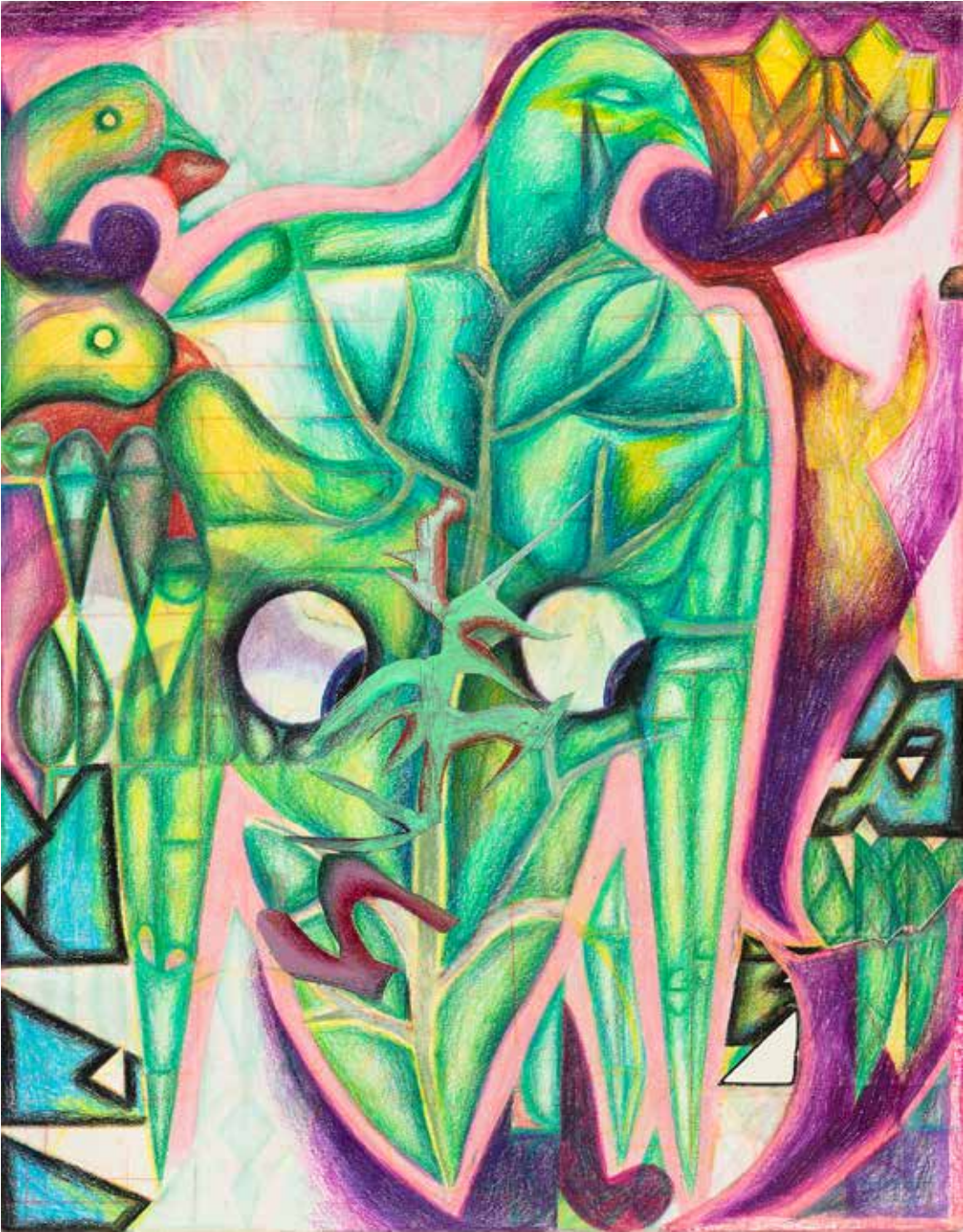
Dass unter den rund 350 Redner*innen auch Vertreter*innen von Wirtschaftsverbänden, Ministerien und Parteien wie der FDP und dem BSW vertreten sind, sehen einige kritisch. „Ich hätte mir mehr Systemkritik gewünscht“ sagt der 22-jährige Marvin Best. Nach der Frage-Antwort-Runde mit dem klimapolitischen Referenten des Bundesverbands der deutschen Industrie, Marc Oppermann, sind sich aber alle einig. „Diskussionen über die Lager hinweg sind fruchtbar und es bräuchte mehr solcher Austauschräume“, so Oppermann.

Emissionen in der Schifffahrt

USA verhindern Einigung auf Klimaabkommen

Die USA haben die Einführung eines internationalen Systems zur CO₂-Bepreisung im Schiffsverkehr vorerst verhindert. Auf massiven Druck aus Washington – die US-Vertreter drohten Befürwortern mit Sanktionen wie Visabeschränkungen und Hafengebühren – wurde die Abstimmung über eine im April dazu getroffene Vereinbarung der Mitgliedsstaaten der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Sektor steht für rund drei Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen. Das Abkommen sollte dafür sorgen, dass Schiffe schneller umgerüstet werden. Es galt als wichtiger Schritt im Kampf gegen den Klimawandel – die UNO, die EU und Branchenverbände kritisierten die Verzögerung. (apf)

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie:>“para psychics“



Kerstin Brätsch, Zauber der kaum spürbaren Verrückungen, 2020–2022, Farbstift, Graphit und Collage auf Papier, 35,6 × 27,9 cm, Foto: Andrea Rossetti

portrait

Skandalumwitterter britischer **Prinz Andrew** verliert alle seine royalen Titel

Prinz Andrew, das 1960 geborene dritte Königskind der verstorbenen britischen Queen Elizabeth II, füllt gerade wieder mal die Zeitungen in Großbritannien. Am Freitagabend kündigte der Prinz an, dass er auf die Verwendung seiner verbleibenden Titel verzichte, darunter sein Herzogtitel als Duke of York.

Hintergrund ist Andrews Beziehung zu Jeffrey Epstein, Milliardär und verurteilter Kinderschänder, der 2019 in US-Haft Suizid begann. Über diese Beziehung soll der Prinz, so behauptet Virginia Guiffre, eines der vielen von Epstein missbrauchten Mädchen, jahrelang gelogen haben. Als sie erst 17 war, soll Epstein sie dreimal zu Geschlechtsverkehr mit Andrew gezwungen haben. Der Prinz streitet dies vehement ab, aber ihre in wenigen Tagen erscheinenden posthumen Memoiren – sie hat mittlerweile ebenfalls Suizid begangen – macht seine Version wohl unhaltbar.

Prinz Andrew war einst ein gefeiertes Mitglied der britischen Königsfamilie, angebliches Lieblingskind der Queen. Anerkannt war vor allem sein Einsatz als Einsatz als Hubschrauberpilot im Falklandkrieg 1982. Andrew machte aber auch Schlagzeilen aufgrund seiner Ehe und letztendlichen Scheidung von „Fergie“, Sarah Ferguson, mit der er zwei Töchter hat. Andrew und Fergie teilen sich trotz der Scheidung bis heute einen 30-Zimmer-Palast, das „Royal Lodge“ in Windsor. Nach seinem Militäreinsatz nahm der Prinz zahlreiche Rollen für gute Zwecke ein und agierte als königlicher Handelsgesandter. Nach außen gab sich der Prinz aber als privilegiert und arrogant, Politiker und Journalisten empfanden seine Präsenz bei offiziellen Anlässen meist eher als peinlich.

Andrews Sorgen begannen 2010, als ein Foto von ihm mit Epstein bei einem Spaziergang in New York erschien, obwohl Epstein 2008 als Kinderschänder verurteilt worden war. Seinen eigenen Angaben nach hatte er Epstein vier Tage lang besucht, um „ehrenhaft“ den Kontakt mit ihm abubrechen. Ein Jahr später gab es aber weitere Enthüllungen, darunter über Darlehen von Epstein an Fergie sowie ein Foto von Andrew aus dem Jahr 2001 mit dem Arm um die Taille der damals minderjährigen Virginia Guiffre. Andrew war gezwungen, seine Aufgabe als Handelsgesandter aufzugeben. 2019 wollte sich Andrew in einem BBC-Interview rehabilitieren, was ihm nicht gelang: er behauptete, dass das Foto gefälscht sei und er keinerlei Erinnerung habe, Guiffre je getroffen zu haben. Er musste daraufhin weitere Aufgaben beenden. 2021 verklagte Guiffre den Prinzen wegen Kindesmissbrauchs; ein Jahr später führte eine mutmaßlich millionenhoe Abfindung von Andrew an sie zur Einstellung des Verfahrens gegen ihn. Seine Familie macht öffentlich einen großen Bogen um ihn.

Neu ist seit Freitag, dass Andrew nicht mehr als Herzog anzusprechen ist. Er bleibt jedoch als Sohn der verstorbenen Queen ein Prinz. Inzwischen ist bekannt geworden, dass Andrew den Kontakt mit Epstein entgegen vorheriger Angaben nicht 2010 abgebrochen hat. In einer E-Mail schrieb er ihm 2011: „Es sieht so aus, als wären wir darin gemeinsam und müssen uns darüber hinweg bewegen. Ansonsten bleibe im engen Kontakt. Wir werden bald wieder zusammen spielen.“ Außerdem soll Andrew 2011 ein polizeiliches Mitglied seines Sicherheitsteams beauftragt haben, Belastendes über Guiffre zu finden.

Am Dienstag erscheinen Guiffres Memoiren. Dort, so heißt es in Vorabberichten, schildert sie, wie Andrew nach dem Sex „Danke“ sagte. Er habe den Geschlechtsakt mit ihr als sein natürliches Recht qua Geburt angesehen.

Daniel Zylbersztajn-Lewandowski, London
meinung + diskussion 12

Auslese: taz-Leser*innen zur Seitenwende

Ihr habt Glück, dass die anderen Tageszeitungen fast alle von Idioten gemacht werden, die keine Recherche mehr betreiben und unkritisch alles veröffentlichen, was ihnen serviert wird: Das hebt halt auch die kastrierte taz deutlich ab und ich wüsste nicht, wohin ich wechseln sollte ...
Sigrid, per Mail

Neue Chance für Japans erste Premierministerin

Das Bündnis der neuen LDP-Chefin Sanae Takaichi mit der Oppositionspartei JIP bestätigt den Rechtsruck und dürfte ihr ins Amt der Regierungschefin verhelfen

Aus Tokio Martin Fritz

Sanae Takaichi hat es doch noch geschafft, ihre Wahl zu Japans erster Premierministerin aus eigener Kraft zu organisieren. Ihre Liberaldemokratische Partei (LDP) handelte mit der oppositionellen Nippon Ishin no Kai, der „Japanischen Erneuerungspartei“ (JIP), unerwartet schnell eine Koalition aus. Der Vertrag wird am Montag unterschrieben, sodass Takaichi am Dienstag mit den Stimmen von LDP und JIP zur neuen Regierungschefin gewählt wird.

Die LDP hatte Takaichi vor zwei Wochen zur neuen Vorsitzenden gekürt. Damit schien ihre Wahl ins höchste Regierungsamt als Nachfolgerin von Shigeru Ishiba sicher. Doch der bisherige LDP-Partner Komeito verließ überraschend die langjährige Koalition, weil die LDP eine verschärfte Regulierung von Parteispenden ablehnte. Diesen Verlust an Unterstützern kann Takaichi nun mit Hilfe der JIP mehr als wettmachen. Zudem war die Opposition zuvor kläglich daran gescheitert, ei-

nen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen.

Damit bestätigt sich der Rechtsruck in Japan: Die erzkonservative Takaichi tauscht die gemäßigte Komeito, die sich in der Sicherheitspolitik als „Friedenspartei“ versteht, gegen die konservative JIP aus.

Die Opposition konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen

Das neue Bündnis zielt auch darauf ab, den Zulauf der Wähler zu rechtspopulistischen Parteien wie der Sanseito zu stoppen. Diese Partei hatte bei der Oberhauswahl im Juli mit dem Slogan „Japaner zuerst“ und der Forderung nach finanziellem Ausgleich für die Inflation starke Zugewinne erzielt.

Allerdings zahlt die 64-jährige designierte Premierministerin für die neue Allianz einen hohen Preis. Sie akzeptierte die

„nicht verhandelbare“ JIP-Forderung, die Zahl der Abgeordneten im Parlament um zehn Prozent zu verringern. Das Gesetz soll bis Dezember kommen. LDP und JIP wollen „darauf hinarbeiten“, die Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf null Prozent zu senken und Parteispenden von Unternehmen und Organisationen bis September 2027 zu beenden.

Die Abmachung sieht außerdem vor, dass die LDP den Ausbau von Osaka zur „Vize-Hauptstadt“ und die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge unterstützt. Auch nachdem Takaichi diese Kröten geschluckt hat, bleibt sie erpressbar. Denn die JIP schickt keine eigenen Minister ins künftige Kabinett, sondern will an den Gesetzesvorlagen der Regierung mitarbeiten, um ihre Ideen durchzusetzen.

Die erst zehn Jahre alte reform-konservative Regionalpartei aus dem Kansei-Gebiet um die Großstadt Osaka strebt mit einem populistischen Politikstil zugleich nach weniger Einfluss für die Ministerialbürokratie, mehr Macht für die Präfekturen

und Gemeinden und mehr Freiheit für den privaten Markt. Die JIP hielt zwei Referenden über eine Gebietsreform in Osaka ab, die scheiterten. Die Ursprünge der Partei liegen in einer Spaltung innerhalb des LDP-Ortsverbands von Osaka. Daher akzeptierte die LDP in Osaka die Koalitionsabsprache nur zähneknirschend.

Parteichef Hirofumi Yoshimura, derzeit Gouverneur der Präfektur Osaka, machte internationale Schlagzeilen, als er während der Pandemie das Gurgeln mit Povidon-Iod als Mittel zur „Unterdrückung“ von Covid-19 ohne wissenschaftliche Absicherung empfahl. Während seiner Amtszeit als Bürgermeister Osakas beendete er im Jahr 2018 die langjährige Städtepartnerschaft mit San Francisco, weil dort ein Denkmal für die „Trostrfrauen“ in japanischen Armeebordellen aufgestellt wurde. Als Gouverneur förderte der 50-jährige Anwalt die Weltausstellung Expo 2025 auf der Osaka-Insel Yumeshima, die mit 25 Millionen Besuchern die Erwartungen deutlich übertraf.

Griechenland führt 13-Stunden-Tag ein

Konservative Parlamentsmehrheit stimmt für die Flexibilisierung der täglichen Arbeitszeit

Aus Athen Ferry Batzoglou

Die Gewerkschaften hatten gleich zwei Mal zu einem 24-stündigen Generalstreik aufgerufen, der das öffentliche Leben in Hellas weitgehend lahmlegte. Doch ihr Widerstand nutzte nichts. Der von der konservativen Regierung eingebrachte Gesetzentwurf zur „Deregulierung der Arbeit“ und „Flexibilisierung der Arbeitszeiten“ im Privatssektor ist am Donnerstag im Athener Parlament verabschiedet worden.

158 Abgeordnete stimmten dafür, 109 dagegen. Der Abstimmung blieben die Abgeordneten des Bündnis der Radikalen Linken (Syriza) demonstrativ fern. Vorgesehen ist in dem Gesetz die Einführung einer 13-stündigen Tagesarbeitszeit, eine mögliche Viertagewoche (bei gleicher Wochenarbeitszeit) und eine auf Abruf „flexible“ Beschäftigung von bis zu 120 Minuten.

Besonders die Einführung des 13-Stunden-Tags ist umstritten. Bisher durfte ein Arbeitnehmer ausnahmsweise bis zu 13 Stunden pro Tag arbeiten, sofern er bei zwei oder mehr Arbeitgebern beschäftigt war. Fortan ist eine 13-stündige Beschäftigung beim selben Arbeitgeber möglich, mit einem Zuschlag von 40 Prozent auf die Überstunden, sofern Ruhezeiten und Wochenarbeitszeit eingehalten werden. Die 13-Stunden-Arbeitszeit kann nicht täglich, sondern nur an maximal 37 Tagen pro Jahr angewendet werden.

Die gesetzlich festgelegten Grenzen betragen weiterhin 40 Stunden pro Woche bei einer Fünftagewoche, 48 Stunden bei einer Sechstagewoche, einschließlich Überstun-

den. Deren Obergrenze bleibt bei 150 Stunden pro Jahr. Ausgenommen sind Supermärkte und Industriebetriebe. Denn dort würden 13 Arbeitsstunden plus 30 Minuten Pause die vorgeschriebene Ruhezeit von elf Stunden überschreiten. Somit kann ein Arbeitnehmer fortan in einer Sechstagewoche 13 Stunden am Freitag und 13 Stunden am Samstag arbeiten. Für die 9. Stunde (1. Überstunde) gibt es einen Zuschlag von 20 Prozent, für die Stunden 10 bis 13 jeweils 40 Prozent. Nachdem jemand bereits 26 Stunden in zwei Tagen gearbeitet hat, bleiben der Person noch 22 Stunden für die restlichen Wochentage, sodass sie von Montag bis Donnerstag eine reduzierte Arbeitszeit von 5,5 Stunden hat.

Finanziell bedeutet das: Ein Arbeitnehmer, der mit den landesüblichen acht Euro pro Stunde bezahlt wird, erhält 104 Euro, wenn er 13 Stunden bei zwei Arbeitgebern arbeitet, oder 119 Euro, wenn er die gleichen Stunden für einen Arbeitgeber arbeitet. Laut dem neuen Gesetz darf nicht benachteiligt werden, wer Überstunden ablehnt. Nur ein Viertel der Arbeitnehmer haben in Hellas einen Tarifvertrag. Billige Arbeit (per Ende 2024 im Schnitt 1.342 Euro im Monat brutto) und hohe Inflation haben die Kaufkraft auf den zweitniedrigsten Wert in der EU einbrechen lassen.

Ursprünglich sollte die Abstimmung über das neue Arbeitsgesetz am Mittwoch stattfinden. Doch die nationalkonservative Abgeordnete Maria Athanasiou erlitt am späten Mittwohabend einen Schwächeanfall – ausgerechnet 13 Stunden nach Beginn der Debatte an dem Tag.

Millionen gehen gegen König Trump auf die Straße

In den USA demonstrieren am Samstag unter dem Motto „No Kings“ erneut Millionen Menschen friedlich und fantasievoll auf landesweit 2.700 Veranstaltungen gegen die autoritäre Politik des Präsidenten. Der macht sich darüber lustig

Aus Washington
Hansjürgen Mai

Malanie Miller hat die Schnauze voll von Donald Trump und seiner rechten Regierung. Mit Birkenstock-Sandalen, einem pinken T-Shirt mit der Aufschrift „Fuck Fascism“ und einem Plakat, das die roten Kappen der Maga-Bewegung als Symbol für Rassismus anprangert, sticht sie unter den Demonstrierenden in Washington hervor. Auf die Frage, was sie an Trumps Politik am meisten beunruhige, weiß sie kaum, wo sie anfangen soll. „Es ist so schwer, das genau zu bestimmen, weil es jeden Tag Hunderte Dinge sind. Jeden einzelnen Tag fragt man sich: Was passiert hier? Wir können es einfach nicht glauben“, sagte sie der taz.

Zehntausende Menschen demonstrierten am Samstag in Washington gegen Trumps Politik. Auch in anderen Städten des Landes gingen Menschen auf die Straße, um gegen die Entwicklungen der letzten zehn Monate zu protestieren. Egal, ob der aktuelle Regierungs-Shutdown, das gewaltvolle Vorgehen der Einwanderungsbehörde ICE beim Versuch, illegale Einwanderer zu verhaften, oder Trumps autokratischer Regierungsstil: Viele nutzten die „No Kings“-Proteste dafür, ihre Sorgen über die Zukunft der US-Demokratie auszurücken.

Wie Miller dürfte es vielen gehen. Ein Thema, dem sowohl in den Medien als auch unter den Protestierenden viel Aufmerksamkeit gewidmet wurde, war die aktuelle Einwanderungspolitik des Weißen Hauses. Das Ziel der Trump-Regierung ist es, Millionen von undokumentierten und gewalttätigen Einwanderern abzuschieben. Doch immer wieder treffen die Razzien der ICE-Agenten nicht nur vorbestrafte Kriminelle, sondern auch legale Einwanderer und selbst US-Staatsbürger.

Auf vielen Flaggen, Schildern und T-Shirts war auch deshalb „Fuck ICE“ zu lesen. Auf anderen Schildern stand „Resist Fascism“ (Wehrt euch gegen Faschismus) und „Hände weg von unserer Verfassung“. Unzählige kreative Slogans und Aussagen waren zu sehen. Manche auch so vulgär, dass sie besser nicht wiedergegeben werden sollten.

Trotz des Ernstes der Lage herrschte beim Protest in Washington Volksfeststimmung. Die Menschen tanzten und sangen. Kinder bemalten Plakate, Senioren mischten sich mit ihren Gehilfen ins Getümel. Auch wurde viele gelacht. Ein Grund dafür waren die oft ausgefallenen Kostüme und Verkleidungen mancher Demonstrierenden.

Inspiration schienen viele von der „Operation Inflation“ genommen zu haben. Es ist eine Initiative, bei der Demonstrierende farbenfrohe und aufblasbare Kostüme tragen, die meist an Tiere oder Pokémon-Figuren erinnern. Der Trend begann mit einem Demonstranten namens Portland Frog, der sich in einem aufblasbaren Frosch kostüm an den ICE-Protesten in der Stadt im Bundesstaat Oregon beteiligte.

In Washington gab es neben Fröschen auch viele Einhörner und Dinosaurier zu sehen. Das friedliche Miteinander stand im großen Kontrast zu dem, wie Republikaner im Vorfeld die Proteste beschrieben hatten. Der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, erklärte, dass die „No Kings“-Proteste eine Veranstaltung seien, die Menschen zusammenbringe, die Amerika hassen würden. „Die Antifa-Leute, die Pro-Hamas-Leute und die Marxisten, sie alle werden sich auf der National Mall in Washington versammeln“, hatte Johnson schon am 10. Oktober gesagt.

Trump hatte zunächst in einem Interview auf Fox News erklärt, er sei kein König. Danach versuchte er die Proteste lächerlich zu machen. So veröffentlichte er in seinem Online-Sprachrohr Truth Social einen Clip, der ihn als Piloten eines Kampfjets mit der Aufschrift „King Trump“ zeigt. Mit dem Flieger wirft er braunen, an Kot erinnernden Schlamm über Demonstranten ab. Zudem teilte Trump einen ebenfalls mit künstlicher Intelligenz erzeugten Clip, den sein Vize JD Vance zuvor auf Bluesky veröffentlicht hatte: Darin ist der Präsident zu sehen, wie er sich selbst mit königlichen Insignien Krone, Mantel und Schwert ausstattet, während Politiker wie die Demokratin Nancy Pelosi niederknien.

Vom unterstellten Hass gab es

schätzte 200.000 Menschen an der Demo in der Nähe der National Mall teilgenommen hätten. In New York waren es laut Polizei mehr als 100.000. Auch in anderen Städten wie Boston, Chicago, Los Angeles oder San Francisco protestierten Tausende. Laut Veranstalter gingen rund sieben Millionen Menschen in allen 50 Bundesstaaten auf die Straße. Bei den ersten landesweiten „No Kings“-Protesten im Juni sollen es mehr als fünf Millionen gewesen sein. Es war jetzt also die bisher größte Protestbewegung seit Trumps Rückkehr ins Präsidentenamt im Januar und eine der größten in der US-Geschichte.

Miller, die eine zweistündige Autofahrt auf sich genommen hatte, um beim Protest in Washington dabei zu sein, hofft, dass dieser Aktivismus bis zu nächsten Kongresswahlen im kommenden Jahr anhalten werden. „Ich hoffe, dass es bei den Kongresswahlen zu einer massiven Veränderung kommt, die ein klares Signal sendet: Es reicht. Ich hoffe, dass der Kongress Mut hat und anfängt, für seine Aufgaben einzustehen, wie zum Beispiel die Kontrolle des Haushalts und die Durchsetzung der beschlossenen Maßnahmen. Ich hoffe, die Justiz erkennt, dass die Bevölkerung genug hat“, sagte sie. Die Republikaner kontrollieren aktuell neben dem Präsidentenamt auch beide Kammern des Kongresses. Hinzu kommt, dass die Mehrheit der neun Richter am Supreme Court zum konservativen Lager zählt.

Viele prominente Demokraten und Influencer aus der linken Szene ließen es sich nicht nehmen, an den verschiedenen „No Kings“-Kundgebungen teilzunehmen. Der demokratische Senator Chris Murphy bezeichnete Trump als den „korruptesten Präsidenten in der Geschichte Amerikas“.

„Der heutige Protest zeigt mir, dass das amerikanische Volk endlich aufwacht. Ich bin wirklich stolz auf meine Mitbürger“

Owen Belamaric, Demonstrant

weder in Washington noch bei den 2.700 anderen „No Kings“-Protesten von New York bis San Diego etwas zu sehen. Bilder aus allen Ecken des Landes zeigten, wie Menschen friedlich ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahrgenommen hatten. Viele zeigten sich trotz ihrer Sorgen über die aktuelle Regierung auch patriotisch, schwenkten US-Flaggen oder trugen die US-Flagge wie einen Umhang.

Die Veranstalter in Washington sprachen davon, dass ge-

Auch der langjährige unabhängige Senator Bernie Sanders ließ es sich nicht nehmen, auf einer Protestveranstaltung zu sprechen. Er warnte vor einem Präsidenten, der behauptet, dass „friedliche Proteste in Portland (Oregon) oder Chicago (Illinois) seien ein Aufstand, und das US-Militär einsetzt“, und „der die Medien beschwichtigt und einschüchtert, der keine Kritik an sich und seiner Politik will und der den ersten Zusatzartikel unserer Verfassung untergräbt, das



Kerstin Brätsch, Untitled, aus der Serie M E TA, 2018–2025, Öl und Mischtechnik auf Papier, 35,5 × 28 cm
Foto: Andrea Rossetti

Fundament der amerikanischen Demokratie“

Der erste Zusatzartikel der US-Verfassung gibt den Menschen das Recht auf Meinungs-, Presse-, Religions-, Versammlungs- und Petitionsfreiheit. Diese Grundrechte animierten auch den Studenten Owen Belamaric, am „No Kings“-Protest in Washington teilzunehmen. „Es ist meine Pflicht als Amerikaner“, sagte er der taz. Er trug ein schwarzes Shirt mit der Aufschrift „Dump Trump“ (Trump fallenlassen). Seine größte Sorge sei die Untergrabung des Wahlrechts durch Trump.

„Ich habe das Gefühl, dass die Regierung versucht, den Schwarzen das Wahlrecht zu entziehen“, sagte er. Führende Wahlrechtsexperten äußerten in den vergangenen Monaten ähnliche Bedenken. Die große Beteiligung an den Protesten gäbe ihm jedoch Hoffnung, dass die Men-

Da sich der „No Kings“-Protest in Washington vor allem auf der Pennsylvania Avenue abgespielt hatte, also auf der Straße, die das Kapitol mit dem Weißen Haus verbindet, lag ein großer Fokus des Events auf dem aktuellen Haushaltsstreit im Kongress. Die USA befinden sich seit 1. Oktober in einem Regierungs-Shutdown. Viele Staatsangestellte befinden sich im Zwangsurlaub, andere müssen ohne Gehalt weiterarbeiten.

Republikaner hoffen, dass Demokraten nach der großen Protestwelle vom Samstag gewillt sind, die Regierung mit einem Übergangshaushalt wieder ans Laufen zu bringen. Der republikanische Abgeordnete Steve Scalise konfrontierte den demokratischen Senator Chuck Schumer am Freitag damit, dass dieser es für wichtiger halte, die Demonstranten der „Hass-Amerika-Kundgebung“ zu beeindruckern, als sich auf einen Deal einzulassen. Demokraten bestreiten, dass die Proteste einen Einfluss auf ihr politisches Kalkül hätten.

Im Vorfeld der Proteste hatten manche Teilnehmenden Bedenken geäußert, eine Teilnahme könnte sie zu einem Ziel der Regierung machen. Dies geht auf einen Erlass zurück, den Trump kurz nach der Ermordung des ultrarechten Aktivisten Charlie Kirk erlassen hatte. Darin erklärt Trump Antifa als heimische Terrororganisation. Es gibt bislang keine Informationen, dass eine Protestteilnahme strafrechtliche Konsequenzen haben könnte. Die Millionen, die an den „No Kings“-Protesten am Samstag teilgenommen haben, zeigen, wie groß der Widerstand gegen Trumps Politik ist. Es gab auch Gegenproteste, doch diese blieben überwiegend klein.

Schmuck von Napoleon geklaut, Louvre geschlossen

In das berühmte Pariser Museum Louvre ist am Sonntagmorgen bei der Öffnung eingebrochen worden. Es habe keine Verletzten gegeben, teilte Frankreichs Kulturministerin Rachida Dati mit. Die Diebe seien Profis gewesen und hätten nur vier Minuten gebraucht. Das Museum blieb am Sonntag nach eigenen Angaben aus „außergewöhnlichen Gründen“ geschlossen. Wie die Zeitung *Le Parisien* unter Verweis auf Ermittler berichtete, sollen die Diebe neun Schmuckstücke Napoleon Bonapartes (1769–1821), der sich 1804 zum Kaiser krönen ließ, und seiner ersten Ehefrau, der Kaiserin Joséphine de Beauharnais (1763–1814), erbeutet haben.

Nach ersten Erkenntnissen drangen die vermummten Täter an einer Gebäudeseite, wo gerade Bauarbeiten stattfinden, in das Museum ein. Sie sollen einen Lastenaufzug benutzt haben, um direkt in den gewünschten Ausstellungsraum zu gelangen.

Nachdem sie die Fenster eingeschlagen hätten, seien zwei Männer ins Innere eingedrungen, während ein dritter draußen Wache gestanden hätte, berichtete *Le Parisien*. Laut Sender Europe 1 soll es sich um zwei bis vier Täter handeln.

Der Louvre ist das meistbesuchte Museum der Welt und eine nationale Institution Frankreichs. 2024 besuchten es knapp neun Millionen Besucher. (dpa)

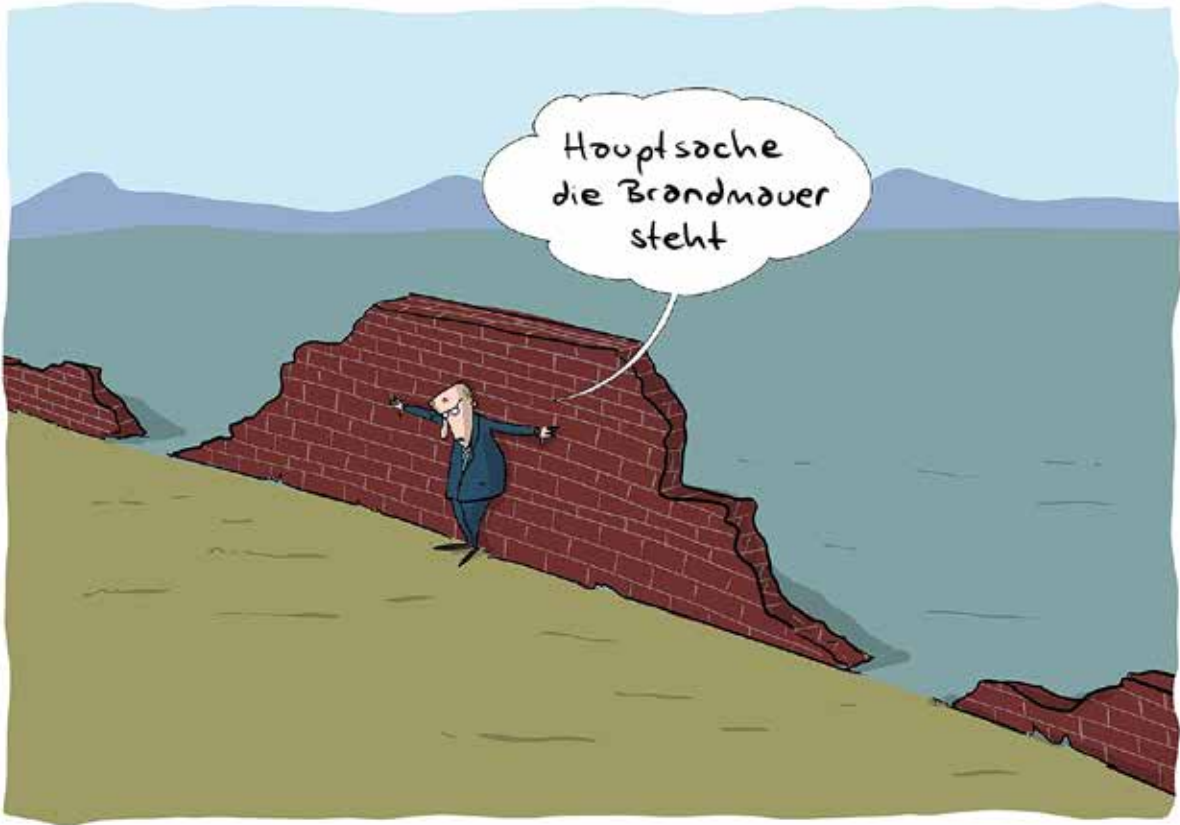


taz  **shop**

taz-Bade- und Saunatuch.
Aus Biobaumwolle nach GOTS-
Standard. Mit aufgesticktem
taz-Logo. Maße: L 200 x B 100 cm.
€ 47,00

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop



debatte

Ohne China geht es nicht

China ist der weltweit größte Treibhausgas-Emittent – und Vorreiter in Sachen grüne Technologie. Es braucht ein euro-chinesisches Klimaabkommen

Über Chinas Rolle im Klimawandel kursieren zwei gegensätzliche Erzählungen. Die eine besagt, dass China als größter Emittent von Treibhausgasen immer mehr Kohlekraftwerke baut. Die andere hebt hervor, dass das Land führend in der Entwicklung grüner Technologien ist, die es der Welt ermöglichen, ihre Volkswirtschaften deutlich günstiger zu dekarbonisieren als noch vor wenigen Jahren. Beides ist richtig – und die Politik in China wie auch weltweit muss dieser doppelten Realität Rechnung tragen. 2022 lagen Chinas Emissionen bei 15,7 Gigatonnen, weit über den sechs Gigatonnen der USA und den 3,6 Gigatonnen der EU. Auch wenn diese Zahlen Chinas größere Bevölkerung widerspiegeln, liegen die Emissionen pro Kopf mit elf Tonnen deutlich über jenen der EU (8,1 Tonnen) und des Vereinigten Königreichs (6,3 Tonnen). Beide Letzteren sind zudem auf gu-

Chinas Vorreiterrolle in der grünen Technologie bietet der Welt eine historische Chance, die genutzt werden sollte

tem Weg, ihre Emissionen bis 2040 auf unter zwei Tonnen pro Kopf zu senken. China hat zugesagt, seine Emissionen spätestens 2030 zu senken und bis 2060 klimaneutral zu werden. Dennoch könnten sich seine kumulierten CO₂-Emissionen bis dahin auf rund 250 Gigatonnen summieren – gegenüber 4,5 Gigatonnen im Vereinigten Königreich und 45 Gigatonnen in der EU. Diese 250 Gigatonnen würden einen Großteil des verbleibenden globalen „Kohlenstoffbudgets“ aufbrauchen, das notwendig ist, um die Erderwärmung – wie im Pariser Klimaabkommen vereinbart – auf „deutlich unter 2 °C“ zu begrenzen. Damit hängt die globale Temperaturentwicklung bis 2100 in hohem Maße von Chinas Kurs ab – und weit weniger von der EU oder Großbritannien. Etwa 5,9 Gigatonnen der jährlichen chinesischen Emissionen stammen aus einem noch immer stark kohleabhängigen Energiesystem. China plant, bis 2029 weitere 280 Gigawatt Kohlekraftwerkskapazität zu installieren. Hinzu kommen hohe Emissionen aus der Stahl- und Zementindustrie, die über 50 Prozent des weltweiten Ausstoßes in diesen Sektoren verursachen – auch wenn sie mit dem Rückgang der Bautätigkeit leicht sinken. Gleichzeitig ist China weltweit führend bei fünf Schlüsseltechnologien der Energiewende: Photovoltaik, Windkraft, Batterien, Elektrofahrzeuge und Wärmepumpen. Ihr Einsatz kann drei Viertel des globalen Verbrauchs fossiler Brennstoffe ersetzen. Elektroautos machen in China inzwischen fast die Hälfte aller Pkw-Verkäufe aus – in der EU sind es 23 Prozent. 2024 installierte China rund 400 Gigawatt an Solar- und Windkraft – mehr als die Hälfte der weltweiten Gesamtleistung. Zwar wächst die Kohlekapazität weiter, doch dienen viele Anlagen zunehmend als flexibles Backup für erneuerbare

Energien. In der Folge sanken die Emissionen des chinesischen Stromsektors in der ersten Jahreshälfte um 3 Prozent. Der massive Ausbau sauberer Technologien hat enorme Kostensenkungen und Effizienzgewinne bewirkt. Die Preise für Photovoltaik sind in 15 Jahren um 90 Prozent gefallen, während die Leistung gestiegen ist. Auch Batterien sind deutlich günstiger geworden, zugleich verbessern sich Energiedichte und Ladegeschwindigkeit stetig. Diese Entwicklungen ermöglichen weltweit eine schnellere Emissionsminderung – nicht nur in China. In einer Welt ohne geopolitische Spannungen wäre Chinas technologische Führungsrolle ein Segen für die Menschheit. Doch unter den aktuellen politischen Bedingungen weckt sie Sorgen um Arbeitsplätze und Sicherheit. Schlimmer noch: Zölle und Handelsbeschränkungen als Reaktion auf Chinas Dominanz könnten die Kosten erhöhen und die weltweite Energiewende bremsen. Ein weiterer Streitpunkt sind Chinas Überkapazitäten bei Eisen und Stahl. Da diese Grundstoffe weiterhin kohlenstoffintensiv produziert werden, gefährden sie Europas Pläne zur Dekarbonisierung der Schwerindustrie. Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus der EU ist zwar eine legitime Antwort auf dieses Problem, wurde von China jedoch als protektionistisch empfunden. Um die Erderwärmung „deutlich unter 2 °C“ zu halten, sind koordinierte Maßnahmen aller Teilnehmer der UN-Klimakonferenz COP30 im November in Brasilien nötig. Da die USA ihre Führungsrolle – besonders in der Klimapolitik – weitgehend aufgegeben haben, kommt der Zusammenarbeit zwischen China und Europa zentrale Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund sollten beide Seiten drei Prioritäten verfolgen. Erstens: China muss ehrgeizigere Ziele zur Emissionsminderung festlegen. Unterbleibt dies, könnten europäische Rechtspopulisten, die Klimaschutz als kostspielig und sinnlos darstellen, zusätzlichen Auftrieb erhalten. Verschärft China jedoch seine Ziele, sollte Europa seine eigenen Maßnahmen ausweiten, um seinen langfristigen Verpflichtungen auch gerecht zu werden. Zweitens: China sollte die Dekarbonisierung der Schwerindustrie vorantreiben, insbesondere in der Stahl-, Zement- und Chemieproduktion. Das setzt höhere CO₂-Preise in allen Industriesektoren voraus – idealerweise auf einem Niveau, das sich dem europäischen annähert. Drittens: Europa sollte Chinas Führungsrolle bei sauberen Technologien anerkennen und in Fragen von Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit sachlich bleiben. Nach den Empfehlungen der Energy Transitions Commission hieße das, Importe von Produkten mit geringem Risiko für europäische Arbeitsplätze – etwa Solarpaneele – zuzulassen und chinesische Investitionen in Zukunftsbranchen wie Batterien und Elektrofahrzeuge zu fördern. Chinas Vorreiterrolle in der grünen Technologie bietet der Welt eine historische Chance. Eine Chance eine, die sie auf keinen Fall ungenutzt lassen darf. Europa muss mit China zusammenarbeiten, um dieses Potenzial zu verwirklichen.



Adair Turner ist ein britischer Wirtschaftswissenschaftler und Experte für Klimapolitik. Seit 2008 ist er Vorsitzender des Committee on Climate Change, eines im Vereinigten Königreich im Rahmen des Climate Change Act gegründeten Beratungsgremiums.

Alexander Rhotert forscht seit 1991 zum ehemaligen Jugoslawien. Er war 20 Jahre unter anderem für die UN, die Nato, die OSZE und die EU tätig, zumeist zur Friedensumsetzung auf dem Westbalkan.

Dominic Johnson über Planspiele zu einem neuen Trump-Putin-Gipfel

Kein Frieden in Sicht

Trump-Schmeichler haben mehrere mögliche Interpretationen des angekündigten Gipfeltreffens zwischen Donald Trump und Wladimir Putin in Ungarns Hauptstadt Budapest. Die eine: Stärke wirkt – Trump braucht nur mit Marschflugkörpern zu wedeln, schon kommt Putin angekrochen und will reden. Die andere: Diplomatie wirkt – Trump braucht nur mit Putin zu telefonieren und Selenskyj zu rechtzuweisen, und schon geht was. In beiden Interpretationen steckt ein Körnchen Wahrheit, aber eben auch nur ein einziges. Dieses Körnchen besteht darin, dass Putin langsam die Puste ausgeht. Die beharrlichen ukrainischen Schläge gegen Russlands Ölinindustrie treffen den Nerv der russischen Kriegswirtschaft; der Angriffskrieg ist nicht mehr lange zu finanzieren. Das reicht aber nicht für Frieden. Trumps letzter Vorstoß scheiterte an Russlands Weigerung, vor Gesprächen eine Waffenruhe zuzugestehen, und an Russlands Forderung nach Überlassung aller noch nicht eroberten Teile des Donbas, also die kampflose Räumung

der wichtigsten ukrainischen Verteidigungslinien. Es gibt keine Anzeichen, dass Moskaus Position sich in diesen beiden Punkten geändert hätte. Vielmehr hat Russland mit seinen Drohen und Sabotageakten gegen europäische Länder eine Ausweitung des Krieges wahrscheinlicher aussehen lassen als sein Ende. Nun sagt Trump in der ihm eigenen Schlichtheit, die beiden Kriegsparteien sollten da, wo sie jetzt stehen, einfach aufhören und nach Hause gehen. Da die Ukraine in der Ukraine zu Hause ist, Russland aber nicht, kann man diese Äußerung als Aufruf nach einem bedingungslosen Rückzug Russlands interpretieren. Aber so war sie wohl nicht gemeint. Der US-Präsident will ein Einfrieren des Konfliktes entlang der bestehenden Front als Frieden verkaufen können, auch ohne dass Russland und die Ukraine tatsächlich Frieden schließen. Etwa so wie Trumps Gaza-Abkommen, das auch weder Israel noch die Hamas unterzeichnet haben und das auch nicht lange halten dürfte. **der tag 2**

Gunnar Hinck über die Monarchien und Prinz Andrew

Kann weg

Sie ist ein Hort der sozialen Hängematte, systematischen Leistungsmissbrauchs, moralischer Indifferenz und sozial auffälliger Clanmitglieder: Die Rede ist natürlich von der Monarchie. Merkwürdigerweise existieren allein innerhalb der EU noch sechs davon, aber die bekannteste ist natürlich die britische Monarchie. Wenn es eines letzten Beweises bedurft hätte, dass dieser seltsamer Anachronismus abgeschafft gehört, ist es die aktuelle Volte um den britischen Königsbruder Andrew. Der verliert nun – wohl auf Druck des Clanchefs und Bruders – seine letzten Adelstitel, weil der Druck wegen seiner Rolle im Missbrauchsskandal um den Amerikaner Jeffrey Epstein zu groß geworden ist. Vorab-Auszüge der Memoiren des Missbrauchsoffiziers Virginia Giuffrè sind gerade erschienen, in denen sie beschreibt, wie Andrew ihr als Minderjähriger mehrfach sexualisierte Gewalt antat. In diesem Frühjahr beging Virginia Giuffrè Suizid. Selbstverständlich passiert auch woanders Machtmissbrauch, aber in einem Königs-

haus konzentriert sich der Nährboden für zweifelhafte Verhaltensweisen (erinnert sich noch jemand an die Elefantentjagd von Spaniens Juan Carlos?): zu viel Geld, zu viel Zeit und der Irrglaube, über anderen Menschen zu stehen, etwas Besonderes qua Geburt zu sein. Die BossInnen an der Spitze können vereinzelt durchaus gewissenhafte und pflichtbewusste Leute sein – der britische Kronprinz William und der dänische König Frederik etwa –, das Problem ist, dass so eine Monarchie einen ganzen Clan nach sich zieht. Von einer Abschaffung der Monarchien würden alle Seiten profitieren: Die Bevölkerungen könnten ihre Spitze endlich wählen und abwählen, und die Clanmitglieder könnten endlich vernünftigen Berufen nachgehen. Auf Großbritannien hat die EU keinen Einfluss mehr. Aber sie sollte endlich dafür sorgen, dass eine Monarchie unvereinbar ist mit einer Mitgliedschaft in der EU. Sie will ja laut ihren Verträgen Demokratie in ihren Mitgliedstaaten fördern und hat schon an ganz anderen Tabus gerüttelt.

die dritte meinung

Die EU sollte auf Serbien endlich mehr Druck ausüben, sagt Experte Alexander Rhotert

Die Fakten sprechen für sich: Seit Jahren verschlechtern sich alle Demokratie-, Rechtsstaatlichkeits- und Korruptionsindizes Serbiens betreffend stetig. Das Regime des autokratischen Präsidenten Aleksandar Vučić geht immer brutaler gegen die demokratische Massenbewegung vor, die seit fast einem Jahr gegen Korruption und Demokratieabbau mutig demonstriert. Die EU-Kommission hat dies bisher ignoriert. Die Liste der anderen „Baustellen“ ist lang: Belgrad bricht die EU-Sanktionen gegen Russland und rüstet seit Jahren ohne jedwede Bedrohungslage massiv auf. Das Verhältnis zu Kosovo war seit Kriegsende 1999 nie schlechter. 2023 verübten serbische Paramilitärs einen Terror-Angriff in Kosovo. Kurz danach setzte Vučić seine Panzer gegen Kosovo in Bewegung, die nur durch eine diplomatische US- und Nato-Intervention gestoppt werden konnten. Moldau beschuldigt Belgrad, Saboteure trainiert zu haben, Bosnien und Herzegovina und Kosovo warnten im UN-Sicherheitsrat vor territorialen Begehrlichkeiten Belgrads. Zusätzlich werden die Be-

ziehungen Serbiens zu Russland, China, Belarus und Iran immer enger. Vučić’ Teilnahme an den diesjährigen Militärparaden in Moskau und Peking wurde von einigen EU-Akteuren nicht goutiert. Erstmals übte Ursula von der Leyen in Belgrad nun indirekte Kritik an Vučić (den sie nicht mehr mit „lieber Aleksandar“ ansprach); sie mahnte Reformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Medien und Wahlrecht an. Auch traf sie sich erstmals mit NGOs. Bis vor Kurzem galt Vučić paradoxerweise als Stabilitätsgarant des Balkans. Unklar ist, ob die geänderte Tonart der Anfang einer Kurskorrektur ist oder ob die EU, nach verbalen Zugeständnissen Vučić’, wieder zum alten Appeasement zurückkehrt. Um Serbien stärker einzubinden, müsste Belgrad konkrete Vorgaben erfüllen, bevor die Beziehungen zwischen Brüssel und Belgrad vertieft werden können. Das sollte zuvorderst die Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland sein. Hier könnte von der Leyen bei Vučić’ Gegenbesuch im November in Brüssel ansetzen.

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie:>“M Ǝ TA“



Kerstin Brätsch, Untitled, aus der Serie M Ǝ TA, 2018–2025, Öl und Mischtechnik auf Papier, 35,5 × 28 cm Foto: Andrea Rossetti

talkshow

Die Vielfalt, die sie meinen

Sind ARD und ZDF ausgewogen? Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wird eine Klagewelle auslösen

Von Christian Rath

Ein Ende kann ein Anfang sein. Wenn ein Bundesgericht in letzter Instanz entscheidet, ist meist ein langer Rechtsstreit zu Ende. Nicht so beim Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zum Rundfunkbeitrag von letzter Woche. Dieses Urteil ist ein Anfang, es wird eine neue Prozesswelle auslösen. Geklagt hatte ein Frau aus Bayern, die den Rundfunkbeitrag nicht zahlen will, weil ARD und ZDF angeblich un ausgewogen berichten. Was in vielen Medienberichten fehlte: Die Frau ist Teil einer Bewegung, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) auf breiter Front kritisiert und angreift. Er berichte einseitig über Impfschäden, Russlands Krieg in der Ukraine und die Gefahren des Islam. Bisher ließen die Gerichte solche Klagen einfach abblitzen. Einzelne Bürger:innen hätten kein Recht auf inhaltliche Kontrolle des Rundfunks. Anders nun das Bundesverwaltungsgericht: Niemand muss Rundfunkbeitrag bezah-

len, wenn der ÖRR über längere Zeit seinen Programmauftrag „gröblich“ verletzt. Letztlich könne aber nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden, ob der Rundfunkbeitrag verfassungswidrig ist oder nicht. Es ist gut, dass das Bundesverwaltungsgericht diesen Ausgewogenheits-Klagen damit einen Raum eröffnet. Im Rechtsstaat darf der Weg zu Gerichten nicht künstlich verbaut werden. Aber es kann auch nicht sein, dass Verwaltungsgerichte über die Zukunft von ARD und ZDF entscheiden. Deshalb ist es richtig, dass letztlich das Bundesverfassungsgericht urteilt, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk mangels Geld sterben muss. Schließlich lebt der ÖRR, der im Grundgesetz nicht erwähnt wird, davon, dass ihm Karlsruhe eine zentrale Funktion für die Demokratie zugesprochen und umfassende Regeln gegeben hat. Es wird also bald neue Klagen bei allen 51 deutschen Verwaltungsgerichten geben, von Greifswald bis Sigmaringen – mit dem Ziel, dass sie den Fall dem Bundesverfassungsgericht vorlegen. Ein Selbstläufer wird das allerdings

”

Es ist gut, dass das Gericht den Ausgewogenheits-Klagen einen Raum eröffnet. Im Rechtsstaat darf der Weg zu Gerichten nicht künstlich verbaut werden

nicht. Schon in der ersten Runde sind die Hürden hoch. Eine Klage muss vor Gericht nur behandelt werden, wenn sie wissenschaftlich darlegt, dass der gesamte öffentlich-rechtliche Rundfunk – also alle Fernseh- und Hörfunk-Programme und alle Internet-Angebote zusammen – über mindestens zwei Jahre seine Pflicht zu Ausgewogenheit und Vielfalt massiv verletzt habe. Ein derartiges Gutachten ist extrem aufwendig und dementsprechend teuer. Aber es wird konservative Kreise geben, die das finanzieren. Ob sie Erfolg haben, ist eine andere Frage. BVerwG-Richter Ingo Kraft sagte bei der Urteilverkündung, es sei „überaus zweifelhaft“, dass das, was die Kläger bisher vorgebracht haben, für eine Karlsruhe-Vorlage ausreicht. Werden ARD und ZDF nun in die Defensive gedrängt, weil sie sich landauf, landab gegen den Vorwurf der Un ausgewogenheit verteidigen müssen? Nicht unbedingt. Der ÖRR könnte auch die Chance ergreifen, sich selbstbewusst zu präsentieren, als faktenstarke Informationsbasis, die aber zur Orientierung auch linken, liberalen

und rechten Haltungsjournalismus anbietet. Diese Marketing-Bühne sollte er sich nicht entgehen lassen. Zudem können die Gerichte in solchen Prozesse auch klar stellen, dass Ausgewogenheit keine Gleichbehandlung zwischen faktenbasierten Recherchen und esoterischen Verschwörungstheorien verlangt. Über Impfriesen kann man kontrovers diskutieren, aber wer von Hunderttausenden vertuschten Impftoten raunt, hat keinen Anspruch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk als ernstzunehmender Teil der Meinungs-Vielfalt dargestellt zu werden. Ähnliches gilt für verfassungsfeindliche Positionen. Natürlich ist Machtkritik eine wesentliche Aufgabe des Journalismus. Aber wer Deutschland als Diktatur darstellt und die etablierten Politiker alle ins Gefängnis stecken will, muss in ARD und ZDF nicht als legitimer Teil des gesellschaftlichen Diskurses präsentiert werden. Die Ausgewogenheit von ARD und ZDF ist keine rein quantitative Frage. Auf qualitative Mindeststandards können die Gerichte nicht verzichten.

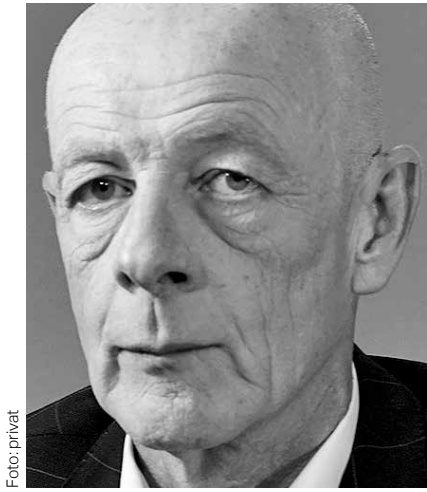


Foto: privat

wie geht es uns, herr küppersbusch?

Buddygespräche zwischen Trump und Putin, Klöckners Familieninitiative und René Benkos Potenzial als romantischer Held

taz: Was war schlecht vergangene Woche?

Friedrich Küppersbusch: Das Stadtbild von Brilon.

taz: Und was wird besser in dieser?
Küppersbusch: Merz wird erwachsen.

taz: Die Rückgabe der Leichen von Hamas-Geiseln sorgt für Spannungen. Israel droht, die Kämpfe wieder aufzunehmen. Haben wir uns zu früh gefreut?

Küppersbusch: Wir wussten aus der Waffenruhe vom Januar, dass nichts funktioniert – außer der Zusammenarbeit der Irren beider Lager. Netanjahu rechtsextremistische Minister fordern bereits, den Krieg weiterzuführen; Präsident Trump behauptet Aggressionen der Hamas. Schon mit den Angriffen auf Iran und erst recht Katar hatte Israel seinen Schutzherrn USA teilblamiert. Trumps Lehre daraus scheint, Netanjahu eine goldene Brücke zu Begnadigung und Wiederwahl anzubieten. Die Gegner von Netanjahus Krieg sollen sich also Netanjahu wünschen. Da freut man sich eher zurückhaltend.

taz: Lecornu setzt in Frankreich die Rentenreform aus und übersteht zwei Misstrauensanträge. Alles gut in Paris?

Küppersbusch: Die Regierungen könnten einfach die Völker tauschen: Die Franzosen gehen mit 64 in Rente, wir mit 67; sie bekommen 74 Prozent vom letzten Netto, bei uns sind vorerst 48 Prozent garantiert. Deutsche Rent-

nerInnen stünden also deutlich besser da – dafür hätte die französische Regierung endlich ein Volk, das jeden Scheiß mitmacht. Frankreich hat Rekordschulden, Deutschland Rekordangst vor Schulden.

Immerhin gemein, nachgerade sehr gemein ist beiden, dass ihnen zu alledem am liebsten Sozialabbau einfällt, und wenn das nicht klappt, dann halt gar nichts. Lecornu führt nun eine Reformregierung um den Preis, dass sie keine Reform macht. Ungefähr jeder mögliche Koalitionspartner will Neuwahlen und selbst Präsident werden. Eine rechtsextreme Regierung droht. Nicht sehr tröstlich, aber: Frankreich ist das Deutschland, das seinen Teller nicht leer gegessen hat.

taz: US-Präsident Donald Trump will Kremlchef Wladimir Putin in Budapest treffen. Wird er ihm wieder den roten Teppich ausrollen?

Küppersbusch: Noch mal in Slomo: Treffen sich ein US-Präsident, ein EU-Regierungschef und Putin in Ungarn. Noch vor Jahren wäre „Gipfel der Antidemokraten“ eine durchaus frivole Schlagzeile gewesen. Heute ist es Fakt und entsprechend unberechenbar: Trump hat damit kokettiert, der Ukraine „Tomahawk“ zu liefern und Angriffe und Rückeroberungen zu befeuern. Um dann wieder aus zwei Stunden Buddytalk verlauten lassen, man könne doch vielleicht nach der Krim auch die Oblast Donezk abschenken, etwa das Ruhrgebiet der Ukraine. Putin begeht

einfach weiter seine Verbrechen und schaut zwischendurch mal, was er gerade dafür bekommen könnte. Hochrangige Gipfel auf jeden Fall.

Die Regierungen könnten einfach Völker tauschen: Die Franzosen gehen mit 64 in Rente, mit mehr vom letzten Netto als wir mit 67. Deutsche RentnerInnen stünden so deutlich besser da – dafür hätte die französische Regierung endlich ein Volk, das jeden Scheiß mitmacht

taz: Julia Klöckner will den Bundes-tag familienfreundlicher gestalten. Poliert da jemand sein Image?

Küppersbusch: Das erste im Bundestag gestillte Baby – Hinterbank, verschämt, und Guido Westerwelle musste

erst indignierte Saaldiner verschrecken – ist schon 16 Jahre alt. Auch mal eine schöne Erinnerung an die FDP; die stillende Mutter kam aus ihren Reihen. Klöckner zielt auf mehr ab: kürzere Sitzungen, mehr Online-Teilnahme für junge Eltern, mehr Heimreisepausen im Sitzungskalender. Und das ist ja dann eines Tages so ähnlich: Who the fuck is Klöckner, die Vernunft ist nicht wählerisch bei ihrem Weg zum Erfolg.

taz: Die Union hält am Losverfahren bei der Wehrpflicht fest. Süchtig nach Glücksspiel?

Küppersbusch: Dienst durch Los gab es seit der deutschen Reichsgründung, auch in den 1950ern wurden nur 30 bis 40 Prozent jedes Jahrgangs gebraucht und durch Los bestimmt. Willy Brandt verlängerte dann den Wehrdienst und straffte das Zivildienstwesen, um mehr Wehrgerechtigkeit zu schaffen. Also ein alter Helm, und dass die Union das Pistorius-Konzept von der Freiwilligkeit nicht wenigstens erst mal testen will, mag kurzfristig erzwingen, dass der Sozi-Popstar von „tauglich 1“ auf 2 oder 3 runtergestuft wird. Mit ein, zwei Stunden Ampelkunde wüssten die schwarzen Querulanten allerdings, dass sie da friendly fire auf die eigenen Truppen ballern.

taz: Der Ex-Unternehmer René Benko wurde im ersten von 14 Prozessen wegen Insolvenzbetrugs zu zwei Jahren Haft verurteilt. Sind 14 Prozesse schon genügend Stoff für eine Netflix-Serie?

Küppersbusch: Wo ist denn da der love interest? Fragen solche Plattformen die Produzenten notorisch, und das wird noch mal ein Stück Recherche, jemanden zu finden, der René Benko so richtig lieb hat. Ja klar, jede Menge korrupte und rechtslastige Politiker, doch das ist nicht die romantische Verheißung, die es zur Filmfinanzierung braucht. Benko könnte das bezahlen, mit gelogtem Geld, Prozess Nr. 15.

taz: Die taz druckt ihre Tageszeitung nicht mehr. Auf welche Zeitung sollten Hundebesitzer*innen und Umzugsfirmen ausweichen?

Küppersbusch: Meine vorausschauende Gefährtin hat die letzten Monate taz in einem Karton gesammelt. Ihr seht uns damit in ein paar Jahren bei „Bares für Rares“. Die FAZ, die Süddeutsche, der Guardian und der Telegraph haben mich zugespamt mit Abo-Angeboten, da muss eine undichte Stelle bei der taz sein. Na ja, Blödsinn, der Guardian ist schon viel länger digital.

taz: Was wollen Sie der taz-E-Paper-Leserschaft mitteilen?

Küppersbusch: Drückt ihr echt beim Frühstück auf dem Handy rum?

taz: Und was macht der RWE?

Küppersbusch: Freut sich aufs Derby gegen Tabellenführer Duisburg, nach einem disziplinierten 1:0 gegen Viktoria Köln. In der Liga ist fast alles Derby.
Fragen: Anastasia Zejnelli

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und erkältet

specht der woche

Rooftop-Pools für alle

Christian Specht, Jahrgang 1969, ist politisch engagiert und setzt sich für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigung in den Medien ein. Seit 2017 ist er der erste Mensch mit Beeinträchtigung im Vorstand der Lebenshilfe Berlin. Wenn er möchte, zeichnet er uns den „Specht der Woche“

Ich habe einen Pool auf einem Hausdach gemalt. Da geht es darum, dass die Linkspartei etwas vorgeschlagen hat: Die fänden es gut, wenn man auf den Dächern von Häusern auch ein Schwimmbecken baut. Hier in Berlin haben die das vorgeschlagen, in Wien gibt es das schon. Ich finde die Idee gut. Ich glaube, das wäre sinnvoll, wenn man auf dem Dach ein

Schwimmbecken hätte, dann braucht man nämlich nicht mehr ins Schwimmbad zu gehen. Die sind oft sehr voll und ständig geschlossen. Das muss dann aber auch umgesetzt werden. Da werden die sicher noch was machen.

Man könnte auch hier oben bei der taz ein Schwimmbad bauen. Dann können die Leute im Sommer schwimmen gehen, bei den heißen Temperaturen. Oben auf der Dachterrasse.

Aber hochkommen muss man natürlich. Da muss man auf die Barrierefreiheit achten. Damit Leute mit dem Rollator oder Rollstuhl auch hochkommen. Sonst wäre das blöd. Kommt immer auf den Eigentümer drauf an, ob der das zulässt.
Protokoll: Jonas Kähler



Zeichnung: Christian Specht



Foto: privat

Sunny Riedel
Dopaminimum

Frederick, ADHS oder: Man nennt es auch Intuition

Als ich klein war, hatte meine Mutter eine Phase, da empfahl sie allen um sich herum das Bilderbuch „Frederick“ von Leo Lionni. Sie selbst hatte es nicht gelesen, aber man hatte ihr davon erzählt, und die Message war genau die, die sie spreaden wollte. Die Geschichte erinnert zunächst an die Fabel von der Grille und der Ameise: Den ganzen Sommer

über hängt die Maus Frederick auf der faulen Haut herum und denkt gar nicht daran, mit den anderen Vorräte zu sammeln. Doch anders als bei der Grille, die am Ende mit dem Hungertod dafür bestraft wird, dass sie nur feiern war, lassen die anderen Frederick nicht hängen, sondern teilen ihre Vorräte solidarisch mit ihm.

Aber jetzt kommt's: Als es draußen am kältesten ist, das Korn zur Neige geht und die Mäuse kurz vor der Winterdepression sind, da fängt Frederick an, von den Farben des Sommers zu erzählen, die er beim Chillen in sich aufgenommen hat. Und die Mäuse wärmen sich an seinen Geschichten über die Sonnenstrahlen und überstehen so am Ende den Winter auch dank Frederick. Meine Mutter fand in der Geschichte Trost und wollte wohl auch mich damit trösten: Auch ich würde, selbst wenn man es noch nicht absehen könne, eines Tages zu etwas nutze sein.

Meine Mutter hat ADHS und fühlte lange den typischen gesellschaftlichen Anpassungsdruck, bis sie sich im Alter in einen Zustand jenseits von Gute und Böse flüchtete. Davor gab sie mir aber implizit noch den Auftrag mit:

Wie lange müssen wir noch hoffen, dass die anderen Mäuse uns aus Gütemitessen lassen?

„Streng dich an, anders zu sein, damit sie dich akzeptieren!“ – ein Auftrag, den sie selbst nie hatte ausführen können. Aber Selbstverleugnung schien der beste Weg, um im konformitätsgeilen Hurra-Kapitalismus der Ära Kohl nicht aufzufallen. Und überzeugend war letztlich auch für sie die

marktwirtschaftlich unterfütterte Logik, dass Chaos nutzlos, weil ineffizient sei.

Nonkonformes Verhalten wurde deshalb von Lehrerinnen, Sporttrainern, Eltern und selbst von Kindern mit den Mitteln moralischer Ächtung bestraft. Ich war zu egoistisch, um pünktlich zu sein. Zu faul, um gescheit für die Schule zu lernen. Zu unachtsam, um meine Sachen nicht zu verlieren. Zu unhöflich, um andere ausreden zu lassen.

Heute weiß man: Das Gehirn von AD(H)Slern funktioniert schlicht anders. Es hat die Gabe – und das Problem –, so ziemlich jeden Reiz wahrzunehmen, der auch nur annähernd in Sicht- und Hörweite ist. Und zwar gleichzeitig. Das macht uns extrem ablenkbar, hilft aber, flexibel auf Neues reagieren und in Sekundenschnelle relativ sinnvolle Entscheidungen treffen zu können. Man nennt es auch Intuition. Die hilft auch im Zwischenmenschli-

chen. Es heißt, AD(H)Sler kommen in einen Raum und spüren sofort, wie es jeder einzelnen Person darin geht. Zugleich aber kann für uns selbst ein einziges falsches Wort, eine winzige Nuance im Tonfall, die nur wir bemerken, dazu führen, dass alte Muster der Abwertung kicken und wir uns als nutzlose Grille, die den Hungertod verdient hat, abgelehnt fühlen.

Das Problem ist nicht AD(H)S. Sondern dass das, was wir beitragen, von neurotypischen Leuten oft nicht bemerkt wird. Und es deshalb auf der Rechnung am Ende nicht auftaucht. Und wir müssen dann weiterhin hoffen, dass die anderen Mäuse uns aus purer Gütemitessen lassen.

Ich glaube, meine Mutter hatte gehofft, dass durch Fredericks Geschichte auch meine unsichtbaren Fähigkeiten erkannt und anerkannt würden. Denn den Sonnenschein einfangen kann ja auch nicht jeder.

Von Julia Hubernagel

Früher war mehr Schnitzel, das weiß, wer dieser Tage das deutsche Feuilleton durchblättert. Lametta war früher wohl auch mehr, denn die großen Partys der Frankfurter Buchmesse fielen in diesem Jahr weitestgehend aus, doch es scheint vor allem das Schnitzel, traditionell aufgetischt beim Empfang der österreichischen Verlage, das 2025 schmerzlich vermisst wurde. So ganz wird man dabei das Gefühl nicht los, es ist weniger die ersatzweise gereichte Kartoffelsuppe, die die Gemüter erregte, sondern die Vegetarisierung ganz allgemein, zumindest vermeldete man in der *Welt* genüsslich, dem Kritikerbauch habe man stattdessen ein Backhendl einverleibt.

Wahrscheinlich hat die Sorge über die karge Bewirtung jedoch einen ersten Kern: Verliert die Kritik an Bedeutung? Der Programmleiterin des Claassen Verlags, Miryam Schellbach, zufolge spiele die Literaturkritik finanziell zumindest keine Rolle mehr. Man erachte sie jedoch weiterhin als wichtig, sagt Schellbach bei einer Diskussionsrunde auf der Messe, weil sie „Gespräche über Literatur“ vitalisiere. Das Panel streift die Reizthemen der letzten Jahre, Midcult, Booktok, Romance, um schließlich bei Caroline Wahl zu landen.

Die Bestseller-Autorin taucht denn auch regelmäßig auf auf der Messe. Am Stand der *Zeit* spricht sie mit Volker Weidermann über die Kritik gegen sie und ihre Bücher, über einen Shitstorm, den keiner von beiden rekonstruieren kann. Irgendeinen „blöden Artikel“ habe es wohl gegeben, meint Wahl, aber es ist eigentlich auch egal. Jetzt sei sie eben noch bekannter, sagt sie, dass das Buch polarisiere, findet sie „mega geil“.

Man ist sich nicht ganz sicher, welches Spiel Volker Weidermann spielt, ob er sich insgeheim über Wahl lustig macht. Er lobt ihre schönen Sätze, insbesondere die Stelle, wo jemand in Wahls neuem Roman der „Assistentin“ sagt, sie habe ein schönes Gesicht und diese ernsthaft entgegnet: „Ich glaube, das ist das Romantischste, was je einer zu mir gesagt hat.“ Ganz geheimer scheint Weidermann die Situation jedenfalls nicht, das Gespräch endet nach weniger als 30 Minuten.

Den meisten Zuschauer:innen mit gezückter Handykamera war es wohl ohnehin gleich, worüber gesprochen würde. „Ich will sie nur mal sehen“, sagt eine Jugendliche und bedauert, dass sie und ihre Freundinnen Nelio Biedermann verpasst haben. Biedermann hat mit „Lázár“ das Lieblingsbuch der Buchhändler:innen geschrieben, das sich offenbar phänomenal verkauft. Dass er erst 22 ist und zudem einen aristokratischen Hintergrund hat, das spielt dabei gewiss bloß eine untergeordnete Rolle.

Bücher, die sich gut verkaufen, davon gibt es einige auf der Buchmesse. Die Hallen der New-Adult-Verlage sind im wahrsten Wortsinne atemberaubend voll; überall Schlangen an jungen Frauen. Die Dark-Romance-Autorin D. C. Odesza gibt Autogramme im Akkord. Fans haben ihren Namen schon auf einem kleinen Post-it notiert, sodass die Bestseller-Autorin bloß abschreiben muss. Gerade ist Martina an der Reihe, die sich sieben Aufkleber mit Widmung für ihre Heimbibliothek wünscht. Schnell noch ein Foto; das war's. Alles bekannt und im letzten Jahr genauso beobachtet, über die Infantilisierung des Ganzen erschrickt man aber dann doch aufs Neue. War der Stand des Bastei-Lübbe-Imprints Lyx 2024 auch schon einem pinkfarbenen Puppenhaus nachempfunden?

Und die Männer? Gibt es das in Frankfurt, so richtig männliche Literatur? Die rechten Verlage reisen eigentlich nicht mehr an, doch mitunter stößt man, neben Angehörigen christlicher Sekten, die Vorbeilaufenden Broschüren aufnötigen, auch auf

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie>“M Э TA“



Kerstin Brätsch, Untitled, aus der Serie M Э TA, 2018–2025, Öl und Mischtechnik auf Papier, 35,5 × 28 cm
Foto: Andrea Rossetti

Woher der Wind weht

Linke und Rechte, die Philippinen und ein Schnitzelskandal auf der Frankfurter Buchmesse

echte Rechte im Burschenschaftler-Dress. Feixende Männer stehen am Stand des Wiener Castrum Verlags und unterhalten sich über „konservative Ästhetik“, „Castrum ist rein“, ist dort zu lesen. Der Verlag hat unter anderem den Incel-Flüsterer Sebastian Schwaerzel im Programm.

Überhaupt waren die Rechten Thema auf dieser Buchmesse. Nachdem das rechte Portal Nius eine Kampagne gegen den deutschen Verlagspreis losgetreten hatte, von hohen Summen an Steuergeldern, die in die Hände von Linksextremist:innen fielen, halluzinierte, griffen auch andere rechte Medien das Thema auf. Ausgezeichnet wurden mit dem Unrast und dem März Verlag trotzdem zwei der Geschmähten.

Ein Klima setzt sich aus mehreren Wetterlagen zusammen. Dass bei Kritikerempfängen liberalkonservative Professoren in Erinnerungen an Karl May und die Fußball-WM 1954 (!) schwelgen (Hans Ulrich Gumbrecht), bei Verlagsabendessen missverständene Kulturkritiker atemlose Reden über die Auflösung von rechts und links als politische Kategorien schwingen dürfen (Simon Strauss), ja, all das deutet darauf hin, dass sich die Winde gedreht haben.

Krise also, wieder mal und weiterhin? Dass der zu Recht mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnete Roman von Dorothee Elmiger, „Die Holländerinnen“, wochenlang aufgrund von Engpässen bei den Druckereien nicht lieferbar war, mutet aberwitzig an, in Zeiten, in denen der Umsatz in der Buchbranche eher schrumpft denn wächst, so man die Zahlen inflationsbereinigt betrachtet.

Aber nun zum Ausland. Es herrscht gähnende Leere auf den Fluren der internationalen Verlage. Die Ölstaaten protzen mit Ständen in Duty-Free-Shop-Optik, bei den Amerikanern ist nicht viel los. Besonders belebt ist es auch im luftigen Pavillon des Gastlandes Philippinen nicht, doch als die Journalistin Maria Ressa auf der großen Bühne im Forum spricht, sind deutlich mehr Zuschauer:innen als Sitzplätze da. Ressa, die aufgrund ihrer Berichterstattung über den „war on drugs“ ins Visier von Ex-Präsident Duterte geriet, scheint auch über den neuen Staatsführer und Diktatorensohn Ferdinand Marcos Jr. nicht glücklich. „Wir sind von der Hölle ins Fegefeuer gekommen“, sagt sie. Der Inselstaat im Pazifik sei Testlabor gewesen, wie man mit Desinforma-

tionen eine Wahl übers Internet gewinnt. Nirgendwo auf der Welt verbrachten die Menschen so viel Zeit auf Social Media wie auf den Philippinen. Die Friedensnobelpreisträgerin kritisiert den Suchtfaktor von Smartphone-Apps, die konstante Dopamin-Ausschüttung scharf. „Wir sind zur Ware geworden“, so Ressa.

Über die Kommodifizierung von Mensch und Welt lässt sich auch anders sprechen. Lyrisch zum Beispiel, wie es die Autorin Natascha Gangl tut, in einem Text, der die Leistungssprache „aushöhlt“, wie sie sagt. Gangls Bücher erscheinen bei dem österreichischen Ritter Verlag, einem kleinen, experimentellen Haus, und man freut sich dann doch über den Wellengang des literarischen Betriebs, der manchmal unerwarteterweise Gewächse wie Gangl an die Oberfläche spült. Dass sie den Klagenfurter Bachmann-Wettbewerb in diesem Jahr für sich entscheiden konnte, ist zu verdanken, dass die Schriftstellerin nun live bei 3sat vom Arbeit geben, nehmen und wegnehmen sprechen darf, in einer Sprache, die man im Fernsehen eigentlich weder spricht noch versteht. Bei welchen Einschaltquoten allerdings, das steht auf einem anderen Blatt.

Der Russland-Versteher

Karl Schlögel erhält in Frankfurts Paulskirche den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels zuerkannt

719 Menschen hatten am Sonntag um elf Uhr am Vormittag Platz genommen, ein Stuhl musste frei bleiben, der vom vormaligen Friedenspreisträger Boualem Sansal, festgehalten aus nichtigen, jedenfalls außenpolitisch, aus Perspektive der islamistischen Machthaber in Algier gewichtigen Gründen in einem algerischen Gefängnis. Heute galt es, den vielleicht wichtigsten deutschsprachigen Menschen auszuzeichnen, Karl Schlögel, Historiker und Essayist. Er sollte in diesen fünf Viertelstunden noch viel, nicht immer rauschenden Beifall bekommen, aber jetzt zum Gang in die erste Reihe prasselte es tüchtig. So viele waren da, auch Kulturstatsminister Wolfram Weimer, Schlögels Freund Gerd Koenen, Thea Dorn und Deniz Yücel vom PEN Berlin, Raphael Gross vom Deutschen Historischen Museum.

Eine Friedenspreisverleihung ist immer auch Teil des politisch-kulturellen Protokolls des Jahres, am Schlusstag der Buchmesse, diesmal im 75. Jahr: Der Preis ist ein Prädikat bundesdeutscher Selbstverständigung – hier steht unsere Republik, es wird justiert, aber Völkisches, so das eiserne Selbstverständnis, hat keinen Platz. Von den politischen Parteien sind alle zugegen, die AfD offiziell jedoch nicht.

Mit Karl Schlögel erhält ein Historiker den Preis, der sich als Autor und Historiker gegen alle bundesdeutschen Umstände bis zum Fall des Eisernen Vorhangs für einen Kontinent, für eine Landschaft interessierte, sie zu erkunden und beschreiben wusste, wie dies nicht üblich war: Hier, auch in Frankfurt am Main, hörte die kulturelle Wahrnehmung im Mainstream an den Sicherheitslinien des Kalten Kriegs auf. Schlögel, sagte seine Laudatorin Katja Petrowskaja, habe unsere Augen geöffnet. Und zwar weil er seinen Schreibtisch jeweils verließ, als Professor an der Nachwendegründung der Viadrina in Frankfurt (Oder) ermunterte, die östlichen Landschaften zu bereisen, dort zu „lesen“, was zu entziffern ist. Er meinte: hingucken und erkennen können – das will auch gelernt sein, das ist nicht auf den Oberflächen zu finden, diese müssten, so Petrowskaja, nur ein wenig aufgekratzt werden, um andere Universen, andere Geschichten, andere „Materialien“ des Gewesenen lesen, aufspüren, deuten zu können.

Beifall für sie alle, schließlich Karl Schlögel selbst, sichtlich bewegt von der Ehre, ohnehin kein lauter Charakter, am Redepult schien er in Schüchternheit zu versinken – ehe er dann vorzutragen begann: Dass es immer noch viel zu viel Sprechen gebe über die möglicherweise diplomatisch einzuhegenden Kriegsdirigate Wladimir Putins, dass die Grauen, die Putins Truppen über die Ukraine bringen, unverstanden, sinnlich unbegriffen bleiben, weil man eigentlich in Ruhe gelassen werden möchte, im Westen, wo der Angriff des putinschen Regimes auf die Ukraine oft als innerpostsowjetische Angelegenheit missverstanden werde.

Schlögel bekam Beifall für die Passage, dass in den dreißiger Jahren Autoren wie Fraenkel, Neumann, Adorno und Horkheimer und später Arendt darum rangen, das Nationalsozialistische (wie auch das Stalinistische) diskursiv zu begreifen – und doch, notgedrungen, immer auch ein wenig scheiterten. Er widmete seinen Preis im Übrigen der Ukraine, den ukrainischen SoldatInnen. „Sie bringen uns bei, dass Landesverteidigung nichts mit Militarismus zu tun hat.“ Beifall, erheblicher. Und weil er die Ukraine und ihre Leute kennt, bei Reisen kennengelernt, sagt er: „Stoische Gelassenheit ist für sie ein Luxus. [...] Auszuhalten, durchzuhalten, der unsäglichen Erschöpfung zum Trotz – das ist die Revolution in Permanenz.“ Und zum Ende appelliert er: „Uns Europäern bleibt, so unwahrscheinlich es klingen mag: Von der Ukraine lernen heißt, furchtlos und tapfer zu sein, vielleicht auch siegen lernen.“ Starker Applaus, sehr starker. Jan Feddersen

Auslese: taz-Leser*innen zur Seitenwende

So Gott will, werden wir unser Abo fortführen, aus Altersgründen (Frau 82 Jahre, Mann 79 Jahre) schränken wir jedoch diese Zusage ein. Zwei Abonnent:innen, per Mail

Alles ist Kunst. Und Politik

Ai Weiwei mag keine Opern und hat doch eine inszeniert: Der Dokumentarfilm „Ai Weiweis Turandot“ erzählt von einer widrigen Produktion

Von Katharina Granzin

Obwohl sein Titel anderes vermuten lässt, hat dieser Film nur am Rand mit Musik zu tun. Das liegt nicht nur an seinem zentralen Protagonisten, der gleich zu Beginn verkündet, er möge Opern nicht und höre auch fast nie Musik. Etwas weniger überspitzt äußert Ai Weiwei sich beim Zusammentreffen mit dem Ensemble des Teatro dell’Opera di Roma, an dem er Giacomo Puccinis „Turandot“ inszenieren soll: „Ich mag es, Dinge zu tun, in denen ich nicht gut bin“.

Eigentlich ist er in vielen Dingen gut, die bei einer Opernproduktion gebraucht werden, und um das, was er nicht kann, kümmern sich ja die anderen. Zu diesen gehört die Choreografin Chiang Ching, eine Freundin von Ais Familie, die schon seinen Vater, den regierungskritischen Dichter Ai Qing, gut kannte. Ein jahrzehntealtes Foto wird eingeblendet: Junge Menschen sitzen um einen Tisch, ein Baby ist dabei, das muss wohl der kleine Weiwei sein.

Der große Weiwei, auch daran erinnert der Film, legte sich später ernsthaft mit der chinesischen Führung an, als er nach dem verheerenden Erdbeben in Sichuan von 2008 die Namen von Toten sammelte, die die Regierung nicht veröffentlichten wollte – Aber tausende von Kindern waren gestorben, weil Schulgebäude nicht erdbebensicher gebaut worden waren –, und ein großes internationales Kunstprojekt daraus machte. 2011 wurde Ai verhaftet und saß fast drei Monate im Gefängnis, auch daraus wurde später Kunst.

Chiang Ching zuliebe habe er der römischen Oper zugesagt, sagt Ai, aber zum Teil auch wegen des Stoffes; denn 33 Jahre zuvor hat er als Statist in Franco Zeffirellis „Turandot“ an der New Yorker Met mitgewirkt. Auch damals gehörte Chiang Ching als Choreografin zum Team.

Nun, 33 Jahre später in Rom, schreibt man das Jahr 2020, und in den Probenbetrieb platzt die Hiobsbotschaft, dass das Theater coronabedingt schließen muss. Das sei in den 140 Jahren seines Bestehens noch nie passiert, sagt, um Gelassenheit be-

müht, der Direktor, sogar während der Spanischen Grippe sei gespielt worden. Ai Weiwei sagt, als Künstler nicht arbeiten zu können, fühle sich so an, als würde einem das Haus über dem Kopf abgerissen. Der Film blendet über zu Szenen vom Abriss seines einstigen Ateliers in Peking.

Regisseur Maxim Derevianko, der damit seinen ersten Langfilm vorlegt, wird zu Beginn des Projekts andere Vorstellungen über thematische Schwerpunkte gehabt haben als am Ende herausgekommen ist. Während der Arbeit an der Opernproduktion schlug das Weltgeschickal gleich zwei Mal zu; denn kurz nachdem die Proben endlich wieder aufgenommen werden konnten, überfiel Russland die Ukraine. Dirigentin Oksana Lyniv, beinahe zu Tränen bewegt nach einer Chorprobe, während der die SängerInnen mit großem Abstand zueinander im Proben-saal saßen, erzählt, dass ihre Eltern nicht zur Premiere kommen könnten wegen des Krieges. Als es so weit ist, tritt sie mit blaugelber Schärpe um die Taille auf.

Ai Weiwei hat als Bühnenbild eine 3.D-Weltkarte geschaffen, auf der die Herrschenden oben und die Unterdrückten unten platziert sind. Um das Verhärtete der Situation zu verbildlichen (Turandot ist die, die all ihre Freier zu köpfen pflegt), lässt er die Singenden statuarisch auf der Bühne stehen, während ein chinesischer Operndarsteller die Emotionen der Figuren in Bewegung übersetzt. Video-projektionen von politischen und menschlichen Katastrophen der letzten Jahrzehnte laufen im Hintergrund.

Von Ais Konzept vermittelt der Film eine gute Vorstellung, von der Inszenierung werden nur kurze Schnipsel gezeigt. Das geht in Ordnung, denn durch die Lage der Dinge ist es weniger ein Film über eine politisch interpretierte „Turandot“ geworden als vielmehr eine Dokumentation über die Herausforderungen künstlerischer Arbeit in politisch sehr prekären Zeiten. Ein echtes Zeitdokument eben.

„Ai Weiweis Turandot“. Regie: Maxim Derevianko. Italien/USA 2025, 77 Min.

Motivierter töten

Kunst machen im Dienste des Militärs? Das ist eine zwiespältige Erfahrung. Davon erzählen zwei ehemalige Soldaten aus Russland und Uganda in der Performance „Oder kann das weg“ auf dem Spielart Festival in München

Von Merle Zils

„Ich will nicht drüber reden“, sagt Serge Okunev, als ihn Hamir Ssemwogerere nach seinen Gefühlen fragt. Okunev berichtet gerade von seiner Aufnahme in den russischen Wehrdienst und von der drohenden Gewalt, die auch von anderen Kameraden ausgeht. Sein Ausweg war: ein Militär-Gesangs- und Tanzensemble, das zur Unterhaltung der Soldaten eingesetzt wurde.

Der aus Russland stammende Serge Okunev und der ugandische Hamir Ssemwogerere verhandeln in der Theaterperformance „Oder kann das weg“ nicht nur den Zwiespalt, wenn Kunst als Propaganda genutzt wird, sondern, und das vor allem, auch ihre eigene Rolle und ihr Selbstverständnis darin: Künstler oder Soldat? Das Stück aus der Bayerischen Theaterakademie August Everding, an der Okunev Regie studiert, gehörte zum Eröffnungsprogramm des Spielart Festivals in München und erweckt eine Vorahnung von der Internationalität des Programms.

In einer Stand-up-Comedy-Einlage, samt auf Knopfdruck eingespielter Lacher, erklären sie die Umstände des jeweils anderen: Ssemwogerere stellt das russische Ensemble vor, und wie sie die Soldaten dazu bringen sollen, „motivierter zu töten“. Okunev erzählt von dem seit 39 Jahren herrschenden, korrupten und Minderheiten unterdrückenden Präsidenten Ugandas, Yoweri Museveni, und dessen Tochter Natasha Museveni, die den Propagandafilm „27 Guns“ über ihren Vater als Befreier der Nation aus der Diktatur drehte. Ssemwogerere war Teil dieses Films. Mit groteskem Witz zeigen sie die Absurdität des Propaganda-Systems auf. Sie befinden sich im Aufruhr gegen totalitäre Systeme, die sie ausgenutzt haben.

Dabei lässt die Inszenierung statt schlichtem Schwarz-Weiß-Denken Platz für Ambivalenz. Außerhalb von Zeit und Raum, schafft sie eine Blackbox voller Erinnerungsfragmente, in der die Frage nach der eigenen Schuld in der Luft liegt. Während auf der Ebene der Texte fluide auf Russisch, Deutsch und Englisch Geschichten und Erinnerungen erzählt werden, strickt Okunev feinmaschig eine Inszenierung voller Symbolik und Codes. Mal sind es betende Hände, mal ist es das penibel gestaltete Bühnenbild.

Er bedient sich dabei auch vulgärer Symbolik. Ein ungenutzter Pfeil in Penisform liegt herum wie ein subtiler Hinweis auf den Zusammenhang von Macht und fragiler Männlichkeit. Zusätzlich nehmen drei nackte greenscreengrüne Papp-Glieder-Männchen eine Seite der Bühne ein. Sie stellen die Posen der drei weisen Affen nach (nichts hören, nichts sagen, nichts sehen). Meint Okunev damit sich selbst oder doch die auf den Bildschirmen hinter den Figuren wechselnden eingeblendeten Ge-

sichter der Verantwortlichen? Die passive Anwesenheit der grünen Männchen wechselt in einen Aktionsmodus, als sie zu Marionetten für die Karikatur der Diktatoren werden. Der Greenscreen wird genutzt, das Grün wird in einer Videoübertragung zu rohem Hackfleisch, das den Text der Darsteller unterstreicht. Mit betont tiefer Stimme benennen sie die „pure natural power“ und die größte Angst der Herrscher (gendern scheint hier überflüssig): den Verlust ihrer Macht. Grotesk ziehen sie die Diktatoren ins Lächerliche. Multimedialität ist ein zentrales Element in Okunevs Ästhetik. Durchgängig werden Bühnenelemente per Video-Live-Übertragung in Großaufnahme projiziert, mal zeigt er Bilder wie aus privaten Fotoalben, mal nachgestellte Szenen aus dem Leben der beiden Erzähler. Es fungiert als Mittel der Entfremdung. Die Kamera schafft eine Distanz zwischen dem Versuch der Selbstverletzung und dem, der sie tatsächlich begangen hat. Denn es bleiben ihre persönlichen Geschichten, verletzte Momente, eigene Geständnisse.

Es scheint, als wollten die beiden Abstand nehmen von dem, was sie früher getan haben. So auch, als sie sich einzureden versuchen, „was ich mache, ist wichtig, ich lerne hier viel, ich werde wertgeschätzt, ich bin ein guter Mensch, wir kreieren Kunst.“ Die gesprochenen Sätze werden immer weiter verzerrt und zerstückelt, werden ein Beat, dazu projizierte Bilder, die am Ende nichts weiter als Pixel sind und unweigerlich die Frage aufmachen: Was ist eigentlich Wahrheit? Serge Okunev und Hamir Ssemwogerere waren Teil einer Propagandamaschine, sie wollten Kunst schaffen und waren doch Mitglied des Regimes. „Ich schäme mich“, sagt Ssemwogerere über „27 Guns“. „Ich wollte es nicht sehen“, sagt auch Okunev im Bezug auf seine unweigerlich auf Videoaufnahmen festgehaltene Rolle. Er hatte gar überlegt, dieses Video nicht zu zeigen, erzählt er, während uns eine jüngere Version seines Gesichts fröhlich aus dem Youtube-Video des russischen Gesangs- und Tanzensembles entgegnblickt.



Kerstin Brätsch, Untitled, aus der Serie M E T A, 2018–2025, Öl und Mischtechnik auf Papier, 35,5 × 28 cm Foto: Andrea Rossetti

ZAHLN DES GRAUENS

2.700 Milliarden für Rüstung, 10 Milliarden gegen Hunger. Ein Heft voller Fakten.

Mit: Armin Nassehi, Maja Göpel, Katja Salomo u. v. m.

taz FUTURZWEI Magazin für Zukunft und Politik

JETZT ABONNIEREN! Vier Ausgaben für 34 € tazfutzurzwei.de/abo



mit Abo-Prämie

taz FUTURZWEI-Abo-Prämie Was wäre, wenn wir mutig sind? das neue Buch von Luisa Neubauer

Ein Wiederlesen zum Abschied

Tschüss Berliner Szene, hallo Szene: Ein Urgestein unserer Rubriken häutet sich und hört von jetzt an auf einen neuen Namen

Von **Detlef Kuhlbrodt**

Die Rubrik „Berliner Szenen“ existiert schon seit Redakteursgedenken und hat schon viele Blattreformen überlebt. In Zukunft werden die Szenen überregional und in den digitalen Kanälen erscheinen, wo sie allerdings nur noch „Szenen“ heißen werden. Der Legende nach wurde die Rubrik eingeführt, um den kurzen Alltagsbeobachtungen des Flaneurs Detlef Kuhlbrodt einen passenden Rahmen zu geben. Um uns mit dieser heutigen Ausgabe von den Printseiten der Berlinkultur zu verabschieden, drucken wir hier einige seiner Szenen nach. Danke, dass Sie uns so lange begleitet haben (d. Red.).

Lost und Space

Düster verschneit und still war die Mittenwalder Straße am Abend. Ich fummelte am Fahrradschloss herum, um es aufzuschließen. Von Weitem rief jemand, den man nicht sah, laut „Mutti“. Ich guckte in die Richtung des Rufers. Größer werdend sah ich den, der gerufen hatte, näher kommen. Der kleine Mann war Mitte 50, wie mir schien, und trug einen zerschissenen Anzug. Man sah das alles aber auch nicht so genau. Ich stellte mich jedenfalls so an mein Fahrrad, dass ich ihn in meinem Blick behielt, während er an mir vorbeiging; um reagieren zu können, falls es ihm plötzlich einfallen sollte, mich zu schlagen. Er ging aber weiter, ohne mich zu schlagen. Vielleicht hatte ich ja gerade eine Schlagefantasie gehabt. Und als ich das Fahrrad dann aufgeschlossen hatte, hörte man ihn noch einmal von Weitem, als wenn er geschlachtet würde, laut „Mutti“ rufen.

Und dann kam Max Müller, der Sänger der Gruppe Mutter, aus einem Hauseingang raus. Ich erzählte ihm das eben Geschehene in der Meinung, das müsse ihn doch sehr interessieren. Er sagte so etwas wie „echt?!“

Dann hörte man, nun schon viele Meter entfernt, den Mann noch einmal „Mutti“ rufen. Bei aller Emotionalität und trotz der Lautstärke hatte sein Ruf etwas Leierndes, fast Scheppern-des. Wahrscheinlich hatte ihn seine Mutter vor fünfzig Jahren verlassen. Es könnte aber auch

sein, dass er wie so einige Kreuzberger noch bei seiner Mutter lebt. Vielleicht waren die beiden nur spazieren gegangen und der Sohn hatte so sehr getrödelt, dass er seine Mutter aus den Augen verloren hatte und sein Rufen, das so herzerreißend lost in time und space geklungen hatte, hätte so einen ganz konkreten Adressaten gehabt. Das ist aber unwahrscheinlich. (4. 3. 2005)

Katze werden

Es war Abend im Bezirksdreieck. Wo Lohmühlenbrücke, Weichselstraße und Maybachufer aufeinandertreffen, hatte sich ein Auflauf aus ungefähr dreißig meist jungen Leuten gebildet. Die einen tranken Bier und schauten den anderen zu, die versuchten, alte Fahrradreifen über den Bogen einer Straßenlampe zu treffen. Keine Ahnung, wo die vielen Fahrradreifen herkamen.

Wie beim Sportunterricht warteten die Reifenwerfer in einer Schlange, bis sie dran waren. Wenn jemand traf, wurde geklatscht und gejubelt. Wenn sich zu viele Reifen um die Bogenlampe gelegt hatten, wurde sie geschüttelt wie ein Baum, bis die Reifen weiter runterrutschten. Manchmal verfangen sich die Reifen auch in einem danebenstehenden Baum. Die Stimmung war gut. Die Menge wuchs mit der Zeit. Zwei Hare-Krishna-Anhänger kamen mit ihren Wägelchen vorbei und kicherten. Am Fuß der Bogenlampe machte ein Schild für einen Fahrradladen Reklame.

Ist das nun ein Flashmob? – So was Ähnliches. Man habe sich jedenfalls übers Internet verabredet. Jemand mutmaßte, die Kneipe „Freudenhaus“ habe mit der Sache zu tun. Ich dachte an die geheimnisumwitterte Hedonistische Internationale. Früher, also im 18. Jahrhundert zum Beispiel, hätte man von einem Studentenulk gesprochen. Eigentlich war es recht schön. Und als mir langweilig wurde, ging ich dann wieder.

Als ich gegen zwölf noch einmal mit dem Fahrrad vorbeifuhr, standen Polizisten da und verhörten drei Leute. Und später dann hatte die Band Katze ihre neue Platte „Du bist meine Freunde“ im überfüllten Club49 vorgestellt. Klaus Cornfield hatte auf dem Tresen gegessen, Minki War-

hol hatte auf einem elektronischen Spielzeuginstrument gespielt, die Stimmung war super gewesen. Es ist ganz einfach, eine Katze zu sein: Es genügen vier schwarze Striche auf der Wange. (11. 8. 2010)

Leise sagt er das böse Wort

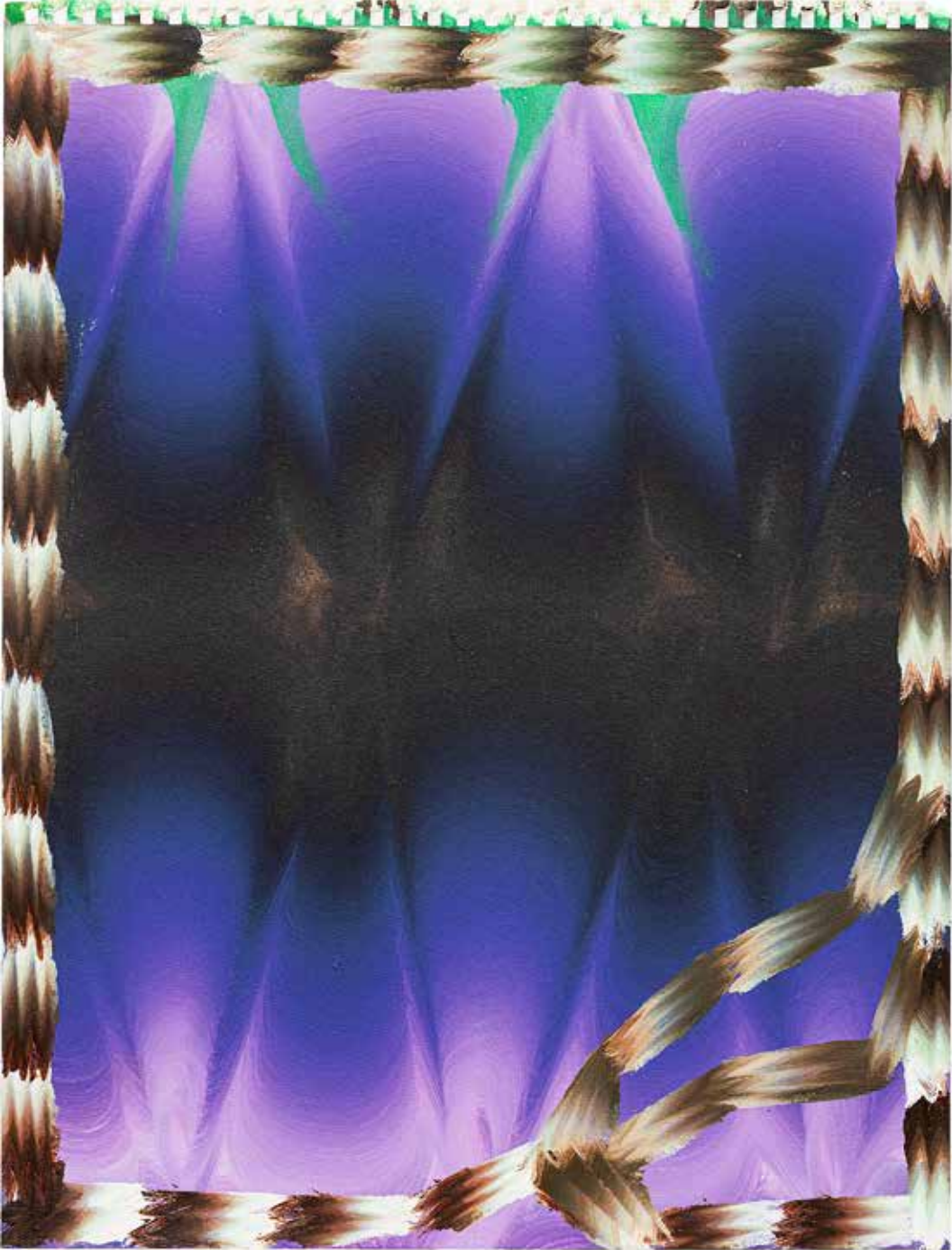
Nachdem ich glücklich alles gefunden hatte, was ich hatte einkaufen wollen, stand ich in der langen Schlange vor der Kasse, die ohne mein Zutun kürzer wurde, weil daneben eine neue Kasse aufmachte. Vor mir war das ganze Band voller Waren. Die Kleinfamilie kaufte ein. Der Kassierer preiste konzentriert die Waren ein, konzentriert tat die Frau sie in den Einkaufswagen, in dem auch ein kleiner blonder Junge ohne Maske saß. Leise, als probiere er das Wort zum ersten Mal aus, sagte der Junge das böse Wort.

Der Kassierer preiste die Waren zu Ende ein, legte kurz seine Hand auf die Hand des kleinen Jungen und beschwerte sich dann mit ruhiger Stimme bei den Eltern. Die Frau sagte, das könne nicht sein, er müsse sich verhört haben. Ein solches Wort würden sie nie benutzen. Der Junge sei erst zwei und könne es gar nicht kennen. Vielleicht hätte er „mega“ gesagt, weil sie so viel eingekauft hatten.

Der Kassierer sagte, doch, der Junge habe genau dies Wort gesagt, und ich dachte, der Junge sieht älter aus als zwei. Der Frau war alles wahnsinnig peinlich. Sie entschuldigte sich, bestritt aber weiter, dass ihr Sohn das Wort gesagt habe. Kurz sprach sie noch mit ihrem Mann – war’s jetzt Polnisch oder Russisch? – dann bezahlten sie und gingen. In allen Einzelheiten hatte ich die Szene nicht mitbekommen, das Wort war mit einer kleinen Verschiebung in der Erinnerung bei mir angekommen und dann erst wirklich geworden.

Mir imponierte die Ruhe, mit der der Kassierer agiert hatte, fand es dann aber irgendwie unpassend, paternalisierend, ihm das zu sagen. Auf dem Rückweg dachte ich an den ersten schwarzen Mann, den ich als Kind gesehen hatte. Das war, als ich von einem Baum gefallen war und mir den Arm gebrochen hatte. Der Mann hatte mich ärztlich behandelt und mir dabei beruhigend, wie der Kassierer dem Jungen, die Hand auf den Arm gelegt. (2. 10. 2020)

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie>“M ∃ TA“



Kerstin Brätsch, Untitled, aus der Serie M ∃ TA, 2018–2025, Öl und Mischtechnik auf Papier, 35,5 × 28 cm
Foto: Andrea Rossetti

Veränderungen

In eigener Sache: Wir organisieren die Berichterstattung über Kultur neu. Die Regionalseiten entfallen, überregional gibt es dafür mehr Platz

Bislang gab es in der taz drei verschiedene Bereiche für die Berichterstattung über Kultur: die überregionalen Kulturseiten und außerdem regionale Kulturseiten für den Norden und für Berlin. Das hatte historisch gewachsene Gründe: In Berlin und im Norden erschienen regional erweiterte Printausgaben. Das ist nun aber nicht mehr so. Eine Printausgabe der taz gibt es wochentags nicht mehr, im E-Paper und in der App sind nun alle Texte für alle Leserinnen und Leser zu lesen, egal ob sie in Kreuzberg, im Schanzenviertel oder in Freiburg, Essen oder Chemnitz leben. In dieser Situation erscheint es uns sinnvoll, die

Regionalteile taz berlin und taz nord beizubehalten – allerdings nicht mehr eigens Kulturseiten zu produzieren, die ausschließlich auf diese Verbreitungsgebiete zugeschnitten sind. Es wäre tatsächlich nur noch eine künstliche Abgrenzung.

Nun haben aber sowohl die Berlinkultur als auch die Nordkultur eine jeweils eigene Tradition und auch eine Anmutung, die sich von der überregionalen Kulturberichterstattung immer auch ein Stück weit abgesetzt hat: direkter, näher dran, eher „von unten“ gedacht als von der höheren Warte feuilletonistischer Großüberblicke aus. Diese be-

sondere Anmutung wollen wir unbedingt pflegen – und nun in die überregionalen Kulturberichterstattung integrieren, für die wir im Gegenzug mehr Platz haben werden. So werden wir also nicht nur weiter über regionale Kulturereignisse berichten, es wird nun auch täglich eine „Szene“ geben, als Fortführung der „Berliner Szenen“ der Berlinkultur, dienstags wird es die Kolumne „ausgehen und rumstehen“ geben, wofür die schon bisher überregional laufenden Kolumnen auf den Mittwoch wandern. Und die traditionsreiche Rubrik „unterm strich“ soll zu kleinen täglichen aktuellen Feuilletons ausgebaut werden. (drk)

unterm strich

Auf Alfred! Schafsköttel, Popper-Knigge und Visionen: Hamburg nimmt Abschied von der Underground-Legende Alfred Hilsberg

Vorn im Foyer laufen stumm blaustichige Kunstfilme, aber hinten am DJ-Pult dreht Felix Kubin jetzt richtig auf. „Zurück zum Beton“ von S.Y.P.H. bollert aus den Boxen wie ein Presslufthammer. Hinterm Tresen halten sie sich die Ohren zu, während Bernadette la Hengst und ein paar andere selig auf der kleinen Tanzfläche wippen. Krude Ideen treffen harten Punk. Alfred Hilsberg hätte diesen Clash gemocht. Er

war sein Geschäftsmodell. In seiner angenehm verstolperten Trauerrede auf den kürzlich verstorbenen Labelmacher Hilsberg bringt der frühere Sänger und Gitarrist von Cpt. Kirk &, Tobias Levin, den Widerspruch auf den Punkt: „Abwärts und Zimmermänner? Da hat man Fragen.“ Die so hart trinkenden wie klingenden Punks von Abwärts und die seitenscheiteligen V-Ausschnitt-Popper Die Zimmermänner – passt doch nicht zusammen, oder? Für Alfred Hilsberg passten beide gerade deshalb sehr gut auf sein ZickZack-Label. Und dieses sich Nicht-an-einzelne-Szenen-binden-Lassen, so Levin, die ausdauernde Offenheit für alles Auffällige, „ist der Grund, warum wir heute alle hier sind“. Menschlich und musikalisch.

Viel wurde geschrieben nach Hilsbergs Tod. Samstag im Westwerk nun wurde gefeiert. „Auf Alfred!“ steht über der Getränkearte, unter-

legt mit dem Labelmotto: „Lieber zu viel als zu wenig.“ Na dann, Prost! Dabei geht es auch um die Zwischentöne, die weniger bekannten Seiten. Gerade graben Levin und Hilsbergs Lebensgefährtin, die auch für ZickZack wichtige Grafikerin und Fotografin Sabine Schwabroh, sich durch den Nachlass.

In den Kisten des „Punkpapsts“ finden sie einen „Popper-Knigge“. Verwahrte Fotos von Elvis zeigen den „Neue Welle“-Erfinder als R’n’R-Fan. Bilder von Mick Jagger mit weißem Schal knüpfen modische Linien des notorischen Weißschalträgers Hilsberg. Die Fotoshow im Foyer zeigt ihn auffallend oft zwischen Schafsköttel am Elbdeich. Es ist auch ein Abend der Erdung des Mythos.

Was niemand mit Herabwürdigen verwechseln darf. Das zeigt schon ein Blick in die Runde. Ton-Steine-Scherben-Mitglied Nikel Pallat, in-

zwischen 80, reiste aus Bremen an, Jens Friebe aus Kreuzberg, die Woog Riots aus Darmstadt. Dazwischen Mitstreiter der von Hilsberg 1976 mitgegründeten linken Zeitung „Große Freiheit“, Besucher:innen seiner Film-Vorlesungen, weite Teile der Hamburger Schule. Oft ist von seiner Vision die Rede, der anhaltenden Begeisterung für Neues.

Klaus Maeck, durch Hilsbergs Enthusiasmus vom Taxifahrer zum Punkladen-Betreiber befördert, unterstreicht noch einmal das hohe Tempo der Veränderung: Gerade mal ein paar Monate dauerte es 1979, um aus Hamburgs stark nach England schielender Pogo-Punk-Szene einen Abenteuerspielplatz neuer deutscher Experimentalmusik zu machen. Ab da hieß es: „Geräusche für die 80er.“ Und jetzt war von Blumfeld noch gar nicht die Rede.

Gregor Kessler



press-schlag

Ein weiterhin ungelöstes Problem

Das Urteil gegen Angestellte des Karlsruher Fanprojekts ist bedenklich. Die Politik muss endlich handeln

Leiden an der eigenen Dominanz

Der FC Bayern trumpsft im Duell gegen Borussia Dortmund zuerst erschreckend überlegen auf und verliert dann die Kontrolle. Letztere Erfahrung ist auch für die Münchner für etwas gut

Aus München
Daniel Theweleit

Joshua Kimmich kennt sich ganz gut aus mit den Mechaniken des Erfolges im Fußball, hat große Titel als Spieler des FC Bayern gewonnen und auch schon schwere Niederlagen erlitten. Er hat verstanden, dass es keineswegs immer nur um den nächsten möglichst souveränen Sieg geht. Und so war er am Samstagabend geradezu froh über eine Art Leistungseinbruch seines Teams, der beinahe noch zu den ersten Punktverlusten der laufenden Saison geführt hätte. „Man hat gemerkt: Wenn es Widerstände gibt, dann hauen wir uns da rein und halten dagegen“, sagte der Münchner Kapitän, als es nach dem 2:1-Sieg gegen den BVB um den Ertrag der Partie ging.

In der zweiten Halbzeit war Borussia Dortmund überlegen gewesen, was Kimmich als kostbaren Lernimpuls verbuchte. Solche Erlebnisse sind nämlich selten geworden für die Alleinherrscher aus München. Sportler brauchen starke Gegner, um sich zu entwickeln, um resilient zu werden, um die eigenen Grenzen zu weiten. Dass die Bundesliga ein Problem mit der totalen Überlegenheit des FC Bayern hat, ist kein neuer Gedanke, dass auch die Münchner zunehmend unter ihrer Dominanz leiden, ist ein weniger beachtetes Phänomen. Denn angesichts der vielen schwachen Gegner im bisherigen Saisonverlauf ist weiterhin recht unklar, wie stark diese Münchner wirklich sind.

Die erste Halbzeit sei „fast perfekt“ gewesen, sagte Trainer Vincent Kompany, „sehr dominant“, was nicht zuletzt an den 45 Minuten lang erschre-

ckend schwachen Dortmund lag. „Wir waren sehr unsauber mit dem Ball, wir haben keinen Zweikampf geführt“, sagte Nico Schlotterbeck über die erste Hälfte. „Wir haben uns versteckt, und dann spielen die dich her.“ Menschen, die auf ein spannendes Titelrennen hoffen, mussten schockiert sein, da der zweitbeste deutsche Klub der vergangenen acht Monate agierte wie ein Abstiegskandidat: extrem defensiv eingestellt, ängstlich, ohne offensiven Ambitionen.

Aber die Bayern hatten es versäumt, mehr aus ihrer Überlegenheit zu machen. Die Tor-

Auch der FC Bayern braucht starke Gegner, um sich zu entwickeln

10:0, der BVB hatte nur 18 Prozent Ballbesitz, vermutlich saßen die Chefs der Deutschen Fußball-Liga (DFL) vor ihrem einseitigen Premium-Event und fragten sich: Was können wir tun? Gewiss hat in der Halbzeit niemand bei den Trainern in der Kabine angerufen, um darauf hinzuweisen, dass ein abermaliges 6:0 der Besten gegen die Zweitbesten dem Produkt schaden würde. Aber die Teams verhielten sich genau so.

Nach der Pause war der BVB nicht nur nach Einschätzung von Dortmunds Torhüter Gregor Kobel plötzlich „das bessere Team“, das etliche Chancen hatte und auch den Anschlusstreffer schoss (Julian Brandt, 84.). Aber, und das ist selbst in so einem kippenden Spiel der entscheidende Unter-

schied: Der BVB spielt mit einer Offensive, die sich unter Kovac noch nicht gefunden hat. Brandt ist meist nur Auswechselspieler, Karim Adeyemi hat zwar Tempo und einen starken linken Fuß, ist aber fußballerisch berechenbar und launisch in seinem Wesen. Maximilian Beier hat technische Schwächen und Zugang Fabio Silva ist noch nicht richtig angekommen, während die Bayern den derzeit womöglich besten Stürmer der Welt auf dem Rasen haben.

Mit dieser Geschichte können sich die Marketingleute der DFL trösten: Kane erzielt nicht nur permanent Tore wie das 1:0 gegen den BVB (22.), er ist auch dabei, sein schon lange sichtbares Talent als Defensivarbeiter und Spielgestalter zu entfalten. „So tief habe ich wahrscheinlich noch nie gespielt“, sagte er, nachdem er sich in Zweikämpfe am eigenen Strafraum geworfen und Michael Olises 2:0 mit einem spektakulären Diagonalball aus der eigenen Hälfte eingeleitet hatte (78.). „Es ging um viel – vor allem um das Momentum“, sagte Kane, der weiß, dass Phasen der totalen Dominanz im Fußball jäh zu Ende gehen können. Die an diesem Abend erfolgte Verwandlung von einer auf allen Ebenen überlegenen Mannschaft in ein Team, das plötzlich die Kontrolle verlor, ist ein gutes Warnsignal. Absurd fand Kane unterdessen die Debatte über seinen Tref-fer zum 1:0. Der Stürmer hatte nach einer Ecke seinen Gegenspieler Serhou Guirassy leicht mit beiden Händen geschubst. Kane sagte: „Ein Tor ist ein Tor – und dann geht’s weiter.“ Mit inzwischen schon sieben Punkten Vorsprung auf den Rivalen aus dem Revier.

betonen aber, dass das kein Schuld-eingeständnis sei. Das Urteil ist für Fanprojekte und ihre Klienten keine große Erleichterung, denn die Sorge, privat zu haften sowie sich nicht an-vertrauen zu können, bleibt.

Der Richter sagte, dieser Prozess könne ein Signal in Richtung Politik senden. Denn jetzt ist die Frage des Zeugnisverweigerungsrechts für die Soziale Arbeit nicht auf juristischer, sondern politischer Ebene zu klären. Gerade für die aufsuchende Soziale Arbeit ist Vertrauen wichtig. Es gibt kaum eine andere Anlaufstelle, die Menschen so effektiv aus der Not helfen kann. Vertrauen als Grund-lage macht es möglich, dass sich Le-

benswege an heiklen Punkten zum Guten wenden. Auch weil die Sozial-arbeitenden mal über eine Dumm-heit hinwegsehen können – auf Ba-sis von Erfahrung und professionel-ler Einschätzung natürlich.

Zudem zeichnet sich die aufsu-chende Soziale Arbeit dadurch aus, dass Menschen rundum unterstützt werden. Die Hilfe hört bei der Job-suche, Schulden oder Suchtproble-men nicht auf. Die Arbeit der Fanpro-jekte in Deutschland wird gut eva-luiert und an ihrem Erfolg gibt es praktisch keinen Zweifel. Rechtsex-tremismus und Rassismus im Fuß-ball gingen auch dank ihrer Anstren-gungen zurück.

Wenn das Vertrauen bei den Fan-projekten untergraben wird und diese nicht präventiv, sondern kon-trollierend wie die Polizei wahr-genommen werden, beraubt man sie ihrer entscheidenden Wirkung. Denn sie schaffen es, zwischen ver-schiedenen Institutionen erfolgreich zu vermitteln und unnötige Eskala-tionen zu minimieren.

Wenn Sozialarbeitende kein Zeug-nisverweigerungsrecht haben, müs-sen Klienten Angst haben und ver-trauen sich nicht an. Es ist nicht zumutbar, dass Angestellte von Fanprojekten wie in Karlsruhe ein so persönliches Risiko auf sich neh-men.

Wiebke Howestädt

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie:>“para psychics“



Kerstin Brätsch, Brut, 2020–2022, Farbstift, Graphit und Collage auf Papier Foto: Andrea Rossetti

das detail

15 Sekunden, die

15 Sekunden lang stand der Fußball in Spanien still. Nicht für eine Schweigeminute, sondern im Zeichen der Rebellion: Ligaweit protestieren die Spieler gegen „mangelnde Transparenz und fehlenden Dialog“ bei der Verlegung eines Liga-Spiels in die USA. Im Dezember nämlich soll der FC Barcelona ein et-was unübliches Auswärtsspiel austragen: Gegen den FC Villar-real wird erstmals im US-ame-rikanischen Miami gekickt. Es geht um das Übliche, kapitalis-tische Expansion, neue Märkte für den finanziell angeschlage-nen spanischen Fußball, TV-Ri-valität mit der erteilten Premier League und so fort. Die Uefa hat dafür grünes Licht gegeben. Das Entsetzen ist groß.

Bei jeder Partie bis Redak-tionsschluss wurde 15 Sekun-den stillgestanden. Nicht nur an neutralen Standorten wie Oviedo oder Sevilla, auch die Spieler von Barcelona selbst

haben sich beim Heimspiel gegen Girona beteiligt, wenn auch mit ein wenig diplomati-scher Vorsicht. „Wir waren kein Teil des Protests, aber wir hatten das Gefühl, dass wir aus Respekt für unsere Profikollegen mit-machen sollten“, so Mittelfeld-star Pedri. Die TV-Weltregie ver-sucht derweil, den Widerstand unsichtbar zu machen: Die Ak-tionen waren nicht zu sehen. Stattdessen zeigten die Sender etwa ein Außenansicht vom Sta-dion oder den Mittelkreis. Im-merhin wiesen teils Kommen-tatoren auf das Geschehen hin.

Viel genützt hat diese Zen-sur in Zeiten von Handykame-ras nicht. Und Thema waren die Proteste eh schnell überall. Denn so unterschiedlich die In-teressen sein mögen, richtig Lust auf den Kick hat niemand: Für die beteiligten Spieler be-deutet der Langstreckenflug eine erhebliche Mehrbelastung im ohnehin übervollen Kalen-

der, zumal Barcelona kurz dar-auf schon zum Supercup nach Saudi-Arabien jetten muss. Die anderen Teams, nicht zuletzt Gegner Villarreal, argwöhnen einen Wettbewerbsvorteil für Barcelona an Messias Heimstätte und damit Schiebung im Meis-terschaftskampf. Die Spielerver-einigung empört sich über feh-lenden Dialog. Und Fans protes-tieren gegen ihre Ausgrenzung und den Verlust lokaler Bin-dung. Nur die Klimakatastro-phen findet niemand so wichtig.

Viele Trainer haben sich mit den Spielern solidarisiert, da-runter Diego Simeone, Xabi Alonso und Bilbaos Coach Er-nesto Valverde. Barca-Coach Hansi Flick erklärte derweil, seine Spieler seien nicht glück-lich, er sei nicht glücklich, aber La Liga habe nun mal entschie-den. Glücklicherweise ist nur Barca-Prä-sident Joan Laporta. Der sagt: „Das Spiel wird definitiv eine große Show.“ Alina Schwermer

Druck in Marokko steigt

Demonstrant:innen rufen zum Boykott von Fußballspielen auf

Vorwiegend jugendliche De-monstrant:innen in Marokko haben zum Boykott der Fuß-ballspiele in den neuen Stadien des Landes aufgerufen. „Die Stadien sind da, aber wo sind die Krankenhäuser?“, skan-dierte Protestteilnehmer, als sie am Wochenende nach acht-tägiger Pause wieder zu Hun-derten auf die Straße gingen. In Casablanca, Tanger und an-deren Städten machten sie ihrem Ärger über Mängel im Gesund-

heits- und Bildungssystem Luft und forderten den Rücktritt von Ministerpräsident Aziz Akhannouch, dem sie Korruption vorwarfen.

Teilnehmer:innen kündigten gegenüber der Nachrich-tenagentur AP am Samstag an, die Spiele des Afrika-Cups im Dezember zu boykottieren. Aus Angst vor Festnahmen wollten die meisten ihre Namen nicht nennen. Der Tod von acht Frauen bei der Niederkunft in

einem öffentlichen Kranken-haus in Agadir hat einen Auf-schrei in ganz Marokko ausge-löst. Die seit Wochen anhalten-den Proteste werden von Gen Z 212 angeführt, einer Graswur-zelbewegung, die Demonstra-tionen auf Social-Media-Platt-formen organisiert.

Auch die größten Fangrup-pen haben die Profiliga in den vergangenen Wochen boykot-tiert, um sich mit den Protesten solidarisch zu zeigen. (ap, taz)

Glitzer ohne Promis

Bei der Tanz-WM präsentiert sich der Wettkampfsport einer begeisterten Bubble. Im TV ist er längst von Tanzshows abgelöst

Aus Leipzig **Lilli Drummer**

Pailletten, Federn und unzählige Strasssteine an den aufwändigen Kostümen der Tänzer:innen sind das Erste, was in der Messehalle ins Auge springt. Eine große Discokugel lässt die Steine noch mehr funkeln. Dort, wo sonst Messestände stehen, ist an diesem Samstag eine große Tanzfläche aufgebaut. Leipzig ist Austragungsort der Tanzweltmeisterschaft, in diesem Jahr in der sogenannten Professional Division, der Profiklasse im Lateintanz. Auf dem Parkett stehen ausschließlich professionelle Tänzer:innen, ein exklusiver Kreis innerhalb der Tanzszene.

Sie verdienen mit dem Tanzen ihren Lebensunterhalt, haben eine Ausbildung absolviert und benötigen eine Startlizenz, um überhaupt antreten zu dürfen. In den Vorrunden sieht man Paare aus ausschließlich europäischen Ländern, mit einer bemerkenswerten Ausnahme: China. Das Land hat in den vergangenen Jahren stark in den professionellen Tanzsport investiert und gezielt Trainer:innen aus Europa angeworben. Das macht sich an diesem Tag bezahlt. Li Mingxuan und Zhou Wanting sichern sich den Vizeweltmeister:innentitel, knapp hinter den Favorit:innen Marius-Andrei Balan und Khrystyna Moshenska aus Deutschland.

In der breiten Öffentlichkeit gilt Turniertanz eher als nischig. Viele hatten kaum mehr Berührungspunkte damit als die ob-

ligatorischen Tanzstunden in der Schule. Hier jedoch trifft sich die Bubble der Begeisterten: Auf den Tribünen sitzen Freund:innen und Familien der Tanzpaare, von denen sich die Tänzer:innen immer wieder letzte Tipps abholen. Und das restliche Publikum tanzt selbst ziemlich gut. Denn nicht nur filmen sie mit gezücktem Handy die Paare auf dem Parkett, klatschen und pfeifen bei jeder gelungenen Aktion, sie tanzen gleich in den Pausen selbst. Das Parkett füllt sich im Handumdrehen mit Publikum. Getanzt werden dabei dieselben Tänze wie bei den Pro-

In Sportmagazinen fand Tanzen immer weniger Platz und das TV will Shows

fis: Samba, Cha Cha Cha, Rumba, Jive und Paso Doble.

Die Begeisterung im Saal spiegelt sich auch in Zahlen wider: Derzeit zählt der Deutsche Tanzsportverband rund 220.000 Mitglieder. Hinzu kommen deutschlandweit mehr als zwei Millionen Menschen, die laut dem Allgemeinen Deutschen Tanzlehrerverband jährlich in Verbandstanzschulen tanzen oder das Tanzen erlernen. Hier geht es völlig anders zu als in Fernsehformaten à la „Let’s Dance“. Es geht kaum um Show, sondern um einen echten sportlichen Wettkampf. Hier tanzen keine Prominen-

ten, und auch der Glamour um bekannte Gesichter bleibt aus. Selbst Showelemente wie Hebefiguren sind beim Turniertanzen verboten.

In den 1970er und 1980er Jahren genoss der Tanzsport im deutschen Fernsehen deutlich mehr Präsenz. Unter dem damaligen ZDF-Sportredakteur Uly Wolters wurden Tanzturniere regelmäßig im „Aktuellen Sportstudio“ thematisiert, und auch in der „Sportschau“ der ARD fanden die Ergebnisse Erwähnung. In den folgenden Jahrzehnten verschob sich der Fokus jedoch: In den großen Sportmagazinen fand der Tanzsport immer weniger Platz und Privatsender setzten auf Showformate wie „Let’s Dance“, bei denen Unterhaltung und Prominenz im Vordergrund stehen. Der eigentliche Wettkampfsport rückte dabei immer mehr in den Hintergrund.

Wie eigen seine Welt ist, zeigt sich auch bei der Tanzweltmeisterschaft im Latein: Die Inszenierung gehört zwar auch hier zum Business dazu, bekommt aber eine andere Bedeutung. Sie dient nicht nur der Show, sondern dem gemeinsamen Erleben einer Szene. Der Showtanz, wie man ihn aus dem Fernsehen kennt, mag längst Mainstream geworden sein. Der Turniertanz kann von Fernsehpräsenz derzeit nur träumen. Das Turnier wird lediglich im Online-Livestream des MDR gezeigt. Der Veranstalter appelliert, es sollten viele einschalten – damit es künftig eine Chance auf lineares Fernsehen gibt.

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie>“para psychics“

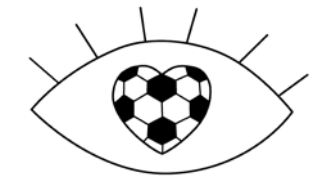


Kerstin Brätsch, Glut (Elysium), 2020–2022, Farbstift, Graphit und Collage auf Papier Foto: Andrea Rossetti

leibesübung*innen

Später Kulturwandel

Spaniens neue Fußballnationaltrainerin Sonia Bermúdez holt Jennifer Hermoso und Mapi León zurück



Es hört sich so einfach an, aber dieses Mal könnte es wirklich stimmen. „Wir fangen von vorne an“, sagte Sonia Bermúdez, die neue Nationaltrainerin der spanischen Fußballerinnen, nachdem sie die Rückkehr von Jennifer Hermoso und Mapi León verkündet hatte. Beim Nations-League-Halbfinale am 24. und 28. Oktober gegen Schweden

stehen sie im Kader. Hermoso war seit Oktober 2024 nicht mehr dabei, Leóns letzter Einsatz liegt sogar noch länger zurück. Seit Juli 2022 hat sie sich das Nationaltrikot nicht mehr übergezogen. Die Abwesenheit der beiden erinnerte stets an die unbewältigten Probleme im spanischen Frauenfußball, an die patriarchalen Strukturen und

eine Kultur, die übergreifendes Verhalten möglich machte.

Die Stürmerin Hermoso geriet unfreiwillig ins Rampenlicht, als ihr der Verbandspräsident Luis Rubiales nach dem WM-Gewinn 2023 bei der Siegereinnenehrung einen Kuss aufzwang. Infolge der Aufarbeitung des Vorfalls mussten zwar Rubiales und der ihm loyale Trainer Jorge Vilda ihre Posten räumen, aber Hermoso zählte ebenfalls zu den Verliererinnen. Denn die zur Cheftrainerin beförderte Assistenztrainerin Montse Tomé stand für das alte System und ignorierte Hermoso, die ihre Torgefährlichkeit mittlerweile in der mexikanischen Liga nachwies, auch prompt im Vorfeld

der Europameisterschaft 2025. Aus Leistungsgründen, wie sie wenig glaubhaft damals versicherte.

Die 30-jährige Mapi León, die seit einer gefühlten Ewigkeit aus der Abwehr des FC Barcelona nicht mehr wegzudenken ist, hatte sich wiederum schon knapp ein Jahr vor dem Rubiales-Skandal vom Nationalteam zurückgezogen. Sie wollte ein Zeichen gegen die strukturelle Benachteiligung des Frauentams im Verband und die fehlende Professionalisierung setzen und den Forderungen nach Veränderung Nachdruck verleihen. An diesem Bedürfnis änderte sich auch nichts, als Tomé Cheftrainerin wurde und

mit der EM in der Schweiz ein verlockendes Turnier anstand.

Die spanische Niederlage im EM-Finale gegen England führte im Sommer dazu, dass der spanische Verband den Vertrag mit Tomé nicht verlängerte. Und im besten Fall nun dazu, dass der ausgebliebene Kulturwandel eingeleitet wird. Die neue Trainerin Bermúdez erzählte, der Verband habe schon länger daran gearbeitet, Mapi León zurückzuholen. Den entscheidenden Unterschied hat offenkundig der Trainerinnenwechsel gemacht. Bermúdez: „Sie sagt uns, dass sie begeistert ist und das Spanientrikot tragen möchte.“ Hermoso habe man in einem Gespräch große Wert-

schätzung ob ihrer Leistungen zum Ausdruck gebracht. In der mexikanischen Liga hat sie am Wochenende per Kopf gerade ihr 14. Saisontor erzielt. Auch sie, teilte Bermúdez mit, kehre mit Begeisterung zurück.

Mit Jennfier Hermoso hat Bermúdez zu ihrer aktiven Zeit noch bei Barcelona, Rayo Vallecano und im Nationalteam zusammengespield. Das könnte die Rückkehr begünstigt haben. Jetzt geht es darum, aus den erfahrenen Spielerinnen und den vielen nachdrängenden Talenten ein Team aufzubauen. Sonia Bermúdez, die zuvor das U20-Nationalteam betreut hat, könnte genau die Richtige dafür sein. *Johannes Kopp*

Kurzer Triumph

Als erste Deutsche ist Lisa Tertsch Triathlon-Weltmeisterin über die Kurzstrecke geworden

Staffel-Olympiasiegerin Lisa Tertsch hat sich als erste deutsche Triathletin den Weltmeistertitel über die Kurzstrecke gesichert. Im Finale der World Championship Series im australischen Wollongong holte sich die 26-Jährige ihren zweiten Saisonsieg und setzte sich noch an die Spitze des Gesamtklassements. „Ich kann es gar nicht glauben. Damit habe ich nicht gerechnet. Ich bin absolut überwältigt“, sagte die Darmstädterin.

Nach 1,5 Kilometern Schwimmen, 40 Kilometern Radfahren und 10 Kilometern Laufen lag sie im Ziel in 1:56:50 Stunden um 14 Sekunden vor der Italienerin Bianca Seregni und 26

Sekunden vor der Französin Emma Lombardi. In der Gesamtwertung verbesserte sie sich vom vierten auf den ersten Platz vor der Französin Leonie Periault und der Britin Beth Potter. „Ich habe nicht davon geträumt, sondern mich all die Tage nur auf mich konzentriert und darauf, was ich beeinflussen kann“, sagte Tertsch. „Natürlich wusste ich, was für Konstellationen möglich wären, aber dass sich das Rennen so entwickelt, hätte ich nie erwartet.“

Potter hatte vor dem letzten Rennen der Saison noch gemeinsam mit der Französin Cassandre Beaugrand in Führung gelegen. (dpa)

was alles nicht fehlt

Ein Fanprotest: Mit Transparenten haben sich die Anhänger des FC Bayern gegen eine Rückkehr von Ex-Fußballprofi Jérôme Boateng als Trainer-Hospitant ausgesprochen. Während des Spiels gegen Borussia Dortmund entrollten die Anhänger in der Münchner Arena drei Banner, auf denen zu lesen war: „Wer dem Täter Raum gibt, trägt seine Schuld mit – Boateng, verpiss dich!“, „Kein Platz für Charterschweine in unserem Verein – Kein Platz mehr für Boateng!“ und „Keine Bühne für Täter. Verpiss dich Boateng!“ Die Fans beziehen sich mit ihrem Protest darauf, dass Boateng 2024 vom Landgericht München I wegen vorsätzlicher Körperverletzung an einer Ex-Freundin schuldig gesprochen worden war.

Rechtsextreme Nähe: Stefan Kutschke, der Kapitän des Fußball-Zweitligisten Dynamo Dresden, steht erneut im Fokus wegen mutmaßlicher Kontakte in die Neonaziszene. Ein Foto auf Social Media dokumentiert aktuell seine Nähe zu einem Fitnessstudio mit Neonazi-Verbindungen. Von diesem Studio hatten sich Kutschke und Dynamo Dresden im Februar noch distanziert. Trotzdem posierten Ende September Kutschke mit seinen Mitspielern Tony Menzel und Jonas Oehmichen sowie Kevin E., Kurstrainer und Profi-Kampfsportler des besagten Fitnessstudios, bei einer Kampfsport-Veranstaltung. Dynamo Dresden teilte mit, die Spieler seien aus „rein sportlichem Interesse“ vor Ort gewesen.

bundes talk

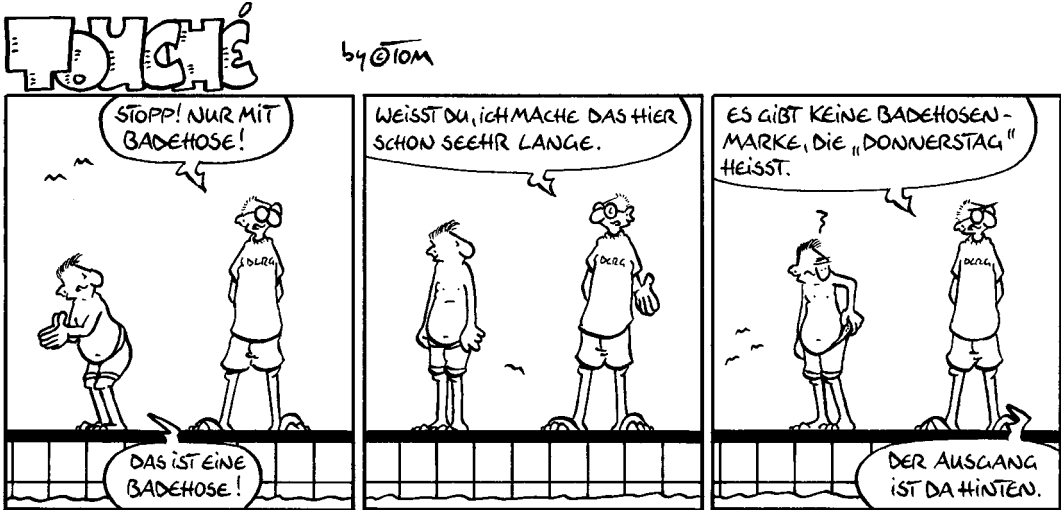
Wie überlebt Journalismus ohne Papier?

Zum Ende der gedruckten Werktagausgabe spricht Sabine am Orde mit Ulrike Winkelmann, Anne Fromm und Ann-Kathrin Leclerc über die Seitenwende – und darüber, was jetzt kommt.

Podcast hören:
www.taz.de/bundestalk

gurke des tages

Dass wird den Autoposern aber den Appetit auf Römm-Römm verderben: „Posern die Suppe versalzen“, wollte die Polizei Ulm am Sonntag. Was das wohl für eine Brühe war? Eine Flädlesuppe? Oder eine andere schwäbische Scheußlichkeit, die von den Ulmer Ordnungshütern nur für die Autoposer versalzen wurde? Also wir kennen nur Poseritzer Kartoffel-Sauerkraut-Suppe mit gebratener Rindsblutwurst. Auch im Leerlauf lecker. Die kochen wir gleich morgen. Mit extra ohne Salz.



das wetter

Der Nordpol

Seit Jahrmillionen, wenn nicht länger, wanderte der magnetische Nordpol jetzt schon umher, aber noch nie hatte er die kalten Regionen der Erde verlassen. Dann kam Gerlinde Meier! Sie hatte mit einer Kreuzfahrtsgesellschaft das Nordpolarmeer bereist, und als das Schiff exakt über dem magnetischen Nordpol ankerte und Frau Meier ihren Kompass zückte, war es um den Nordpol geschehen. Er verliebte sich unsterblich in sie

und folgte ihr übers Eismeer bis nach Norwegen und nach Hause in Gütersloh – und dann auf allen ihren Kreuzfahrten durchs Mittelmeer, durch die Ostsee, an die amerikanische Ostküste und auf ihrer Weltreise kreuz und quer um den Globus herum! Die Geophysiker und Ingenieure beschlossen schließlich, sämtliche elektrischen Maschinen, Geräte und Generatoren auf Gerlinde Meier zu eichen, das war das Einfachste.

Endlich gerecht

Das Bürgergeld wird abgeschafft. Da singen die Bürger Halleluja

Von Fritz Tietz

Als sie neulich die frohe Nachricht im Frühstücksfernsehen brachten, mischte sich in einer Küche im niedersächsischen Neu-Wulmstorf endlich wieder so etwas wie der Hauch einer Hoffnung in den morgendlichen Kaffeeduft. „Sie schaffen das Bürgergeld ab, Nickil“, rief Torben Hauschild, 45, Excel-Listen-Führer bei einem Hamburger Abwracker, und schwenkte triumphierend die Fernbedienung. „Endlich zieht wieder Gerechtigkeit ein in Deutschland!“ Nicole Hauschild, 33, die beruflich das Blut in einer Buxtehuder Schlachtereier aufwischte, sprang aus dem Bett. Das Nachthemd nur mal gerade so auf halb acht, entkorkte sie zum Frühstück den Schampus aus dem streng gehüteten Silvestervorrat. „Auf das Unwohl der Schmarotzer!“, prostete sie ihrem Mann zu, „endlich kriegen die Totalverweigerer ihr Fett weg.“ Und dann mussten beide lachen, so begeistert und so entrückt, dass die Nachbarn dachten, die Hauschilds hätten letztes Mal CDU gewählt. Hatten sie ja auch. Entsprechend beschwingt schritt Torben dann zu seinem Cupra – in der festen Überzeugung, dass ab diesem feinen Oktobermorgen alles wieder wie früher sein würde. Keine Staus mehr auf dem Weg zur Arbeit, keine Blitzer-Abzocke auf der B73, keine Lkws, die ihm am Außenspiegel knabbern. Schließlich hatten sie letzte Nacht das Bürgergeld abgeschafft – da musste doch ein Ruck oder wenigstens die alte Ordnung wie-

der spürbar werden als Folge der neuen Gerechtigkeit. Doch denkste. Schon nach drei Kilometern wieder ein einziges Bremslichtermeer. Ein Unfall dieses Mal Höhe Brutzelhütte. Dazu rote Welle, schleichende Pendler, besengte Radfahrer. Alles wie immer. So auch in der Firma: Dasselbe flackernde Neonlicht, dieselbe gedrückte Stimmung, derselbe olle Pumpkaffee. Dazu derselbe Chef, der immer Teamplaying sagt, aber Unterwürfigkeit meint. Und in der Kantine? Gab's wieder nur Geschnetzeltes an Gummireis. Am Wochenende dann checkte er sein Konto: 1.227,36 Euro – selbstverständlich im Soll. „Komisch“, dachte er, „alles wie immer.“ Auch sein Nachbar, Uwe Koplin, 59, Lkw-Fahrer im dritten Bandscheibenvorfall, hatte den Fernseher an besagtem Morgen lauter gedreht, als sie im „Morgenmagazin“ über das Bürgergeld-Aus berichteten. „Jetzt geht's bergauf“, ließ er seine Whatsapp-Gruppe wissen. Anschließend stand auch er auf der B73 nur wieder stumpf im Stau. Und an den nächsten Tagen wieder. Kein Vorwärtsskommen, kein Wohlstandsschub, kein höheres Leistungslevel – trotz so viel mehr Gerechtigkeit durch endlich weniger Stütze. Zur gleichen Zeit hatte nur ein paar hundert Kilometer südwärts, Nähe Bottrop, der Autohändler Dieter Malchow, 55, beschlossen, seinen Showroom ab sofort eine halbe Stunde früher zu öffnen: „Weil das Land ja jetzt wieder in Schwung kommt.“ Doch es passierte seitdem – genau nichts.

In Erfurt wartete die ganze Woche über Friseurin Nadine Spranger, 28, auf den großen Gerechtigkeitsschub. Auch sie hatte gehofft, dass endlich mehr Kundschaft kommt, „weil ja jetzt alle arbeiten müssen und Kohle machen“. Aber ihr Laden blieb leer. Der Fön summt ins Nichts, während sie sich selbst die Spitzen schnitt. Eine Woche nach dem Bürgergeld-Aus saß in Berlin CDU-Generalsekretär Carsten Linne-mann in seiner Dienstwohnung. Der von Geburt an Siebzäh-jährige mit dem pfiffigen Opel-Blitz-Gesicht war zufrieden zu-nächst mit dem Erreichten ge-wesen, sehr sogar. Doch dann machten sich zusehends Zweifel und Ratlosigkeit hinter seinen weit aufgerissenen Scheinwer-fern breit. Er hatte die Schlag-zeilen wohl gesehen: „Endlich Schluss mit der Hängematte!“ Genau das, wofür er mit sei-nem Kanzler gekämpft hatte. Doch als er seine Festgeldkonten checkte, sah er: alles wie immer. Auch die Goldbarren – im Bett-kasten sorgfältig aufgereiht – hatten sich die Woche über nicht vermehrt. Kein goldener Glanz der Genugtuung, nur das fahle Licht der Nachttischlampe. Draußen glänzten die regen-nassen Straßen im Licht der paar noch funktionierenden Laternen. Er trat ans Fenster. Nichts hatte sich verändert. Und schlimmer, Linnemann ahnte es längst: Gar nichts würde sich ändern. Nur das leise Plingpling der SMS-Nachrichten des Kan-zlers erinnerte ihn daran, dass Politik vielleicht doch mehr ist, als anderen das Leben möglichst schwer zu machen.

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie:>“para psychics“



Kerstin Brätsch, Transfusion; Change in the Manner of being, that's all (Nachleben), 2020–2022, Farbstift, Graphit und Collage auf Papier Foto: Andrea Rossetti

Ralf Sotscheck

Verdächtig runde Steine

Die kleine schottische Insel Easdale ist im vergangenen Monat von einem Skandal erschüttert worden. Bei den Weltmeisterschaften im Steinhüpfen oder Flitschen, bei dem man flache Steine so über ein Gewässer wirft, dass sie möglichst oft abprallen, bevor sie versinken, ist massiv betrogen worden. Die Regeln besagen, dass die Teilnehmer nur unbearbeitete Steine aus dem einheimischen Schiefer verwenden dürfen, aber der Organisator Kyle Mathews sagte, dass es „schändliche Taten“ gegeben habe. Einige der Teilnehmer hatten „verdächtig runde Steine“ verwendet. Sie hatten sie abgeschliffen, um ihre Sprungkraft zu verbessern. Mathews erklärte, dass die Teilnehmer künftig nur noch

vorselektierte Steine verwenden dürfen und ihnen dadurch die Freude an der eigenen Auswahl entgehen werde. Die Weltmeisterschaft findet seit 1997 auf der Schieferinsel statt. Easdale hat nur 60 Einwohner, aber in diesem Jahr kamen mehr als 2.200 Teilnehmer aus 27 Ländern zum Flitschen. Weltrekordhalter laut dem „Guinness-Buch der Rekorde“ ist seit 2013 ein Kurt Steiner, der wirklich so heißt, mit 88 Sprüngen, wobei er eine Distanz von fast 100 Metern überbrückte. Aber „Flitschgate“ ist nur die jüngste in einer langen Reihe von skurrilen Betrugsgeschichten in Sportarten, bei denen man solche Gemeinheiten nicht unbedingt erwarten würde – wie bei „Conkers“, dem in England beliebten Kastanienkampf.

Dabei schlagen die Teilnehmer mit einer zufällig ausgewählten Rosskastanie, die an einer Schnur hängt, abwechselnd auf die Frucht des Gegners ein. Wer die Kastanie des anderen zerstört, hat gewonnen. Voriges Jahr wurde der 82-jährige David „King Conker“ Jakins bei den Conker-Weltmeisterschaften in Northamptonshire des Betrugs verdächtigt, als man bei ihm eine bemalte Stahlkugel gefunden hatte, die einer echten Kastanie täuschend ähnlich sah. Er behauptete, er habe die Kastanie nur zum Spaß dabeigehabt. Beim Curling, bei dem ein Wettkämpfer den Spielstein auf dem Eis anschiebt und andere wie Derwische fegen, um den Lauf des Steins zu beeinflussen, würde man nicht unbedingt Doping vermuten. Aber

eine kanadische Nationalspielerin wurde auf eine leistungssteigernde Droge positiv getestet, die sie wie auf Speed hatte fegen lassen. Auch beim Angeln wird gern geschummelt. Ein Matthew Clark gewann vor einigen Jahren das Turnier des „Guernsey Bailiwick Bass Club“, als er einen fast 14 Pfund schweren Barsch fing. Doch dem Zweitplatzierten kam Clarks Fang wegen der Markierungen am Kopf bekannt vor. Er hatte das nasse Tier im örtlichen Aquarium kennengelernt. Als er im Aquarium nachschaute, fand er das Barschbecken leer. Clark hatte den Fisch nicht nur gestohlen, sondern ihn nach dem Sieg auch an einen Händler verkauft, so dass das Aquarium nur den Kopf und die Schwanzflosse zurückbekam.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.) Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen: Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0 Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0 Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl Anzeigen: Dieter Schwengler, Sönke Tümmeler Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin Regionaltel Nord: Jan Kahleke | Hamburg LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de Fax: 030 | 25 902 516

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21 Tel.: 030 | 25 902 314 E-Mail: anzeigen@taz.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

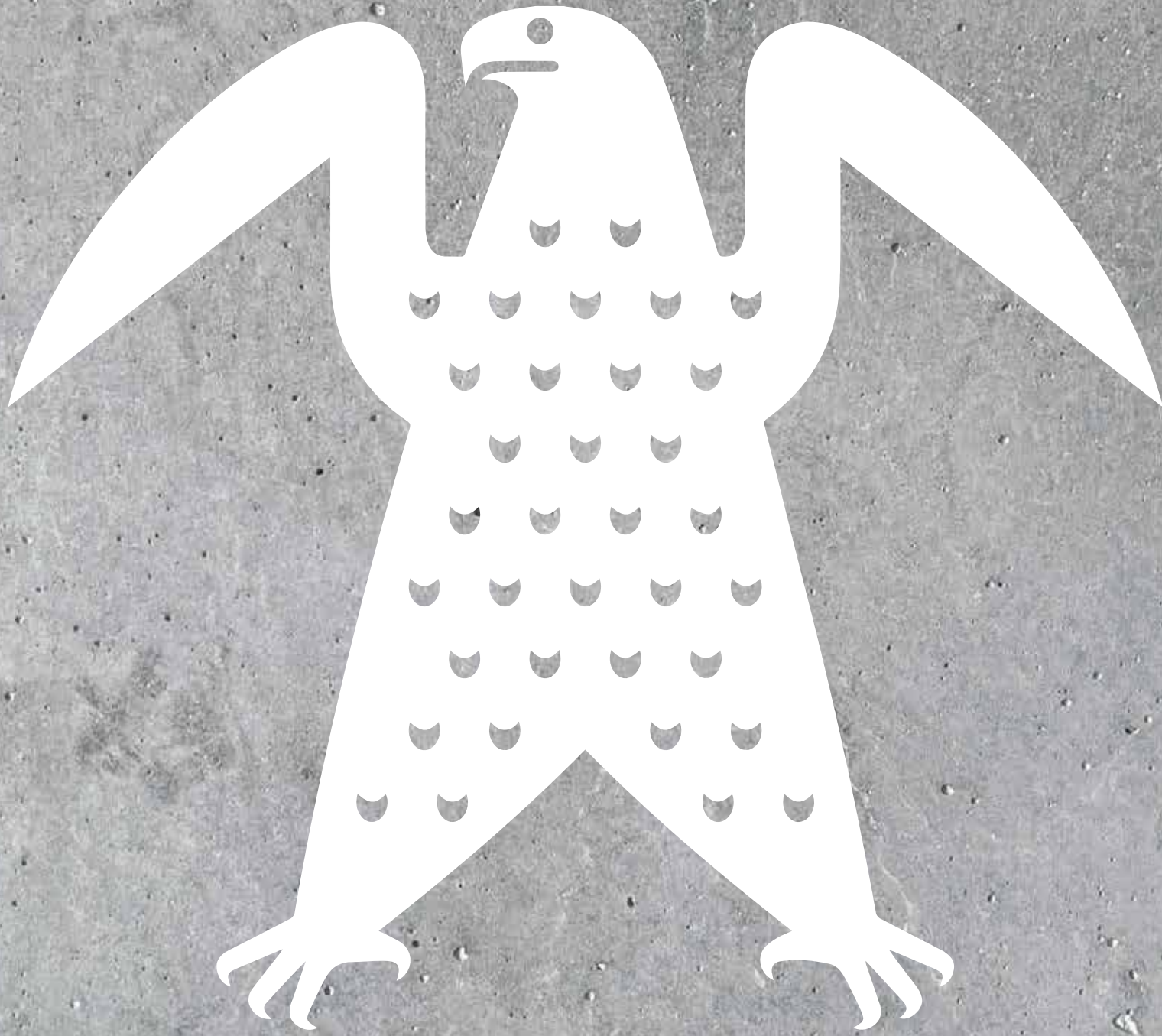
Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg | Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/ Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590 9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr. Fax: 030 | 2 59 02-680 E-Mail: abo@taz.de Abo-Nummer nicht vergessen! Mtl. Mindestpreis digital 22,40 €



bundes **talk** 



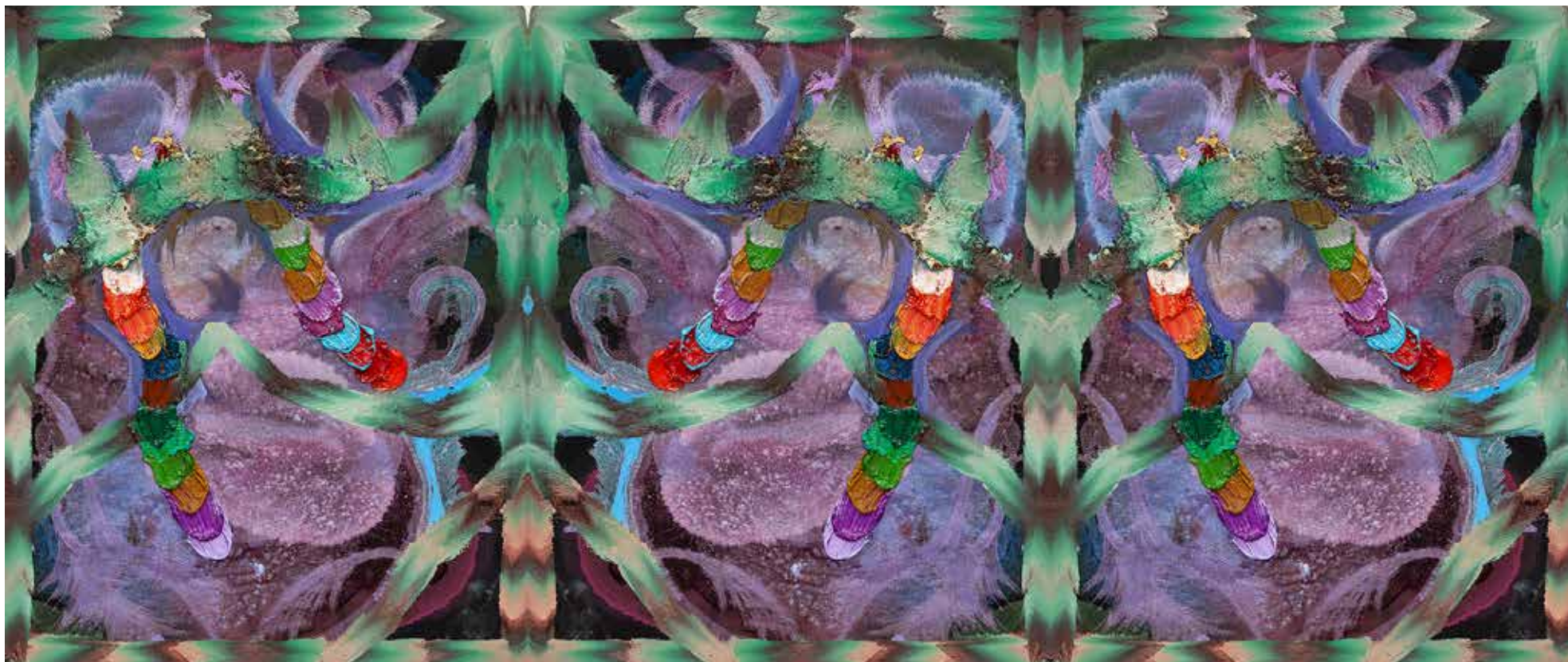
bundestalk

Wie überlebt Journalismus ohne Papier?

Zum Ende der gedruckten Werktagsausgabe spricht **Sabine am Orde** mit **Ulrike Winkelmann**, **Anne Fromm** und **Ann-Kathrin Leclere** über die Seitenwende – und darüber, was jetzt kommt.

Jetzt hören!

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie>„M 3 TARorschach“



Kerstin Brätsch, M 3 TARorschach, 2024, variable Maße

„Es braucht die Vergesellschaftung“

Eine soziale Mietenpolitik ist Bedingung für eine Regierung mit der Linken, sagt Elif Eralp, die Spitzenkandidatin der Partei für die Abgeordnetenhauswahl. Berlin solle zum Gegenmodell zu unsozialer Politik und zum Rechtsruck werden

Interview Erik Peter und Susanne Memarnia

taz: Frau Eralp, überall ist die politische Rechte auf dem Vormarsch. Glauben Sie wirklich, dass Berlin eine Linke zur Bürgermeisterin wählen wird?

Elif Eralp: Die Chance besteht! Viele in Berlin machen sich große Sorgen angesichts des Rechtsrucks. Und viele haben das Gefühl, dass diese Stadt zunehmend nur noch für die funktioniert und bezahlbar ist, die sich teure Eigentumswohnungen und Privatschulen leisten können, und dass dieser Senat daran nichts ändert. Deswegen, glaube ich, gibt es ein Zeitfenster und die Chance dafür, dass Berlin Gegenmodell zu der unsozialen Politik und zum Rechtsruck wird.

taz: Woran machen Sie eine Wechselstimmung fest? Größere Proteste gibt es nicht und die CDU führt in allen Umfragen.

Eralp: Zum einen: Es ist das dringende Anliegen der Berlinerinnen und Berliner, dass die Mietenfrage angegangen wird. Das hat sich ja schon darin gezeigt, dass 60 Prozent der Vergesellschaftung von großen Wohnungsunternehmen zugestimmt haben. Zum anderen: Viele Menschen haben nicht die Kraft und die Zeit, auf der Straße zu gehen. Sie haben einen harten Alltag, hetzen von Arbeit zu Kinderbetreuung und müssen dann abends vielleicht auch noch Papierkram erledigen. Deswegen wundert es mich nicht, dass die Wechselstimmung sich nicht jeden Tag auf der Straße zeigt. Drittens gibt es ja die Antikürzungsproteste: Die sozialen Träger, die organisierten Beschäftigten, die Gewerkschaften sind jede Woche auf der Straße, weil sie total unzufrieden sind. Überall, wo ich hingehe, sagen die Leute: Diese unsoziale, ausgrenzende und polarisierende Politik muss endlich aufhören.

taz: Was wären die drei wichtigsten Projekte, die Sie in einer

Regierung angehen würden?

Eralp: Ich würde als Allererstes einen Mietendeckel für die landeseigenen Wohnungen einführen – den hatten wir ja früher, aber der jetzige Senat hat ihn gekippt. Dann würde ich sofort eine Taskforce im Roten Rathaus einsetzen, die sich um Mietwucher, um dreiste Vermieter, um illegale Vermietungspraktiken kümmert. Und wir wollen mit einem kommunalen Wohnungsbauprogramm mindestens 7.500 Sozialwohnungen jährlich bauen.

taz: Sie konzentrieren sich monothematisch auf Mieten?

Eralp: Es geht um das große Thema der sozialen Stadt. Dazu gehören nicht nur die Mieten, sondern auch ein funktionierender ÖPNV, Schulen, in denen nicht der Putz abblättert und Stunden wegen Personalmangels ausfallen, dazu gehören Klimaschutz, Teilhabe und das Ende von Ausgrenzung und Diskriminierung.

taz: Ist es ein Nachteil, dass Sie bisher noch nicht so bekannt sind wie andere Kandidaten? Wie wollen Sie das ändern?

Eralp: Ich muss jetzt zeigen, dass ich für die ganze Stadt da bin. Ich werde jetzt natürlich überall hingehen, in jede Platte, in alle Bezirke, mit den Leuten ins Gespräch kommen und mich bekannt machen. Aber das muss nicht unbedingt ein Nachteil sein – denn ich habe auch noch keine Menschen enttäuscht (*lacht*).

taz: Sie betonen, dass Sie in einer ganz normalen Wohnung wohnen, ihre Kinder auf eine normale Schule gehen. Ist das nicht eine Selbstverständlichkeit für Linke? Boshafte Zungen könnten das populistisch nennen.

Eralp: Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit für alle Politiker und Politikerinnen sein, dass sie nicht abgehoben sind, sondern nah dran sind an den Leuten und ihren alltäglichen Problemen. Aber dieser

Senat unter Kai Wegner scheint die sozialen Realitäten in unserer Stadt nicht zu kennen, denn die Politik, die er macht, ist gegen die Menschen. Ich glaube, die Menschen sehnen sich nach Politikerinnen und Politikern, die ihre Perspektiven vertreten – und ich glaube, dass ich das gut kann.

taz: Haben Sie vor, Ihr Bürgermeister-Gehalt, das sind 212.000 Euro im Jahr, zu begrenzen?

Eralp: Uns geht es darum, dass wir mit unseren Diäten soziale Initiativen unterstützen und dafür Geld zur Verfügung stellen. Das mache ich aktu-

„Ich habe zeit meines Lebens erfahren, was es heißt, wenn man nicht die gleichen Rechte hat“

ell und werde es weiterhin tun. Ich habe einen Sozialfonds, aus dem ich Geld auszahlen kann über eine Sozialsprechstunde. Und wir haben unseren Fraktionsverein. Diesen Monat bin ich Patin beim Kinderkulturmonat, der ja leider auch von Kürzungen betroffen ist. Insofern finde ich das sehr wichtig, egal in welcher Funktion, dass wir alle unseren Beitrag leisten.

taz: Als Linke, die an die Macht will, müssen Sie neue Wählerschichten erschließen. Aber wenn Sie nur den Grünen und der SPD Stimmen wegnehmen, hilft das ja nicht für eine mögliche Koalition. Wie wollen Sie CDU-, BSW- oder Nichtwähler für sich gewinnen?

Eralp: Ich will, dass wir einen Fokus auf Nichtwähler legen. Das haben wir auch in den letzten Wahlkämpfen versucht. Wir sind gezielt dahin gegangen, wo die Wahlbeteiligung besonders niedrig war vor allem in große

soziale Wohnraumsiedlungen, aber nicht nur. Dort haben wir an jeder Tür geklingelt. Wir haben nach den konkreten Sorgen der Menschen gefragt, uns damit auseinandergesetzt, dass der Fahrstuhl wieder nicht geht, uns zu hohe Heizkostenabrechnungen angesehen und dann auch Beratungs- und Hilfsangebote vermittelt. Das merken sich die Leute.

taz: Repräsentieren Sie als Mitglied der Bewegungslin-ken nicht jenen Teil der Linken, der gar nicht unbedingt Regie-rungsverantwortung anstrebt?

Eralp: Ich stehe für die Partei in ihrer Gänze und kann sowohl die bisherigen Mitglieder als auch die vielen, vielen Neumitglieder vertreten. Wie schon im Bundestagswahlkampf gilt für uns: Wir wollen nicht vor allem regieren, sondern wir wollen verändern. Wir werden dann ins Rote Rathaus oder den Senat gehen, wenn wir für die Menschen Verbesserungen erzielen können, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren sind. Das erwarten die Menschen auch von uns, weil sie sich reale Veränderungen erhoffen.

taz: In einer Regierungskoalition werden Sie um Kompromisse nicht herumkommen. Gibt es für Sie No-gos?

Eralp: Natürlich muss man immer Kompromisse eingehen, das ist klar. Aber zentral ist für uns die Mietenfrage. Das heißt, es braucht die Vergesellschaftung und es braucht weitere mietenpolitische Maßnahmen.

taz: Deutsche Wohnen und Co Enteignen hat angekündigt, ein neues Volksbegehren zu starten. Was würden Sie also tun? Abwarten, bis es zum erneuten Volksentscheid kommt oder das Gesetz einfach umsetzen?

Eralp: Erstens finde ich es richtig, dass sich die Initiative nicht auf die Politik verlässt. Man sieht ja, dass das nicht funktioniert hat: Das Vergesellschaftungsrahmengesetz von Schwarz-Rot ist ja nur Verzöger-

ungstaktik. Aber zweitens ist es natürlich unsere Aufgabe als Linke, eigentlich aller demokratischen Parteien, diesen Volksentscheid umzusetzen – ergitt! Das heißt, wir müssen selber ein Gesetz vorlegen, natürlich in Kooperation mit der Initiative und Mieter:innen und anderen Miet-Initiativen in dieser Stadt.

taz: Wie groß ist Ihre Fantasie, dass SPD und Grüne da mitziehen?

Eralp: Auch SPD und Grüne haben öffentlich bekundet, dass das Mietenthema ein zentrales Thema ist. Es wäre auch absurd, wenn jemand das anders sehen würde. Und beide Parteien haben Parteitagebeschlüsse, die die Umsetzung des Volksentscheids vorgeben – also erwarte ich, dass SPD und Grüne ihre eigenen Beschlüsse ernst nehmen.

taz: Ein Großteil der bisherigen Linken-Abgeordneten wird dem nächsten Abgeordnetenhaus nicht mehr angehören. Wie sehr ist das ein Nachteil, um für die Wähler:innen und die potentiellen Koalitionspartner als regierungsfähig zu gelten?

Eralp: Da mache ich mir keine Sorgen, denn wir haben viel Erfahrung und Expertise in der Partei, mit den Abgeordneten, die bleiben, mit unseren Stadträten in den Bezirken, aber auch mit all jenen, die schon wichtige Funktionen ausgefüllt haben.

taz: Wie soll die Stadt ihre Einnahmen erhöhen?

Eralp: Wir prüfen derzeit eine Luxusvillensteuer. Wer sich für mehr als 4 Millionen Euro eine Wohnung oder ein Haus leisten kann, kann auch eine stärkere Verantwortung für die Stadt übernehmen. Eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf Brandenburger Niveau würde jährlich etwa 70 Millionen Euro mehr einbringen. Auch sollte eine Steuer auf unbebauten Boden erhoben werden, um Spekulation zu verhindern. Und wir brauchen eine Erhöhung der Anwohner-Parkgebühren, die in

Berlin so günstig sind wie nirgendwo sonst in Deutschland und derzeit nicht mal die Verwaltungskosten decken.

taz: Was hat Sie politisiert?

Eralp: Als Kind von Eltern, die vor meiner Geburt nach Deutschland geflüchtet sind, habe ich Zeit meines Lebens erfahren, was es heißt, wenn man hier nicht die gleichen Rechte hat. Wir mussten um das Asylverfahren kämpfen, wurden in einer Ein-Zimmer-Sozialwohnung mit Schimmel an der Decke untergebracht, hatten immer wieder auch Ärger mit Behörden. Neben diesen sozialen Fragen haben mich auch Fragen von Ausgrenzung und Rassismus stark beeinflusst. Während meiner Kindheit gab es die Anschläge von Mölln oder Solingen und in unseren Communities ging die Angst um, wer jetzt als nächstes dran ist. Schon zu Schulzeiten war für mich klar, dass ich Menschenrechtsanwältin werden möchte.

taz: Erinnert Sie die Situation heute an die 1990er Jahre?

Eralp: Ja, es gibt wieder diese „Das Boot ist voll“-Rhetorik und die Täter-Opfer-Umkehr, als wären die Menschen, die zu uns kommen, Schuld an der Rechtsentwicklung und an gewalttätigen Neonazis. Damals gab es dann den sogenannten Asylkompromiss, heute GEAS [Gemeinsames Europäisches Asylsystem – d. Red.] oder das Sicherheitspaket. Aber ich habe trotzdem Hoffnung: Die Proteste nach der Correctiv-Recherche oder nach der Zusammenarbeit der CDU mit der AfD waren die größten seit Jahrzehnten.

taz: Haben Sie politische Vorbilder?

Eralp: Schon in meiner Jugend waren das Angela Davis und Rosa Luxemburg.

Elif Eralp wurde 1981 in München geboren. Die Anwältin sitzt seit 2021 im Abgeordnetenhaus und soll Bürgermeisterkandidatin der Linken werden.

Für die Autobahn ist gegen Berlin

Die Raddemo gegen den Ausbau der Stadtautobahn A100 war gut besucht. Laut Innenverwaltung nehmen die Stauprobleme ab

Von **Claudius Präßer**

„Was ich gerne hätte? Autofreie Städtel!“, schallt es über die Sonnenallee, wo sich am Samstagmittag Hunderte DemonstrantInnen – die meisten mit Fahrrädern – auf der Hatun-Sürücü-Brücke über die A100 versammelt haben. Sie warten darauf, von der Polizei auf den neuen Autobahnabschnitt gelassen zu werden und bis zur Anschlussstelle Treptower Park zu rollen.

Ihr Protest unter dem Motto „Wir setzen der A100-Irrfahrt ein ENDE“ richtet sich gegen den geplanten Weiterbau der Betonschneise über die Spree nach Friedrichshain, aber auch gegen den Betrieb des vor zwei Monaten eröffneten Teilstücks. Denn weil die neue Eisenbrücke immer noch nicht fertig ist, kommt es in Treptow täglich zu teils massiven Staus.

Die Stimmung ist gut, obwohl Bundes- und Landespolitik in Sachen Autobahn kein Halten zu kennen scheint. Vielleicht kippt ja die allgemeine Stimmung, wenn der Volksentscheid Berlin autofrei erfolgreich sein sollte? Ein Sprecher der Initiative, die zusammen mit anderen Organisationen im Bündnis „A100 wegbassen“ zur Demo aufgerufen hat, sagt ins Mikrofon, er freue sich, die Autobahn „endlich einmal für etwas Sinnvolles“ zu nutzen, nämlich ein Signal gegen die herrschende „Auspuffpolitik“. Die sei in Berlin unter Verkehrssenatorin Ute Bonde und ihrer Vorgängerin Manja Schreiner (beide CDU) geprägt von „Verzögerungstaktik, Kürzungen und schiefen Prioritäten“.

Ein Redner von der Interventionistischen Linken (IL) hebt das Problem auf die Ebene des Klassenkonflikts: „Diese Autobahn ist keine Entlastung für die Lohnarbeitenden, die morgens und abends im Stau stehen, oder für die überfüllten Busse und S-Bahnen.“ Auch Gesundheits-, Sport- oder Kulturangebote ließen sich so nicht besser erreichen. Profiteure von Projekten wie der A100 seien lediglich die Bau- und die Autoindustrie. Fazit: „Wer für diese Autobahn und ihren Ausbau ist, ist gegen Berlin.“

Als die Zufahrt geöffnet wird, wird langsam losgeradelt, dann noch langsamer,

dann wird sehr lange gestanden. Als es dann doch weitergeht, kann irgendwann nur noch geschoben werden. Ein wenig fehlen bei diesem Protest die RezipientInnen: Nur ein paar Fußgänger können von einer Brücke aus die beachtliche Menge sehen. Autos dürfen auch auf der Fahrbahn in Gegenrichtung nicht fahren.

Eine parlamentarische Anfrage hat derweil ergeben, dass Innenverwaltung und Polizei der teils chaotischen Verkehrssituation rund um die Anschlussstelle keine allzu große Aufmerksamkeit zu widmen scheinen. Die verkehrspolitische Sprecherin der Grünenfraktion Antje Kapek hatte wissen wollen, wie viele Ordnungswidrigkeitenverfahren seit Freigabe der neuen Anschlussstelle wegen Blockierens von Kreuzungen und unerlaubten Befahrens der Busspur eingeleitet wurden.

Antwort: unbekannt. Eine Erfassung sei noch nicht erfolgt, heißt es. Für Kapek unverständlich: „Jetzt kapituliert auch noch die Polizei vor dem Chaos rund um die A100-Verlängerung“, sagt sie. „Anstatt für Sicherheit zu sorgen und belastbare Daten zur Situation zu erheben, lässt man die Situation einfach laufen.“

Aus der Antwort auf die Anfrage geht allerdings auch hervor, dass die Innenverwaltung die Situation schon für „deutlich entspannt“ hält. Durch die Erweiterung der Busspur zwischen den Straßen Am Treptower Park und Puschkinallee sowie angepasste Ampelanlagen sei „kein Rückstau im Einmündungsbereich mehr festzustellen“. Nur an den beiden Knotenpunkten mit der Eisenstraße komme es „noch vereinzelt“ zu Beeinträchtigungen, weil AutofahrerInnen die Kreuzung nicht räumen.

Und auch die BVG teilt der taz auf Anfrage mit, dass die Maßnahmen „in Teilen bereits zu Verbesserungen geführt“ hätten: „Vor allem außerhalb der Hauptverkehrszeiten fließt der Verkehr deutlich besser.“ Die Verspätungen der Buslinien zu den Spitzenzeiten hätten sich „leicht reduziert“, blieben aber „für die Fahrgäste spürbar“. Man stehe „im konstruktiven Austausch mit den Behörden, um weitere Verbesserungen zu realisieren“.

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie>„M 3 TARorschach“



Kerstin Brätsch, M 3 TA Rorschach, 2024, variable Maße

Dem Platz eine Bühne

Der Mehringkiez gilt als Ort der Probleme. Bei einem Nachbarschaftstreffen im Hebbel am Ufer zeigen sich Solidarität und Talente der Bewohner:innen

Von **Gabrielle Meton**

Jenin und Ines stehen in der Mitte des Mehringplatzes. Nicht der echte Platz, auf dem sie aufgewachsen sind, sondern seine durch Klebestreifen am Boden und Schilder nachgebildete Version im Haus 2 des Theaters Hebbel am Ufer. Sogar die große Uhr, die Apotheke und der Eingang zur U-Bahn an beiden Enden des Saals wurden aus Karton und Papier rekonstruiert. Die „Wiese“ soll bei der Mehringkiez-Nachbarschaftsfeier von den Gästen mit buntem Krepppapier in den Bastel-Workshops mitgestaltet werden.

Auf der Bühne im hinteren Teil des Platzes schieben sich die Kinder der Kurt-Schumacher-Schule hastig das Mikrofon zu, um die Fragen des Publikums zu beantworten. Zur Eröffnung des Fests wurde ihr Kurzfilm „Die Stadt hinter den Augen“ ausgestrahlt. Kaum ist der Applaus verklungen, stürmen die jungen Schauspieler Abbas und Assaq ins Foyer und stürzen sich auf die Nutella-Waffeln und das Popcorn.

Den beiden 12-Jährigen gefallen vor allem die Spezialeffekte des Films und der Dreh an einem Ort ihrer Schule, den sie bisher nur aus der Ferne kennen: die Baustelle. Sie ist fast so alt wie die Schüler selbst: Seit 2012 befindet sich die Schule in einem provisorischen Zustand, da es an Brandschutz fehlt. Die Schüler mussten jahrelang in

Horträume ausweichen. Vergangenes Jahr demonstrierten die Kinder sogar mit ihren Eltern, damit der Bau endlich abgeschlossen wird. Bis heute gibt es immer wieder zu Platzmangel.

Jenin erinnert sich an ihre Zeit an der Galilei-Schule, damals „Konkurrentin“ der Kurt-Schumacher-Schule. „Wir hatten ein Schwimmbad und eine Sporthalle. Die von der Kurt-Schumacher mussten immer bei uns Sport machen! Wir waren cooler“, erzählt sie und

„Ich bin froh, genau dort aufgewachsen zu sein“

Jenin, Bewohnerin

lacht. Die 20-Jährige aus dem Mehringkiez schätzt das „Heimatgefühl“, das sie überkommt, wenn sie nach draußen geht und garantiert jemanden trifft, den sie kennt. Auch das Zusammenhalten und die Hilfe, die sie in ihrer Nachbarschaft erlebt, wenn die Kinder nach der Schule zur Kreuzberger Musikalischen Aktion e. V. gehen, machen des Kiez für sie aus.

Mit einer Flasche Traubensaft in der Hand unterhält sich Lisa vor dem Theater mit den Gästen der Feier. Der Auftritt der fünf etwa zehnjährigen Mädchen aus ihrem Hip-Hop-Workshop „Sisterhood“ begeisterte das Publi-

kum im Theater Hebbel am Ufer. Seit vier Jahren leitet die Gründerin der Rapperinnengruppe Sisterqueens Rap-Workshops für Kinder.

Im Kiez fühlt sich die Neuköllnerin als willkommener Gast. Die Bewohner*innen seien herzlich und gastfreundlich. „Der Mehringkiez ist nicht so groß. Es geht eher in die Höhe“, scherzt die junge Frau mit den blau gefärbten Haaren. In die Tiefe geht es auch, wenn es um die persönlichen Hintergründe der Frauen geht, mit denen sie arbeitet. „Es gibt Migrationsgeschichten über Generationen hinweg ... Viel Kultur, kollektives Gedächtnis auch.“

Zwischen rassistischen Erfahrungen und der Enge der Schule – Jenin mimt mit ihren Händen einen schmalen Durchgang – seien kreative Projekte ein Freiraum für die Fantasie der Jugendlichen. Bereits vor drei Jahren erzählte Jenin auf der Bühne des Theaters die Geschichte hinter ihrem Namen. Ihr Großvater war nur wenige Monate alt, als er aus der palästinensischen Stadt Jenin fliehen musste, bevor er nach Deutschland kam. Seitdem bewahrt er alle seine Dokumente und den Schlüssel zu seinem Haus auf. Jenin fragt sich, ob sie diesen Schlüssel irgendwann verwenden wird. Und ob ihr Großvater das noch miterleben darf.

In einer Ecke des Raumes liegen orangefarbene, schwarze und grüne arabische Kalligra-

fien auf dem Boden und warten darauf, zu trocknen. Auf dem Tisch des Künstlers stapeln sich die Tintenflaschen neben den Zeichnungen mit der strahlenden arabischen Kursive. Ziad Sheno beschäftigt sich ununterbrochen damit, die Vornamen der Fei ergäste aufzumalen. Als der Nachmittag zu Ende geht, fehlt ihm die Zeit, um den Vornamen einer letzten Nachbarin zu schreiben. Er zieht eine Kalligrafie aus seinem Papierstapel und hält sie ihr entschuldigend hin. „Farah“ steht darauf – „Freude“ auf Arabisch.

Im Saal des Hebbel am Ufer werden zwischen den Klebestreifen auf dem Boden bunte Gummis geklebt – mehr Blumen als auf der Wiese des echten Mehringplatzes. „Ich bin froh, genau dort aufgewachsen zu sein“, sagt Jenin. Wie in allen Nachbarschaften gäbe es auch dort Probleme und Auseinandersetzungen. Auch jahrelange Bauarbeiten, wie überall in Berlin.

Aus der Vielfalt der Geschichten und Kulturen entstehe jedoch etwas Neues. Und ja, vielleicht haben manche Familien nicht so viel Geld wie anderswo. Deshalb sind solche Treffen, von Konzerten über Orangenkuchen und Kaffee bis hin zu Workshops, kostenlos. Offen für alle, auch für diejenigen, die nicht vom Mehringplatz kommen. Denn „es gibt viele runde Plätze in ganz Berlin. Oder auch auf dieser Welt.“

taz

fernverbindung

Der neue taz Podcast

Gespräche um den Globus

Ob Proteste im Iran oder Regionalwahlen in Italien – im neuen Podcast **taz Fernverbindung** sprechen die taz Redakteur*innen wöchentlich mit einer taz Korrespondent*in über das Auslandsthema der Woche.

Moderiert von: **Judith Poppe, Anastasia Zejneli, Tanja Tricarico, Fabian Schroer und Leon Holly**

Hier hören: taz.de/fernverbindung

Kurzzeitig leben im Bierpinsel

Aktivist:innen haben am Samstag den „Bierpinsel“ besetzt. Dann sorgt die Polizei für erneuten Leerstand

Von **Nicolai Kary**

Samstagmorgen 4:30 Uhr in einem Park nahe der Schlossstraße in Steglitz. Letzte Lagebesprechung, bevor sich die schätzungsweise rund 20-köpfige Gruppe auf den Weg macht. Sie alle sind vermmumt, haben Rucksäcke mit Verpflegung dabei. Eine Aktivistin zeigt der Gruppe noch eine Atemübung, um auch in hektischen Situationen möglichst Ruhe bewahren zu können. Doch noch ist hier alles ruhig. Nur wenige Passant:innen sind unterwegs, Im „Pia Beef Kebab“ an der U-Bahn-Station Schlossstraße wird noch aufgeräumt.

Dann geht alles ganz schnell.

Mucksmäuschenstill und geschlossen bewegt sich die Gruppe in Richtung des sogenannten „Bierpinsels“, ein rund 47 Meter hoher bauchiger Betonklotz, der auch als „Steglitzer Pinsel“ bekannt ist. Unbemerkt verschwinden die Aktivist:innen in dem Gebäude. Die Eingangstür verschließen sie hinter sich. Nur die taz bleibt draußen.

Der Bierpinsel in Steglitz gelte als „Pleitebau“, heißt es in einer Pressemitteilung der Gruppe. Seit 2002 habe der „Bierpinsel“ „ständig wechselnde Besit:innen“ sind unterwegs, Im „Pia Beef Kebab“ an der U-Bahn-Station Schlossstraße wird noch aufgeräumt. Dann geht alles ganz schnell.

nun ein „selbstverwaltetes Gemeinschaftszentrum“ eröffnen.

Erbaut wurde der „Bierpinsel“ zwischen 1972 und 1976. In den 1980er und 1990er Jahren wurde das Gebäude gastronomisch genutzt, auch ein Hotel war mal darin. Seit mehr als zwei Jahrzehnten steht es nun aber vor allen Dingen leer. Gründe dafür sind Rohrbrüche, Asbestfunde und Brandschutzbestimmungen. Seit 2021 gehört das Gebäude der ImmoMa GmbH von Götz Fluck. Gekostet hat es rund 2,7 Millionen Euro. Fluck träumt nun auch wieder von einem Gastronomiebetrieb, auch Büros und eine Außenstelle der Freien Universität ist angedacht. Passiert ist bisher al-

lerdings gar nichts. Kritiker:innen allerdings sprechen mit Blick auf den „Bierpinsel“ auch von „spekulativem Leerstand“.

Nachdem die Aktivist:innen die Besetzung am Mittag öffentlich machen, Pyrotechnik zünden und Plakate heraushängen, rückt die Polizei schnell an. Ihr zufolge seien mehrere Menschen rechtswidrig und gewalt-sam in den „Bierpinsel“ eingedrungen. Sie hätten dort die Zugangsbereiche verstellt und so präpariert, dass die Einsatzkräfte mit Spezialwerkzeug anrücken mussten. „Im und am Objekt haben wir insgesamt 15 vermummte Personen festgenommen“, teilte die Polizei am Abend auf der Plattform X mit.

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie>„M ☹ TARorschach“



Kerstin Brätsch, M ☹ TA Rorschach, 2024, variable Maße Foto: Andrea Rossetti

„Den Diskursraum wieder öffnen“

Layouter Uli Küsters war fast von Anfang an beim linken Tageszeitungsprojekt taz dabei – und ist es bis heute. Ein Gespräch über die Sinnentleerung des KI-gestützten Layoutens, die wilde Vergangenheit und warum die taz wieder linksradikaler werden sollte

Interview **Andreas Hergeth**

taz: Uli, wir sind seit elf Jahren Kollegen und haben schon oft für die Berliner Lokalseiten zusammengearbeitet. Du arbeitest noch immer im Layout. Wie lange schon?

Uli Küsters: Seit dem 1. Dezember 1978. Also nicht von Anfang an, die erste Ausgabe der taz kam ja am 22. September 1978 heraus. Die taz hatte sich nach dem Tunix-Kongress in West-Berlin als selbstverwaltetes Projekt gegründet.

taz: Man könnte also sagen, dass Du einer der ersten tazler bist.

Uli Küsters: Ja. Aber die ersten zwei oder drei Nullnummern wurden noch in Frankfurt/Main produziert. Damals ging es darum, ob Frankfurt oder Berlin der Standort der taz sein sollte. Ich bin damals davon ausgegangen, dass die taz nach Berlin geht, weil die Berlinzulagen, also Subventionen, gelockt haben. So kam es ja auch. Mit der dritten Nullnummer ging es in der Watt-

straße in Wedding los.

taz: Wie viele Leute wart Ihr damals?

Uli Küsters: Die genaue Anzahl weiß ich nicht mehr, über den Daumen gepeilt allerhöchstens 60.

taz: Heute sind wir viel mehr. Wie habt ihr damals im Layout gearbeitet? Computer gab es bei euch noch nicht.

Uli Küsters: Ich habe in der Technik angefangen, eigentlich durch Zufall und über meinen leider schon verstorbenen Kollegen Georg Schmitz, der in den frühen taz-Jahren Texte mit seinen Sätzer-Bemerkungen geschmückt hat. Georg sagte zu mir: Stell dir vor, die wollen alle in die Redaktion, so kriegen wir doch keine Zeitung rausgebracht. Wir brauchen Leute in der Technik.

taz: „Technik“ klingt nach Bleisatz?

Uli Küsters: Bleisatz hatten wir am Anfang nicht. Damals war der Fotosatz die technische Revolution. Damit fing, so kann man sagen, die Computerisierung der Zeitungsherstellung an. Fo-

tosatz war mal das Modernste, heute würde man sagen: Steinzeit.

taz: Ich kenne ein paar Geschichten von früher. Es gab wilde Partys, während der Arbeit wurden Joints geraucht ... War das wirklich so? Heute kaum vorstellbar, wir tazler sind braver geworden.

Uli Küsters: Ja, das war so. Auch die Polizei war öfter zu Besuch. Die taz war eine linksradikale Zeitung, die sie heute nicht mehr ist. Das waren die RAF-Zeiten, da waren der Staat und seine Organe übersensibilisiert. Bei dem kleinsten Mückenschiss ist die Staatsmacht ausgerückt, um zu gucken, ob die taz nicht irgendeine Nachricht von der RAF bekommen hat. Damals, gerade auch nach dem heißen Sommer 1977, gab es ja weitere Anschläge von der RAF.

taz: Lange her, die Zeiten haben sich geändert. Jetzt hat die taz ihre werktägliche Druckausgabe eingestellt. Ein epochaler Wandel. Wie siehst du den Abschied von Print unter der Woche?

Uli Küsters: Es ist halt so. Wie steht man zu einem immer höheren Grad von Technologisierung? Letztendlich läuft es auf Robotisierung und KI hinaus. Dabei fällt einer der Grundpfeiler einer Zeitungsherstellung weg, nämlich das kreative Layout. Das macht jetzt die KI, wir benutzen sogenannte Smart Templates. Dadurch wird die Zwischenmenschlichkeit, das soziale Miteinander weiter beschnitten. Das verstehe ich als Sinnentleerung.

taz: Du hast auch als Rentner bis zuletzt Schichten im Layout übernommen, bist jetzt auch bei den letzten werktäglichen Printausgaben der taz dabei gewesen. Deine Arbeit als Layouter wird nicht mehr gebraucht. Du arbeitest aber weiter in der taz.

Uli Küsters: Ich kann es ganz offen sagen: Nach 45 Jahren taz und einer 5-Tage-Woche ist die Rente nicht gerade üppig. Also muss ich noch dazuverdienen. Deswegen bin ich noch hier und wechsle bald in die Korrektur.

taz: Wenn du der taz etwas für die Zukunft wünschen könntest, was würdest du uns allen mit auf den Weg geben?

Uli Küsters: Dass die taz den gesellschaftlichen Diskursraum wieder öffnet. Dass die taz auch Meinungen wiedergibt, die nicht dem politischen Mainstream entsprechen. Meinungen, die sonst kein Gehör finden, weil die gesellschaftlichen Zeiten ja alles andere als rosig sind. Wir stehen vor einem riesigen gesellschaftlichen Umbruch, nicht nur in Deutschland, sondern global. Die gesellschaftspolitischen Strukturen werden sich im Sinne der multinationalen Konzerne und Mächtigen verändern. Und wenn da die soziale Gerechtigkeit immer weiter nach hinten kippt, dann müsste die taz sich wieder auf ihre linksradikalen Wurzeln besinnen. Für mich heißt das, die Systemfrage zu stellen und den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in den Fokus zu nehmen.



Deutsche Ausgabe

+ LE MONDE

diplomatique



EXKLUSIVES ANGEBOT

für taz-Abonnent:innen

Möchten Sie nach der Seitenwende *Le Monde diplomatique* weiterhin auf Papier lesen? Dann bestellen Sie die Monatszeitung zum Supersonderpreis von nur 39,60 Euro im Jahr (fast 40 Prozent Ersparnis).

Jetzt bestellen und jeden Monat LMd direkt zugeschickt bekommen.

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin

39,60 Euro

für 1 Jahr LMd

auf Papier

Hier bestellen:

taz.de/lmd-gedruckt

abo-lmd@taz.de



</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie>„M 3 TA Rorschach“



Kerstin Brätsch, M 3 TA Rorschach, 2024, variable Maße

Die Stadtbahn hat wieder Chancen

Im Gutachten zum Klima-Volksentscheid ist die Straßenbahn kein Thema. Das bedeute aber keine inhaltliche Ablehnung, sagen die Verfasser

Von Kaija Kutter

Damit Hamburg schon 2040 klimaneutral wird, muss es irgendwie die 1,8 Millionen Tonnen CO₂ loswerden, die die Stadt laut einem Gutachten der Umweltbehörde dann noch produziert. Doch obwohl der Verkehr diesem Szenario zufolge mit rund 600.000 Tonnen der größte CO₂-Versucher ist und mehr als doppelt so viel wie Heizungen oder die Industrie ausstößt, findet sich in dem Gutachten kein Wort über die klimafreundliche Straßenbahn.

Zwar schreiben die Autoren, der Umstieg vom Auto auf Rad, Bus und Bahn, sei der „zweite bedeutende Hebel zur Emissionsminderung“ neben dem Plan, alle Autos elektrisch fahren zu lassen. Und sie deuten an, dass der geplante Ausbau von U- und S-Bahnen für die Klimawende „wenig Beschleunigungspotential“ hat. Das frühere Erreichen der Klimaziele erfordere daher eine Taktverdichtung der bestehenden Infrastruktur und Angebotsverbesserungen im Busverkehr. Gut passen würde an diese Stelle des 50-Seiten-Papiers, das das Hamburg Institut für die Behörde erstellte, die Überlegung, die Stadtbahn einzuführen. Denn dafür lägen fertige Pläne vor, wie Norbert Holtz von den Naturfreunden sagt.

„Angesicht der Allergie des Senats gegen die Straßenbahn bin ich sicher, dass die Gutachter*innen die Straßenbahn nicht erwähnen durften“, sagt die Verkehrspolitiklerin Heike Sudmann (Die Linke). Denn für die im Gutachten geforderte Umverteilung des Verkehrs wäre die Straßenbahn „genau das richtige Mittel“.

Direkt gefragt, ob die Gutachter die Tram nicht erwähnen durften, erklärt ein Sprecher der Umweltbehörde: „Auf die Inhalte des Gutachtens hat die Behörde keinerlei Ein-

fluss genommen.“ Die Vorschläge seien ohne Rücksprache mit der Behörde in das Papier eingeflossen.

Der Geschäftsführer des Hamburg Instituts, Matthias Sandrock, sagt aber schon, die Stadtbahn sei nicht berücksichtigt, da man sich eng an der derzeit gültigen Mobilitätsstrategie der Stadt orientierte. „Die Entscheidung, die Stadtbahn nicht zu betrachten, basiert somit nicht auf einer inhaltlichen Ablehnung durch uns, sondern auf dem Rahmen des Untersuchungsauftrags, der sich auf die bestehenden strategischen Plänen der Stadt stützt.“

Gegner der Stadtbahn weisen stets auf den drohenden Unmut des Volkes hin

Für eine vorgezogene Klimaneutralität sehe das Gutachten verschiedene Instrumente und Maßnahmen vor, sagt Sandrock. Er gehe davon aus, dass die Behörde dieses Set vor dem Hintergrund des erfolgreichen Volksentscheids weiter ausdifferenzieren und im Detail prüfen werde. „Möglicherweise umfasst dies auch eine erneute Debatte zum Thema Stadtbahn“, sagt Sandrock. Die stehe ja seit Dekaden „immer wieder auf der Tagesordnung der Hamburger Verkehrspolitik“.

Die Gegner einer Stadtbahn weisen stets auf den drohenden Unmut des Volkes hin. Es sei schon mal eine Initiative gegen die Straßenbahn erfolgreich gewesen, sagt SPD-Politiker Ole Buschhüter. „Das prägt seit her die Politik.“ Und CDU-Fraktionschef Dennis Thering erklärt, er halte die Stadtbahn „nicht für den richtigen Weg“, seien doch entsprechende

Pläne auf Widerstand der Bevölkerung vor Ort gestoßen. Stattdessen setze man auf den Bau der U5 und weitere U-Bahn-Verlängerungen. Thering, der den Klima-Entscheid sehr kritisch sieht, stellt aber zugleich die Frage, wie der Bau solcher Großprojekte jetzt überhaupt noch möglich sein soll, ohne an den Klimavorgaben zu scheitern.

Für Heike Sudmann ist die Straßenbahn genau deshalb im Kommen, da sie beim Bau weniger klimaschädlich als eine U-Bahn ist. „Bei der U5 werden für den nötigen Tunnelbau sehr große Mengen an CO₂ freigesetzt“, sagt die Linke. „Im letzten Jahr waren das über 800.000 Tonnen für einen kurzen Abschnitt.“ Die Straßenbahn fahre oberirdisch und brauche keinen Tunnel. „Durch den Zukunftsentscheid steigen die Chancen für eine Straßenbahn in Hamburg“, sagt Sudmann.

Auch die Bürgerschaftsabgeordnete Rosa Domm von den Grünen attestiert der Stadtbahn Vorteile: „Sie ist zuverlässig und emissionsfrei.“ Sie könne zwar wegen der geringen Kapazität keine U-Bahn ersetzen, aber eine „sinnvolle Ergänzung oder Alternative zu Buslinien sein“. Wären die Menschen vor Ort dafür, dann könnte sie „Baustein für ein klimafreundliches Hamburg sein“. Indes mahnt Buschhüter, die Stadtbahn sei kein Teil des Koalitionsvertrags. „Sie stand auch mit dem Klimaentscheid nicht zur Abstimmung“, sagt er.

Die Volksinitiative selbst legt sich nicht fest. „Ob Hamburg jetzt eine Straßenbahn braucht oder mehr Bus-Linien und Busspuren, die sich noch schneller einrichten lassen, darüber muss man diskutieren“, sagt deren Sprecherin Annika Rittmann. „Wir haben dazu noch keine klare Stellung.“

„Die Straßenbahn wird jetzt nötig sein“

Nach dem Klima-Volksentscheid hält Norbert Holtz von den Naturfreunden eine Rückkehr der Tram für unumgänglich

taz: Herr Holtz, Hamburg soll 2040 klimaneutral sein. Wie geht das im Verkehr?

Norbert Holtz: Die Stadt sollte wieder über die Straßenbahn nachdenken. Da kommt vielleicht auch in die Senatspolitik etwas Bewegung. Zumindest gibt es erste Denksätze einer Überlandbahn von Geesthacht nach Bergedorf, die dort im Zentrum als Straßenbahn fährt.

taz: Warum nicht einfach mehr Busse?

Holtz: Der Hamburger Senat hat sehr viele neue Buslinien einrichtet, das ist positiv. Aber das Busnetz wird zu klein für die Anzahl der Fahrgäste. Und fahren alle Busse künftig elektrisch, dann führen die tonnenschwere Akkus mit sich. Das kostet wiederum mehr Energie. Die Stadtbahn erhält Strom über einen Draht. Sie hat viele Eingänge, über die die Menschen schnell ein- und aussteigen können. Sie ist deutlich länger als zwei Busse und transportiert viel mehr Fahrgäste. Das Busnetz stößt ja auch an Grenzen, weil Busfahrer knapp sind.

taz: Sie fordern eine „Elb-Tram“. Was genau wäre das?

Holtz: Eine Stadtbahn, die auf den Hauptstraßen in der inneren Stadt auf eigenem Gleiskörper fährt und sich dann in den Außenbereichen, wo die Straßen nur zweispurig sind, den Platz mit den Autos teilt. Sie wäre schneller als Busse. Zwischen den Weisen wäre Rasen, dort kann Regen versickern.

taz: Das braucht Planungszeit.

Holtz: Man kann an frühere Pläne anknüpfen. Der rot-grüne Senat von 1998 plante eine Straßenbahn von der Innenstadt bis Steilshoop. Und der schwarz-grüne-Senat von 2008 hatte eine Strecke von Altona nach Rahlstedt anvisiert und im Abschnitt zwischen Eppendorf und Bramfeld sehr konkret geplant. Die Pläne müssten aktualisiert werden, aber man könnte sie zügig realisieren. Es ist jedenfalls schneller und günstiger als alle Planungen für U- und S-Bahn mit riesigen Tunnelsystemen.

taz: Und wenn Anwohner klagen?

Holtz: Da ist die Frage, wie man die Leute vor Ort beteiligt.

taz: Warum tut sich die Regierung mit der Tram so schwer?

Holtz: Die SPD ist hier gespalten. Es gibt jene, die wegen der Umwelt und aus sozialen Gründen für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sind. Und es gibt jene, die vielleicht sagen: Ich habe jetzt auch ein schickes Auto und will das auch stolz vorführen. Und diese Kräfte treten dann nicht unbedingt energisch für ÖPNV-Ausbau ein. Obwohl, es war die SPD, die erstmals 1998 die Straßenbahn wieder einführen wollte, was dann die CDU stoppte. Es hängt stark an den handelnden Personen. Jetzt haben wir nach dem Klima-Volksentscheid eine Chance. Denn die Straßenbahn verursacht beim Bau weniger CO₂. Beim Bau der tiefen Tunnel für die U5 fallen zu viele Emissionen an. Das ist ein erklecklicher Anteil der 70 Millionen Tonnen CO₂, die Hamburg bis 2040 noch freisetzen darf.

taz: Sollte man den Bau stoppen?

Holtz: Ja. Diese Stadt hat seit 1978 keine Erfahrungen mehr mit Stadtbahn. Deshalb sollten wir in einem überparteilichen Straßenbahnfrieden gucken, wo es sich lohnt, eine Tram zu realisieren. Dann könnte man in Bergedorf Erfahrungen sammeln. Oder mit Tangentiallinien im Außenbereich der Stadt. Da gibt es Signale der SPD, darüber nachzudenken.

taz: Wie wäre es mit einer Volksinitiative für die Tram?

Holtz: Ist vielleicht nicht nötig. Wenn jetzt nach dem Klima-Volksentscheid für einzelne Sektoren die CO₂-Einsparung vorgegeben wird, wird deutlich werden, dass die Straßenbahn nötig ist. Die Stadt muss jetzt schnell und breit diskutieren, was sie möchte. Man müsste den Autofahrern erklären, dass eine Straßenbahn für sie von Vorteil ist. Fahren viele Menschen Tram, bleibt ihnen mehr Platz.

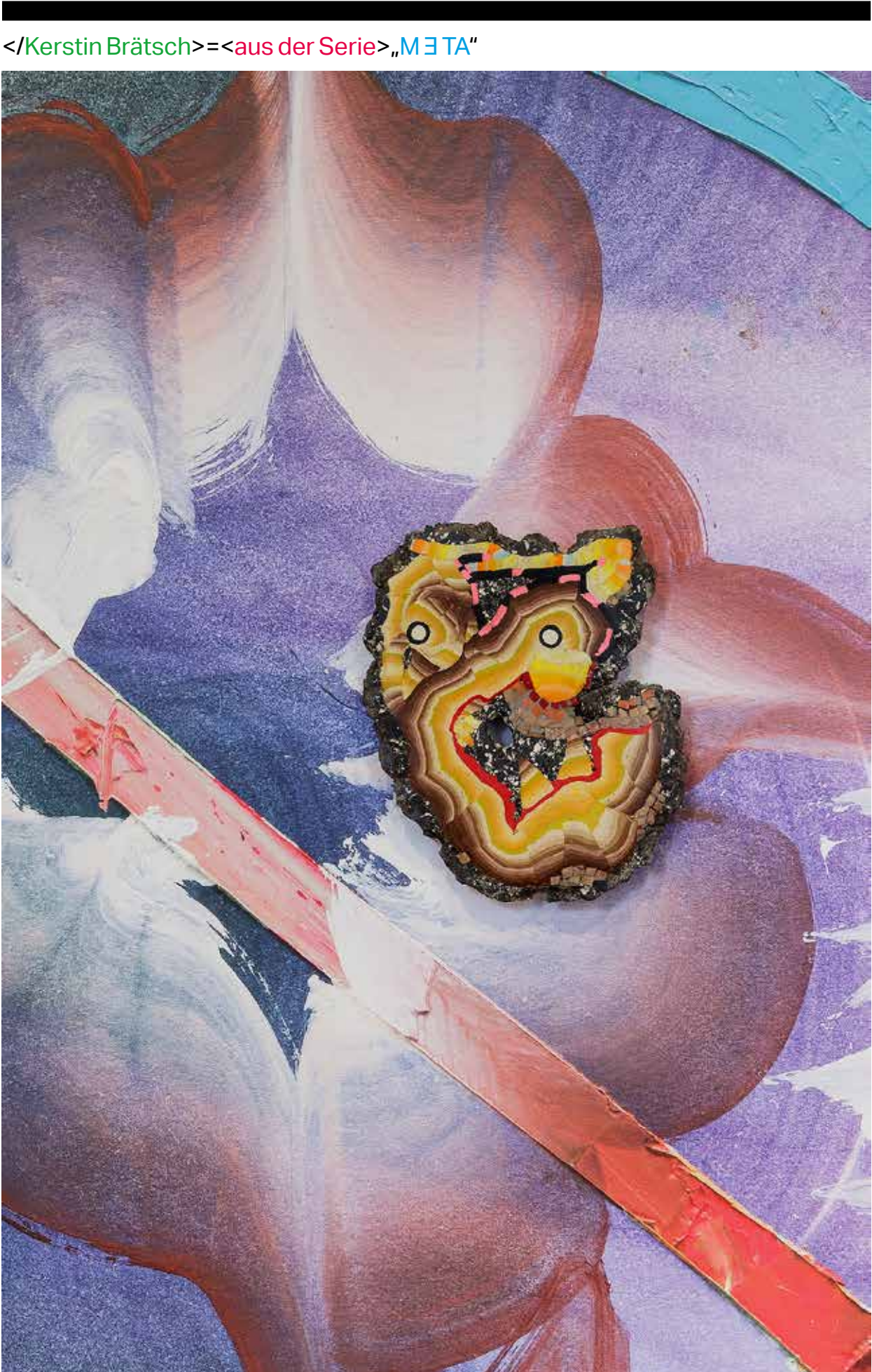


Foto: privat

Norbert Holtz, 64, ist Dozent in der Erwachsenenbildung und im Vorstand der Naturfreunde Hamburg

Hier gehen Träume verloren

Eine Woche nach einem Vorfall nach einer Kundgebung in der Geflüchteten-Unterkunft in Hamburg-Harburg haben die Bewohner*innen wieder Protest organisiert. Sie fordern eine Aufarbeitung und, dass das Camp abgeschafft wird



Kerstin Brätsch, Installationsansicht aus der Serie „M E TA“, 2025. Öl und Mischtechnik auf Papier Foto: Useful Art Service

Von Amira Klute

Khaled Agha hat eine starke Stimme. „We are not asking for luxury“, sagt er in ein Mikrofon vor dem Eingang des S-Bahnhofs Harburg-Rathaus im Hamburger Süden und macht eine Pause. „We only want dignity.“ Alles, was sie wollen, sei Würde, sagt Agha, der seit acht Monaten in einem ehemaligen Großmarkt in Harburg wohnt, einer als Erstaufnahmeeinrichtung genutzten Unterkunft für Geflüchtete in der Schlachthofstraße, mit rund 450 anderen.

Rund einhundert Menschen hören ihm an diesem Sonntagmittag zu. Einige sind aus der Hamburger Innenstadt gekommen, andere wie Agha aus der Unterkunft. Die Bewohner*innen haben die Demo unter dem Motto „Let’s resist together: Abolish the camp“ (Lasst uns gemeinsam Widerstand leisten: Schafft die Unterkunft ab) selbst organisiert, gemeinsam mit antirassistischen Initiativen. Vor einer Woche hatte ein leitender Mitarbeiter der Sicherheitsfirma Elb Security fünfzehn Bewohner über Nacht rausgeschmissen und ein Hausverbot gegen sie verhängt. Die Männer verbrachten die Nacht auf dem Gehweg.

Zuvor hatten rund 200 Bewohner*innen vor der Unterkunft gegen die menschenunwürdigen Lebensbedingungen im Camp protestiert, darunter auch die Menschen, die später rausgeschmissen wurden. Die taz und lokale Medien berichteten.

Der Mitarbeiter, dem Bewohner*innen seit Monaten Willkür und Rassismus vorwarfen, arbeitet mittlerweile nicht mehr in der Unterkunft. Er ist schon am auf den Vorfall folgenden Montag versetzt worden, teilt der Träger Fördern & Wohnen (F&W) auf taz-Anfrage mit. Anzeichen für ein Fehlverhalten seinerseits, schrieb F&W kurz nach dem Vorfall, gebe es aber nicht.

F&W ist als Anstalt öffentlichen Rechts ein städtisches Unternehmen und für die Unterbringung von Geflüchteten in ganz Hamburg zuständig. Den Standort in der Schlachthofstraße betreibt das Deutsche Rote Kreuz im Auftrag von F&W – eine Zusammenarbeit, die in Hamburg wie an vielen Orten Praxis ist, seit 2015 viel mehr Menschen in Hamburg ankamen, als die Stadt Kapazitäten hatte, sie zu versorgen.

Als Träger ist F&W zwar nicht dauerhaft vor Ort wie das DRK, trägt aber die Verantwortung, wenn so was passiert wie die nächtlichen Hausverbote vergangene Woche. Bis F&W der taz bestätigte, dass Menschen nachts der Unterkunft verwiesen wurden, brauchte es ein paar Tage und mehrere Nachfragen. „Künftig werden Wegweisungen für maximal zwei Stunden am Stück ausgesprochen“, schreibt eine Sprecherin schließlich auf die Frage, welche Konsequenzen aus dem Vorfall gezogen werden.

Wie es aber überhaupt passieren konnte, dass fünfzehn Menschen die Nacht draußen verbringen mussten, ist weiter offen. Es müsse aufgeklärt werden, durch „eine unabhängige und transparente Untersuchung unter Beteiligung neutraler Organisationen – nicht nur durch die Camp-Verwaltung selbst“, fordern die Bewohner*innen im Aufruf zur Demo.

Ahmad Alhussein ist einer der fünfzehn Bewohner, die über Nacht der Unterkunft verwiesen wurden. Er hatte eine schlechte Woche, erzählt er der taz am Anfang der Demonstration. Er sei krank geworden nach der Nacht auf der Straße: „I could not go to school the whole week.“ Alhussein läuft mit durch Harburg bis vor die Unterkunft. Vor dem Tor angekommen hält er ein Banner, das Bewegungsfreiheit als Menschenrecht fordert.

Zu demonstrieren ist nicht selbstverständlich. Viele Bewohner*innen hätten sich nach dem, was vergangene Woche passiert ist, nicht getraut zu kommen, sagt Alhussein. Sie hätten Angst, dass sie für ihre Teilnahme an der Demo Stress bekommen könnten.

Die Zustände in der Einrichtung stehen schon seit Jahren in der Kritik. Die Unterkunft ist eigentlich ein Notstandort. Trotzdem wird sie seit 2022, als viele Menschen aus der Ukraine in Hamburg ankamen, durchgehend betrieben. Einige Menschen wohnen seit mehr als zwei Jahren hier.

Nach Khaled Agha spricht am Sonntag eine Bewohnerin, die anonym bleiben möchte, von ihrer Erfahrung in der Unterkunft. „Nach sieben Monaten hatte ich einen Nervenzusammenbruch“, sagt

sie. Als sie nach ihrer Rede das Mikro abgegeben hat, beginnt sie zu weinen.

Vor einem halben Jahr wohnten rund 1.200 Menschen in der Schlachthofstraße. Jetzt sind es weniger als halb so viele. Bis Ende September noch wohnen hier Menschen in Zelten für jeweils acht Personen auf dem Parkplatz. Jetzt wohnen alle verbliebenen Bewohner*innen in einer Halle, in sogenannten „Compartments“. Das sind mit dünnen Pappwänden abgetrennte und oben offene Räume. Die Toiletten und Duschen befinden sich draußen in überdachten, teils ungeheizten Containern. Das ist besonders im Winter und besonders für Frauen und Kinder schwer aushaltbar.

Das wissen sogar die für die Erstaufnahme zuständige Innenbehörde, die für die Folgeunterbringung zuständige Sozialbehörde und der Träger Fördern & Wohnen. „Allen Beteiligten“ sei bewusst, dass die Bewohner*innen an Notstandorten „einer herausfordernden Situation ausgesetzt“ sind. „Wir wollen am liebsten solche Standorte so schnell wie möglich schließen“, sagt die F&W-Sprecherin Susanne Schwendtke der taz. „Aber es ist momentan noch nicht möglich, weil einfach Plätze fehlen.“

So argumentieren auch die Sozial- und Innenbehörde. Obwohl die Zahl der in Hamburg ankommenden Asylsuchenden sinkt, sei das System „weiterhin stark ausgelastet“, Stand 17. Oktober zu 95,8 Prozent. „Daher sind die zuständigen Behörden weiterhin auf Notstandorte wie den an der Schlachthofstraße angewiesen“, schreibt der Sprecher der Innenbehörde. Außer der Schlachthofstraße wird in Hamburg nur noch ein anderer Notstandort weiterhin als Unterkunft genutzt, in der Stengelestraße 38 mit derzeit 69 Bewohner*innen.

Die Unterkunft in der Schlachthofstraße soll, sobald die Lage der öffentlichen Unterbringung in Hamburg es zulasse, „in der Belegung reduziert bzw. perspektivisch auch leergezogen werden“. Ganz aufgeben wollen die Behörden die Unterkunft nicht, sie „soll weiter als Reservestandort vorgehalten werden“.

Die Toiletten und Duschen befinden sich draußen in überdachten, teils ungeheizten Containern

Derweil protestieren die Bewohner*innen weiter gegen die unhaltbaren Zustände – wie seit Jahren. Im Februar waren einige von ihnen in einen Hungerstreik getreten. Geändert hat sich an den Zuständen nichts. Sie gaben den Hungerstreik auf.

Unter ihnen war auch Khaled Agha. „It’s a place where people lose their health and their dreams“, sagt Agha am Sonntag auf der Demo in Harburg. An diesem Ort verlören Menschen nicht nur ihre Gesundheit, sondern auch ihre Träume. Eigentlich, sagt Agha der taz vor seiner Rede auf der Demo, hätten sie alle keine Hoffnung mehr. „But we have to have hope.“

Geflüchtete in Hamburg

Menschen

Die Zahl der ankommenden Asylsuchenden in Hamburg ist leicht gesunken. Im September kamen rund 540 Menschen an, mehr als ein Drittel weniger als noch im September vor einem Jahr. Während 2022 knapp 24.000 Unterkünfte ankamen, die untergebracht werden mussten, sind es mittlerweile rund 5.000 Neuankommende.

Wohnen

Rund 44.000 geflüchtete Menschen wohnen in Hamburg in öffentlich-rechtlicher Unterbringung. Davon sind 27.000 Asylsuchende. Von ihnen wohnen 2.800 Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen. Insgesamt hat Hamburg aktuell mehr als 52.000 Unterkunftsplätze, viele wurden seit 2015 geschaffen. Vor zehn Jahren waren es nur 32.504 Plätze.

Die meisten Geflüchteten

leben in der Unterkunft Überseering im Norden der Stadt mit 1.500 Plätzen, in einem ehemaligen Postgebäude.

Agentur des Bundes killt Haus der Kulturen

Immobilien-gesellschaft kündigt Trägerverein fristlos und verweist auf Bau- und Bandschutzmängel. Heute Demo bei der Schlüsselübergabe

Von Reimar Paul

Das Göttinger Haus der Kulturen steht vor dem Aus. Der Besitzer des Gebäudes, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima), hat dem Trägerverein Zukunftswerkstatt fristlos gekündigt. Das Haus sollte bis zum heutigen Montag geräumt, alle Mitnutzer sollten ausgezogen sein, heißt es in dem Kündigungsschreiben vom 30. September.

Das Haus der Kulturen (HdK) ist in der migrantischen und alternativen Szene Göttingens die Top-Adresse. 1996 mieteten einige Engagierte aus Flüchtlings-initiativen eine leerstehende Halle in der Weststadt von der BRD. Seit nunmehr fast 30 Jahren laufen im HdK Sprach- und Integrationskurse, teils werden

sie vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert. Rechtsberatungen und Workshops werden angeboten, Ferienprogramme für Jugendliche und Konzerte. Es gibt eine Fahrradwerkstatt, Internet, Tischnisplatten, einen Kicker und kostengünstige Getränke.

Mehrere Initiativen haben hier Büros und der große Saal im Erdgeschoss ist eine beliebte Location für Partys und andere Veranstaltungen. „Wir schaffen Freiräume für Menschen, die Ideen haben und einen Ort dafür brauchen“, sagt der HdK-Trägerverein. Im Haus der Kulturen trafen sich viele Gruppen, die keine eigenen Räume haben.

Die dem Bundesfinanzministerium unterstellte Bima soll bundeseigene Liegenschaften

möglichst wirtschaftlich verwalten, verwerten und auch veräußern. Sie begründet die Kündigung mit angeblich nicht eingehaltenen Vorgaben für ein Brandschutzkonzept und vermeintlich eigenmächtig vorgenommenen Änderungen an der Inneneinrichtung. Zudem sollen Fluchtwege teils zu schmal und zu unsicher sein.

„Jetzt eine sofortige Räumung zu verlangen, ist nicht begründbar

Khosrow Djahangiri, Vorstand der Zukunftswerkstatt

Die Mieter hätten „durch von ihnen durchgeführten Maßnahmen einen Zustand des Gebäudes geschaffen, der bauordnungsrechtlich rechtswidrig ist“, moniert die Bima, und durch das Unterlassen, etwaige Mängel zu beseitigen, gegen Ihre Verpflichtung zur Instandhaltung der Immobilie verstoßen.

Die Zukunftswerkstatt widerspricht: Der Verein habe alle Auflagen eingehalten, regelmäßig in das Gebäude investiert und es instandgehalten. Auch die im Kündigungsschreiben angemahnten Maßnahmen würden bereits umgesetzt. Ein unabhängiges Brandgutachten sei in Auftrag gegeben, und der Verein habe Angebote für zusätzliche Feuermelder eingeholt.

„Jetzt eine sofortige Räumung innerhalb weniger Tage zu verlangen, ist sachlich nicht begründbar und steht in keinem Verhältnis zu den bestehenden Gegebenheiten“, sagt Vereinsvorstand Khosrow Djahangiri. Die Kündigung sei „schwer

nachvollziehbar und nicht gerechtfertigt“.

Zahlreiche Initiativen, Künstler:innen und Politiker:innen stellten sich hinter das Projekt. „Die fristlose Kündigung ist für alle ein Schock, die sich seit Jahrzehnten ehrenamtlich im Haus der Kulturen engagieren“, erklärte Göttingens Oberbürgermeisterin Petra Broistedt. „Für die Migrations- und Integrationsarbeit in der ganzen Region wäre das eine echte Katastrophe.“ Die Kündigung bedrohe den Verein Zukunftswerkstatt in seiner Existenz.

Broistedt fügte an, sie habe die Bima „dringlichst gebeten, von der ausgesprochenen Kündigung abzusehen und eine Lösung im Sinne des Vereins zu suchen oder ihm und allen in dem Haus tätigen Initiativen alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen“.

Die Linke im Kreis Göttingen bezweifelt, dass es der Bima nur um Brandschutz geht. „Wir fragen uns, was mit dem Gelände wirklich geplant ist und stellen uns mit den Betroffenen zusammen gegen die Räumung“, erklärte Kreis-Sprecherin Lisa Zumbrock.

Die Göttinger Grünen thematisieren das drohende Aus für das Haus der Kulturen auf ihren Kanälen in den sozialen Netzwerken: Die fristlose Kündigung bedrohe die Existenz eines der wichtigsten Orte kultureller Vielfalt in Göttingen – eines Ortes, „an dem Begegnung, Austausch und Zusammenhalt gelebt und vermittelt werden“. Viele Initiativen und Einzelpersonen haben angekündigt, sich an diesem Montagvormittag vor dem Haus der Kulturen zu versammeln und für dessen Erhaltung zu demonstrieren.

</Kerstin Brätsch>=<aus der Serie>„M E T A“



Kerstin Brätsch, Untitled, aus der Serie M E T A, 2018–2025, Öl und Mischtechnik auf Papier, 35,5 × 28 cm Foto: Andrea Rossetti

das wird

„Bei der Sexarbeit lernt man schnell, wie man Nein sagt“

Ruby Rebelde über den Reiz an der Sado-Maso-Sexarbeit und die damit verbundene Diskriminierung

Interview Leo Schurbohm

taz: Ruby Rebelde, warum sind Sie BDSM-Sexarbeiter*in geworden?

Ruby Rebelde: Ich brauchte Geld. Ich habe in der Landwirtschaft gearbeitet, noch vor Mindestlohnzeiten. Mit 42 Wochenstunden für fünf Euro irgendwas kommt man nicht weit, wenn man ein paar Tausend Euro Bafög-Schulden zurückzahlen muss. Deswegen brauchte ich einen zusätzlichen Job, der flexibel sein musste und nicht viel Zeit in Anspruch nehmen durfte.

Wie hat sich dadurch Ihr Verhältnis zu Sexualität verändert?

Rebelde: Ich konnte so Dinge ausprobieren. Ich war schon immer eher offen, was das Thema anbelangt, aber fand es trotzdem schwierig, über Sexualität zu sprechen, weil das nichts ist, was man in der Gesellschaft vermittelt bekommt. In der Sexarbeit lernt man sehr schnell, wie man nonverbal und verbal Konsens ausdrückt, oder auch Nein sagt.

taz: Haben Sie gleich mit BDSM begonnen?

Rebelde: Ich hab’ erst in einem Sexclub in Berlin gearbeitet. Bei den Partys nehmen dort auch einige Leute bezahlt teil. So soll sichergestellt werden, dass Leute, die sexuelle Kontakte suchen, zumindest in der Theorie auch welche finden können. Ich war aber nicht dazu verpflichtet, auf diesen Partys zu vögeln. Das Coole an den Partys ist, dass es planbares Geld ist. Für meine Schulden war das super. Bei der Sexarbeit, wie Escort und BDSM, ist das Einkommen nicht planbar. Man weiß nie, wie viele Leute eine Session buchen.

taz: Was reizt Sie an der BDSM-Sexarbeit?

Rebelde: Dass Macht dort ganz explizit verhandelt wird. In der Gesellschaft spielt Macht oft eine Rolle, ohne dass wir sie benennen. Beim BDSM ist das anders: Die Rollen sind klar zugeschrieben, man redet darüber und handelt es miteinander aus. Auch die Idee, das Machtverhältnis mit einem sexuellen Lustgewinn aufzulösen, finde ich megacool.

taz: Haben Sie in ihrem Umfeld offen kommuniziert, dass sie Sexarbeit leisten?

Rebelde: Ich bin 2015 unfreiwillig geoutet worden. Das hat sich krass auf meine persönliche Situation ausgewirkt. Leute haben mich gemieden, Sachen über mich erzählt, auf die Rückscheibe meines Autos „Schlampe“ oder „Hure“ geschrieben. Einmal sind mir sogar die Reifen zerstoichen worden.

taz: Was hat das mit Ihnen gemacht?

Rebelde: Es hat mich einfach wütend gemacht. Ich habe dann Gespräche gesucht und gefragt, was eigentlich das Problem daran ist, aber darauf gab’s keine Antwort. Das Outing hat dazu geführt, dass der Träger mir keine Aufträge mehr gab – ich hab’ damals tiergestützte Therapien für Kinder und Jugendliche angeboten. Als ich versuchte, mich bei der Landes-Antidiskriminierungsstelle zu beschweren, hab’ ich eine ganz bescheuerte Antwort bekommen: Ich sei ja nicht als Prostituierte geboren, sondern hätte es mir selbst ausgesucht. So nach dem Motto: selber schuld.

taz: Haben Sie danach ohne Pause weitergemacht?

Rebelde: Musste ich ja – dass es mit meinem anderen Job so nicht weitergehen würde, war schnell klar. Also musste ich entweder woanders ganz neu anfangen oder Vollzeit Sexarbeit machen. Irgendwie musste ich mein Geld ja verdienen.

taz: Ist die Diskriminierung von Sexarbeit in den letzten Jahren weniger geworden?

Rebelde: Nein, es hat sich durch den Backlash, den wir gerade erleben, verschlechtert.

taz: Was genau meinen Sie?

Rebelde: Wir haben gerade ein Erstarken von konservativen Vorstellungen über Sittlichkeit und Moral. Das sieht man bei so Phänomenen wie Trad Wives oder auch daran, wie im Sommer über den Paragraphen 218 gestritten wurde. Da ist so viel transfeindliches und misogynies Potenzial drin, das wirkt sich voll auf uns aus. Im Namen von Schutz will man unsere Arbeit durch die Hintertür verbieten.

taz: Wie gehen Sie mit der Diskriminierung um?

Rebelde: Ich spreche sie offen an. Heute gehe ich bei manchen Dingen bewusst in den Widerstand. Aber es gibt auch Dinge, wo ich mit den Schultern zucke und sage, da muss ich auf meine Sicherheit achten.

Lesung und Gespräch zu dem Buch „Warum sie uns hassen. Sexarbeitsfeindlichkeit“, 20. 10.,19:30 Uhr, Theater-Bremen, Goetheplatz 1–3, Eintritt frei, außerdem am 20. 11. in Hamburg (Ort noch unbekannt)



Ruby Rebelde geb. 1980, ist seit 2010 unter diesem Pseudonym Sexarbeiter*in, Autor*in und Social-Justice-Trainer*in. „BDSM“ bezeichnet einvernehmliche sexuelle Praktiken, bei denen Macht, Fesselungen und gezielte Schmerzempfindungen eine Rolle spielen.

taz ☘ panterstiftung

Illustration: Lena Merhej

WIR SIND DRAN!

Mit zwei Projekten in der MENA-Region stärkt die taz Panter Stiftung weibliche Stimmen bei der Klimaberichterstattung und beim Wiederaufbau Syriens.

QR Code

Spenden Sie unter taz.de/spenden
Bankkonto: GLS-Bank Bochum
IBAN: DE97 4306 0967 1103 7159 00
BIC: GENODEM1GLS